

Deutsche Kinderhilfe –
Die ständige Kindervertretung e. V.

ständige
**Kinder
Vertretung**
Gemeinnützig
seit 2000
Deutsche Kinderhilfe e.V.

25
JAHRE





„Wir verbinden unternehmerischen Erfolg mit ökologischer und sozialer Verantwortung.“

Nachhaltigkeit ist uns wichtig.

Wir verbessern die Nachhaltigkeit unserer Kapitalanlagen, integrieren Nachhaltigkeitsaspekte in unsere Versicherungsprodukte, arbeiten in unserem Geschäftsbetrieb klimaneutral und unterstützen Vereine, Kultur und soziale Einrichtungen.



sv.de/nachhaltigkeit



Impressum

Herausgeber

Deutsche Kinderhilfe –
Die ständige Kindervertretung e. V.
Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Telefon 030 2434294-0
Fax 030 2434294-9
E-Mail info@kindervertretung.de
Web: www.kindervertretung.de
Vorstandsvorsitzender: Heino Qualmann
Verinsregister des AG Charlottenburg VR-Nr.
19957 B
Anerkannt als gemeinnützig im Sinne
der AO
Finanzamt Berlin St.-Nr. 27/027/38503

Redaktion

Dr. Luisa Becker-Ritterspach
und Team

Chefin vom Dienst

Beate Klinz

Layout

Michael Geisler_Factory Kommunikation
www.factory-kommunikation.de

Verlag und Anzeigenverwaltung

Verlag Herrmann & Stenger GbR
Soziales Marketing
Dietrich-Bonhoeffer-Weg 1
D-61273 Wehrheim
Telefon: +49 (0)69 / 49084111
Mobil: 0179 9751570
E-Mail: info@sozialesmarketing.de
Web: www.sozialesmarketing.de

Anzeigenleitung (V.i.S.d.P.):
Volker Herrmann

Inhalt

- 3 Impressum
- 5 Editorial

- 8 Migration und Integration
- 12 Soziale Integration
- 15 Migrationshintergrund
- 16 Kinderarmut und Alleinerziehende
- 20 Migration als Risikofaktor
- 26 Bildung und Integration
- 30 Frühkindliche Bildung
- 32 Legasthenie und Dyskalkulie
- 36 Integration von Jugendlichen
- 40 Hood Training
- 42 Schutzraum Schule
- 46 Polizei, gelebte Präventionsarbeit
- 48 Was kann Schulsozialarbeit?
- 54 Gesundheitliche Chancengleichheit
- 58 Sport verbindet
- 60 Wenn Vertrauen wächst
- 64 Ausgrenzung von Kindern
- 66 Interview Simon Diekmannshenke
- 67 Interview Michael Hose

INTEGRATION

HAT VIELE GESICHTER



Editorial

Integration ist ein Reizwort, das bei vielen Menschen starke Emotionen hervorruft. Die einen fürchten, dass wir das nicht schaffen, die anderen sorgen sich um die Toleranz in unserer Gesellschaft.

Doch Integration geht uns alle mehr an, als wir vielleicht im ersten Moment denken. Sie ist eine uns allen bekannte Erfahrung. Sie betrifft nicht nur Kinder mit Fluchterfahrung, sondern jedes Kind, das am Beginn eines neuen Lebensschritts steht. Ob es der erste Tag im Kindergarten ist, der Umzug in eine neue Stadt oder die Herausforderung, mit einer Lernschwäche in der Schule zu bestehen – im Kern geht es immer um dieselbe fundamentale Frage: „Gehöre ich dazu?“

Dieses Gefühl der Zugehörigkeit ist kein Luxus, sondern ein Grundbedürfnis jedes Menschen. Wenn wir über Integration sprechen, müssen wir uns von der Vorstellung lösen, es sei nur ein Thema für „die Anderen“. Es ist ein Thema für jede*n von uns!

Wir, die Deutsche Kinderhilfe, möchten, dass alle Kinder mit ihren spezifischen Bedürfnissen gleiche und faire Chancen haben, sich gut entwickeln zu können, sich integriert zu fühlen. Integration bedeutet für uns, dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft, ihren Fähigkeiten oder ihrem Geschlecht gleichberechtigt an allen Aktivitäten teilhaben können.

Die verschiedenen Beiträge in diesem Magazin verdeutlichen, dass Kinder durch Integration neue Perspektiven und Chancen erhalten. Dabei werden die Themengebiete Kinderarmut, Bildung, Gewaltschutz, psychische Gesundheit und Digitalisierung in den Fokus genommen. Es werden die Chancen und Herausforderungen von Integration und auch Inklusion erläutert und Modellprojekte vorgestellt. Hier zeigt sich an der einen oder anderen Stelle: das sind mühsame, langwierige und auch teure Prozesse. In Zeiten finanzieller Engpässe darf jedoch nicht dort gespart werden, wo es Investitionen am nötigsten braucht und Zukunft gestaltet wird. Alle Kinder haben ein Recht auf gleichwertige Chancen auf Bildung, soziale Sicherheit, Schutz vor Gewalt, Zugang zu bestmöglicher Gesundheitsversorgung und kindgerechte Mediennutzung.

Wir möchten uns an dieser Stelle noch einmal herzlich bei unseren Expert*innen für die großartige Unterstützung bei der Realisierung dieses Magazins bedanken. Ihre Beiträge haben entschieden zum Gelingen dieser Ausgabe beigetragen! Wir wünschen Ihnen allen eine interessante Lektüre, freuen uns über Ihre Rückmeldung zu diesem Magazin und darauf, mit Ihnen den gemeinsamen Dialog im Sinne der Kinder fortzusetzen.

Herzliche Grüße



A handwritten signature in blue ink, reading "L. Becker-Ritterspach".

Dr. Luisa Becker-Ritterspach
Fachreferentin für Kinderarmut und Bildung



Kinderarmut und Integration

Migration und Integration gehören zusammen



Für viele Kinder ist die Arche ein zweites Zuhause: Gründer und Vorsitzender der Arche Bernd Siggelkow und Sprecher der Kinderstiftung „Die Arche“ Wolfgang Büscher mit Kindern aus der Arche.

In Deutschland erleben Millionen von Kindern hautnah, was es bedeutet, arm, ja abgehängt zu sein. Viele dieser Kinder sitzen mit knurrendem Magen im Schulunterricht und können diesem ab der zweiten oder dritten Stunde nicht mehr folgen. Der Hunger ist zu groß. Das berichten uns als Arche Lehrerinnen und Lehrer immer wieder. Seit 1995, so lange gibt es die Arche schon, kommen Kinder, ohne überhaupt ein Frühstück zu sich genommen zu haben, nach der Schule in unsere Einrichtungen und wollen zuerst einmal etwas essen. Das gibt es bei uns kostenlos, zum Teil auch für ihre Eltern. Die Arche ist eine offene Kinder- und Jugendeinrichtung, die sich in erster Linie um Kinder und Jugendliche kümmert, die aus prekären Familienverhältnissen kommen. Fast alle leben auch in finanzieller Armut.

Hat sich in den vergangenen Jahrzehnten überhaupt etwas zugunsten benachteiligter Kinder verändert? Nur für die Kinder, die das Glück haben, soziale Einrichtungen wie die Arche besuchen zu können. Die gibt es aber viel zu wenig. Politisch

hat sich so gut wie nichts verändert, sogar eher zum Negativen. Kinder haben in Deutschland keine Lobby.

Woran erkennt und sieht man das? In Deutschland lebt jedes vierte Kind in Armut. Das geht zumindest aus Umfragen hervor. Die Politik bezeichnet Kinder, die in Familien leben, die weniger als 60% des durchschnittlichen Nettoeinkommens zur Verfügung haben, als arm. Aber leider ist das nur eine Zahl, die wenig aussagt. Kinder sind arm, wenn sie merken und fühlen, dass sie auf vieles, auf fast alles, verzichten müssen, wenn sie Entbehrungen hinnehmen müssen. Ist das gerecht? Mit der Gerechtigkeit ist das so eine Sache. Sie lässt sich nicht messen, man kann sie nur fühlen. Sie wird eigentlich von fast allen Menschen in unserem Land als ein hohes Gut betrachtet. Wer wünscht sich oder möchte schon Kinder sehen, die arm sind und hier hungern müssen? Wahrscheinlich niemand. Aber dadurch ist Gerechtigkeit auch zu einer billigen Ware, zu einer Floskel verkommen. Es ist zu hinterfragen, was wir unter Gerechtigkeit

eigentlich verstehen. Sozialwissenschaftler der Humboldt-Universität in Berlin haben das im Auftrag der Zeitschrift GEO getan: Es herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass die Verhältnisse in Deutschland ungerechter geworden sind. Und weiter haben sie Folgendes herausgefunden: Nur knapp die Hälfte der Menschen bei uns glaubt heute noch, dass die Begabung und Intelligenz junger Menschen belohnt werden. In den 35 Archiven in Deutschland schaffen nur rund fünf Prozent der Kinder, die die Einrichtung besuchen, das Abitur, bundesweit sind es nur 25% aus nicht Akademiker-Haushalten. Im Gegensatz dazu schaffen es rund 80% aller Kinder aus Akademiker-Haushalten an die Uni, so berichtet zumindest das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW).

In der Studie „Deutschland ist ungerecht“ stellte man den Deutschen eine Frage zur Gerechtigkeit in unserem Land: „Solange es gleiche Chancen für alle gibt, ist es gerecht, wenn einige mehr Geld und Vermögen haben als andere?“ Dies beantworteten fast 80% mit ja. Aber in Deutschland besitzen zehn Prozent der Bevölkerung 60 bis 65% des Nettovermögens. Das haben das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung und die Bundesbank ermittelt. Und ein Prozent aller bei uns im Land lebenden Menschen besitzen 30 bis 35% des Gesamtvermögens. Andere Zahlen klingen weitaus schlimmer. 50% der Bevölkerung besitzen weniger als zwei bis drei Prozent des Nettovermögens und 25% aller Haushalte haben überhaupt kein Vermögen. Ist das gerecht und kann eine Gesellschaft so funktionieren? Übrigens: in den sozial benachteiligten Familien lebt ein überdurchschnittlich großer Anteil an Kindern. Das trifft besonders auch die Familien mit Fluchterfahrung.

Kann es sich ein Land wie Deutschland leisten, auf das Potenzial von 30% seiner Kinder zu verzichten, nur weil Bildungschancen ungleich verteilt sind? Jahr für Jahr verlassen 65.000 Kinder, mit steigender Tendenz, die Schulen ohne einen Abschluss. Warum fördert man diese Kinder nicht individuell, mit mehr Lehrern und Lehrerinnen, Sozialarbeitenden und ja, auch Psychologinnen und Psychologen? Die Kinder und Jugendlichen werden es uns später danken. In den vergangenen 20 Jahren haben so rund eine Million Jugendliche die Schule als am Bildungssystem Gescheiterte, ohne einen Abschluss in der Tasche, verlassen. Sie leben heute in der Mehrheit von Transferleistungen und werden vom Staat getragen. Gleichzeitig suchen wir in Deutschland zigtausende Facharbeitende, und das zumeist im Ausland. Diese potentiellen Kandidatinnen und Kandidaten dafür sind aber, bedingt durch die in den letzten zehn Jahren Geflüchteten, längst hier, nur verweigert man ihnen die Ausbildung. Da kann doch irgendetwas in unserem System nicht stimmen? Und vom Bürgergeld kann man nicht wirklich leben, man kann davon nur überleben.

Es darf nicht sein, dass der Geldbeutel der Eltern entscheidet, ob ein Kind eine Chance auf eine gute Schule hat und später auf eine solide Ausbildung. Nachhilfeunterricht, gute Bücher und ja, auch Teilhabe, kosten Geld. Ein Kind muss auch mal in ein Restaurant gehen dürfen, Urlaub machen dürfen. Ein Kinobesuch kostet Geld, von Theateraufführungen und Konzerten ganz zu schweigen. Teilhabe ist wichtig und muss für alle Kinder möglich sein. Ein Kind hat mal in einer Arche gesagt, „Ich habe nur im

falschen Moment ‚hier‘ gerufen und bin somit in einer armen Familie gelandet“. So etwas schmerzt.

Ein Bildungsminister aus Finnland hat einmal gesagt, dass in seinem Land die Kinder wie Königinnen und Könige behandelt werden. Das sollten wir uns in Deutschland auch vornehmen. Wir haben in unserem Land nur eine einzige Ressource, und das sind Kinder. Rund 30% dieser Kinder vergessen wir, weil ihre Eltern nicht in der Lage sind, sich um sie zu kümmern und einige sich auch nicht kümmern wollen. Das gibt es leider auch. Diese Kids haben schon genug unter der Situation ihrer Eltern zu leiden. Auch sie werden immer wieder stigmatisiert, indem sie häufig die Frage gestellt bekommen: „Was machen denn deine Eltern beruflich?“. Dann kommt erfahrungsgemäß die Antwort: „Bürgergeld“ – und alle Freunde und Klassenkameraden hören mit. Man muss schon ein starkes Selbstbewusstsein haben, um an dieser Antwort nicht zu verzweifeln.

Rund 20% aller in Deutschland lebenden Kinder haben noch nie gesehen, dass ihre Eltern morgens aufstehen, um arbeiten zu gehen. Sie leben in einer Parallelgesellschaft. Diese Kids lernen das Leben „Bürgergeld“ von der Pike auf. Ihre Familien leben häufig an den Rändern der Städte, weil dort die Mieten im Verhältnis zu den Innenstädten preiswerter sind. Weil sie in einem sozialen Brennpunkt leben, besuchen sie mit allen anderen Kindern aus ihrem Bezirk die Brennpunktschule. Unsere Gesellschaft nennt das Brennpunkt, weil dort Familien leben müssen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen, da wo Arbeitslosigkeit, Armut, hohe Kriminalität und ungleiche Integration gebündelt anzutreffen sind. Also auch eine Art von Stigmatisierung. Die Schulen dort sind zumeist finanziell schlecht ausgestattet, da es kaum Förderkreise durch ihre Eltern gibt. Warum ist das so? Die Familien haben einfach zu wenig Geld, um es in die Bildung ihrer Kinder zu investieren. Sie brauchen das Geld für das Nötigste, Nahrungsmittel und Kleidung. Zahlreiche dieser Kinder sind durch den finanziellen Stress und die damit verbundenen Probleme ihrer Familien verhaltensauffällig geworden. Sie können sich nicht konzentrieren und stören teilweise den Unterricht. Wir nennen diese Kinder verhaltenskreativ. Warum verteilt man Kinder nicht so auf die Schulen, dass auf jeder Schule und in jeder Klasse ein in etwa gleicher Anteil an Kindern aus den Brennpunkten zu finden ist. Hinzu kommt, dass in den prekären Gebieten der Städte auch ein großer Teil der geflüchteten Familien mit ihren Kindern untergebracht wird. In zahlreichen Schulen gibt es dadurch einen Anteil von bis zu 95% an Kindern mit familiärer Herkunft aus arabischsprachigen Ländern. Das kann nicht gut gehen. Auch diese Kinder brauchen gute Schulen, an denen das Lehrpersonal Zeit hat, sich um sie zu kümmern. Sie tragen tiefe Traumata mit sich, haben Schreckliches auf ihren Fluchtrouten erlebt. Auch hier ist es wichtig, diese Kinder so zu verteilen, dass der Anteil der Kinder mit Fluchterfahrung auf jeder Schule und in jeder Klasse in etwa gleich ist. Es gibt Busse und Bahnen, die die Kinder nutzen könnten, um die Schulen zu erreichen. Ein Beispiel: In Berlin gibt es an einem Gymnasium in der Mitte der Stadt, in einem der sogenannten besseren Viertel, einen Migrationsanteil von weniger als zwei Prozent. Zehn Kilometer weiter, in Moabit, Lichtenberg, Hellersdorf, alles Berliner Stadtteile mit überwiegend finanziell benachteiligter Bevölkerung, gibt es Schulen mit einem Anteil geflüchteter Kinder von

bis zu 100%. Diese Kinder werden nicht integriert und später in ihrem Leben scheitern. Ihr Drehbuch ist schon geschrieben. Nach Migration muss unmittelbar Integration folgen. Und das funktioniert bei uns im Land nur bei einer kleinen Minderheit. Wir haben bis heute kein Konzept, wie die hunderttausenden jungen Menschen so integriert werden, dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Mir hat erst kürzlich eine junge Frau mit irakischen Wurzeln gesagt: „Klar, wir müssen lernen uns zu integrieren, aber ihr müsst uns auch ein bisschen entgegenkommen.“ Und – recht hat sie.

Was brauchen Kinder und Jugendliche, die, aus was für Gründen auch immer, von ihren Familien und der Gesellschaft nicht besonders wertgeschätzt werden? Zuerst einmal muss betont werden, dass sie nichts für ihre Situation können. Sie brauchen besondere Hilfe und Unterstützung von der Gesellschaft, von Freunden oder kommunalen oder privaten Organisationen, die sich intensiv und beständig kümmern. Einer dieser Orte ist die Arche. Hier können die jungen Menschen über ihre Sorgen und Probleme reden. Es sind Begegnungsstätten, die diesen Kindern und Jugendlichen einen Platz schenken, in dem sie mit offenen Herzen und Armen empfangen werden. Die Arche hat rund 35 solcher Häuser und Räume. Rund 10.000 Kinder und Jugendliche kommen täglich in die Häuser, egal welches „Gepäck“ sie aus ihrem Zuhause oder der Schule zu tragen haben. In den Arche-Häusern und auch auf anderen „Inseln der Sicherheit“ können die Kinder kostenlos essen, spielen, kreativ sein, Sport machen und lernen. Sie können einfach kommen, ohne sich vorher anzumelden oder ihre Bedürftigkeit unter Beweis zu stellen. Viele der Arche-Kids antworten auf die Frage, was die Arche ihnen bedeutet, was sie für sie ist: „Hier ist mein zweites Zuhause“ – und so verhalten sie sich auch. Sie haben einen Ort gefunden, an dem sie sich frei und ungezwungen bewegen können und sich in Sicherheit fühlen. Was ihnen neben den Angeboten im Haus wichtig ist, sind die Mitarbeitenden der Häuser, denen sie täglich begegnen. Sie erleben Menschen, die sie annehmen, egal aus welcher Kultur, Religion oder Bildungsschicht sie kommen, egal ob das T-Shirt Löcher hat oder schmutzig ist. Diese Wertschätzung und Akzeptanz ist wie Kitt: Es hält die Angebote, durch die die Kinder und Jugendlichen in ein gesundes und möglichst chancengleiches Leben entlassen werden sollen, zusammen und füllt sie mit Leben. Die Kinder, die in die Arche gehen, kommen in der Regel aus multi-belasteten Verhältnissen: sehr kleine Wohnungen, Traumata, Süchte, psychische Erkrankungen, wechselnde Partner, sprachliche Herausforderungen, Bildungsferne, rassistische Erfahrungen, extremistische Anwerbung, Fluchterfahrung, körperliche Krankheiten und Armut.

Wie kann man in Deutschland die Situation dieser betroffenen Kinder aus prekären Familien entscheidend verbessern? Der 35. Präsident der Vereinigten Staaten, John F. Kennedy, hat einmal gesagt: „Nur eines ist teurer als Bildung – keine Bildung“. Wir brauchen also in Deutschland flächendeckend gute Schulen. Wir brauchen mehr Lehrpersonal und ein Mehr an Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Wir brauchen in erster Linie Menschen, die sich um die in Deutschland lebenden Kinder kümmern. Die Kinder und Jugendlichen müssen in den Fokus unserer Gesellschaft gerückt werden. Um als Land eine Zukunft zu haben, brauchen wir jedes Potenzial der bei uns in Deutschland lebenden Kinder. Wir können es uns nicht leisten, auch auf nur ein Kind zu verzichten. Wir müssen Wohnungen bauen, in denen Familien mit mehreren Kindern Platz haben und in die Ausbildung aller jungen Menschen investieren. Wir müssen die Kinder, die aus den unterschiedlichsten Gründen nach Deutschland gekommen sind, besser integrieren und mit auf die Erfolgsspur nehmen. Eine Gesellschaft kann nur dann auf Dauer existieren und überleben, wenn wir so gut wie alle Kinder gleich fördern. Jedes Kind muss durch die Geburt ein „Chancenpaket“ erhalten.



Der Autor

Wolfgang Büscher

*Sprecher der Kinderstiftung
„Die Arche“*



Rund 10.000 Kinder und Jugendliche kommen täglich in die Häuser der Arche, auch unterstützt durch die Deutsche Kinderhilfe.

Soziale Integration armutsbetroffener Kinder

Die Lebenswirklichkeiten von Kindern in Deutschland sind geprägt von großen Unterschieden. Wo und in welche Familie ein Kind hineingeboren wird, entscheidet stark über seine Lebenschancen und damit über seine soziale Integration. Kinder, die in Familien aufwachsen, in denen der Bildungsstand niedrig ist, haben ein deutlich höheres Armutsrisiko als Kinder aus Familien mit einem hohen Bildungsniveau. Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund sind ebenso deutlich stärker von Armut bedroht als Kinder ohne Migrationshintergrund. Ein weiterer Risikofaktor für Kinderarmut ist die Familienstruktur, konkret sind Mehrkindhaushalte und Alleinerziehende besonders betroffen.

Wie können wir diese Risikofaktoren umkehren? Wie können alle Kinder gleichberechtigt und von Anfang an unabhängig von Herkunft, Behinderung, Wohnort, Bildungsstand und Familienstruktur an allen Bereichen des Lebens teilhaben? Dazu muss zunächst geklärt werden, was Kinderarmut kennzeichnet. Nur so können die Probleme und Herausforderungen angegangen werden.

Soziale Segregation

Arme Kinder wachsen häufig in Regionen oder Stadtteilen auf, die von Armut geprägt sind, was auch als räumliche und soziale Segregation bezeichnet wird. Dabei schreitet die Segregation vor allem von armutsbetroffenen Kindern in Städten des Ruhrgebiets weiter voran. Dies bedeutet zugleich oft auch eine Konzentration von Familien mit Migrationshintergrund, da diese zunächst vorrangig in von Armut geprägte Stadtteile zuwandern. Diese Segregation spiegelt sich wiederum in Schulen oder Kitas wider, so dass arme Kinder in homogenen Gruppen aufwachsen.

Fehlende Teilhabe

Kinder, die in Armut aufwachsen, verfügen über keine oder sehr geringe Möglichkeiten, am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Ob eine Einladung zum Kindergeburtstag, Klavierunterricht oder der Besuch im Kino – armutsbetroffene Kinder kennen solche Erlebnisse kaum, weil das Geschenk zu teuer, das Hobby zu kostspielig oder der Eintritt zu hoch ist.

Fehlende Selbstwirksamkeit

Fehlende Teilhabe führt zur sozialen Ausgrenzung, zu Rückzug und bei manchen Kindern zu psychischen und somatischen Problemen. Es fehlt armutsbetroffenen Kindern dadurch an Selbstwirksamkeit. Sie haben nicht das Rüstzeug und den Glauben, sich in schwierigen Situationen selbst helfen und Probleme erfolgreich meistern zu können.

Fehlender Wohnraum

Kinderarmut bedeutet in vielen Fällen zu geringen Wohnraum, weniger Rückzugsmöglichkeiten und/oder Wohnraum in schlechter Lage mit weniger Erholungsmöglichkeiten. Das führt wiederum dazu, dass Kinder seltener Besuch einladen und auch weniger eingeladen werden. So entsteht soziale Isolation.

Fehlende Bildungschancen

Fehlende soziale Integration drückt sich auch in schlechteren Bildungschancen aus. Armutsbetroffene und bedrohte Kinder erfahren häufig nicht die Unterstützung aus dem Elternhaus, die Kinder aus sozial stabilen Verhältnissen erfahren. Laut OECD-Bericht 2025 schneidet Deutschland regelmäßig schlecht ab, wenn es um die Bildungsgerechtigkeit geht. Noch immer entscheidet die soziale Herkunft primär über den Bildungserfolg eines Kindes. Die Bildungschancen von Kindern werden früh verteilt. Bereits ab dem zweiten Lebensjahr geht die Schere auseinander. Zweijährige Kinder aus sozial und ökonomisch belasteten Familien sprechen deutlich weniger Worte als Kleinkinder aus sozioökonomisch stabilen Familienverhältnissen. Hinzu kommt, dass viele Kinder aus einkommensarmen Familien keinen Kindergarten besuchen. Armutsbetroffene Kinder werden später eingeschult und können sich schwerer an den Schulalltag anpassen. Die Bildung und das Einkommen der Eltern entscheiden vorrangig darüber, ob ein Kind in Deutschland Abitur macht und damit Chancen auf einen gut bezahlten und qualifizierten Arbeitsplatz hat.

Abhängigkeit von Behörden

Schon früh erfahren armutsbetroffene Kinder, dass ihr finanzieller Spielraum vor allem von Behörden abhängt und mit Verzicht verbunden ist. Das ist für viele Kinder nicht nur unangenehm, sondern mit viel Scham behaftet. Arme Kinder bekommen früh zu spüren, dass ihre Eltern ihnen nicht den Schutz und die Sicherheit bieten können, die sie bräuchten, um unbeschwert aufwachsen zu dürfen.

Wie lassen sich fehlende Teilhabe und Selbstwirksamkeit, fehlender Wohnraum, die Abhängigkeit von Behörden und fehlende Bildungschancen umkehren? Wie können wir alle Kinder integrieren?

Die Schlüsselwörter lauten vor allem Integration und Inklusion. Kein Kind sucht sich aus, in welche Familie es hineingeboren ist. Wir können aber dazu beitragen, dass es dieselben Chancen bekommt.



Um armutsbetroffene Kinder besser sozial zu integrieren, ist eine Vielzahl an Maßnahmen notwendig. Deutschland hat sich im Rahmen der europäischen Kindergarantie dazu verpflichtet, bis 2030 Kinderarmut deutlich zurückzudrängen. Es ist also nicht nur eine soziale oder moralische Pflicht, arme Kinder besser zu integrieren, sondern ein verbrieftes Recht der Kinder.

Soziale Integration durch Teilhabe

Teilhabe und soziale Integration ist ohne klare finanzielle Ausstattung nicht zu haben. Deshalb muss dringend das Existenzminimum für Kinder neu berechnet werden. Denn hier entscheidet sich, wieviel armutsbetroffene Kinder brauchen, um sozial sicher aufzuwachsen. Die Bedarfe von Kindern sind dabei völlig andere als die von Erwachsenen. Trotzdem wird bisher bei der Ermittlung des Existenzminimums nicht klar zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unterschieden, so dass die Ausgaben für Kinder nicht belastbar bekannt sind. Die Anzahl der Familien in der ausgewählten Stichprobe zur Berechnung des Existenzminimums ist zu gering, um Rückschlüsse auf Bedarfe von Familien zu ziehen. Darüber hinaus wird das Existenzminimum im Sozial-, Steuer- und Unterhaltsrecht unterschiedlich bemessen, so dass das Existenzminimum nicht für alle Kinder gleich ist. Deshalb braucht es dringend eine Neuberechnung. Ebenso notwendig sind Reformen beim Bildungs- und Teilhabepaket,

das ja extra für eine bessere Teilhabe der Kinder geschaffen wurde. Abgesehen davon, dass auch hier der Betrag für echte Beteiligung mit 15 Euro pro Monat für Sportverein oder Musikunterricht viel zu gering ausfällt, wird das Geld für Bildung und Teilhabe nicht automatisch an Familien im Bürgergeld bzw. an Familien, die Kinderzuschlag erhalten, ausgezahlt. In vielen Bundesländern müssen Familien die Leistung extra beantragen. Hier entsteht das Problem. Einige Kommunen prüfen aufwendig, ob auch eine Anspruchsberechtigung vorliegt. Hier entstehen unnötige bürokratische Hürden zu Lasten der Schwächsten.

Bezahlbarer Wohnraum

Wohnraum muss wieder bezahlbar werden. Nach wie vor wird viel zu wenig gebaut und vor allem zu wenig in bezahlbaren Wohnraum für Familien investiert. Ebenso muss das Angebot an Sozialwohnungen ausgeweitet werden und darf sich auch nicht nur auf einzelne Wohngebiete konzentrieren. Sonst entstehen immer weiter soziale Brennpunkte und der Ghettoisierung wird weiter Vorschub geleistet. Darüber hinaus fallen jedes Jahr tausende von Wohnungen aus der Sozialbindung. Für die Familien bedeutet das häufig eine kräftige Mietpreissteigerung oder Kündigung wegen Eigenbedarfs. Allein in Berlin fallen 2026 über 45.000 Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Familien müssen umziehen und erhalten häufig deutlich

kleinere Wohnungen in sozial schwierigeren Wohnvierteln. Um armutsbetroffene Kinder sozial zu integrieren, brauchen wir jetzt einen echten Wohnungsbauturbo für Familien.

Bildungschancen für alle Kinder

Eine wichtige Stellschraube für eine bessere soziale Integration ist eine längere gemeinsame Schulzeit. Je später die Kinder auf verschiedene Schulen verteilt werden, umso größer sind die Chancen, dass auch bildungsbenachteiligte Kinder ihr Potenzial entfalten. So zeigt sich, dass in Berlin und Brandenburg, zwei Bundesländer, in denen die Kinder zumindest bis zur 6. Klasse die Grundschule gemeinsam besuchen, die Durchlässigkeit des Bildungssystems deutlich höher ist als in Bundesländern, in denen die Kinder nur vier Jahre gemeinsam die Schulbank drücken. Ebenso müssen sozial verursachte motorische und kognitive Unterschiede zwischen den Kindern möglichst früh in den Fokus rücken. Deshalb fordern wir eine bundesweite Vorschule für alle Kinder ab vier Jahren und regelmäßige Sprachstandserhebungen in den Kindergärten.

Abhängigkeit von verschiedenen Behörden verringern

Wie es bereits mit der Kindergrundsicherung geplant war, müssen die zahlreichen Familien- und Sozialleistungen besser gebündelt und stärker aufeinander abgestimmt werden. In Deutschland gibt es 150 verschiedene Familienleistungen. Viele von Armut betroffene Familien wissen deshalb nicht, dass sie eine bestimmte Leistung beantragen können, oder tun dies aus Scham nicht. So ist beispielsweise vielen Menschen der Kinderzuschlag nicht bekannt oder es ist ihnen zu aufwendig, die Anträge auszufüllen, so dass die Leistung erst gar nicht abgerufen wird. Wer den Kinderzuschlag beantragt, hat häufig auch Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungspaket und auf Wohngeld. Diese drei Leistungen müssen aber getrennt voneinander beantragt werden. Hier wäre es sinnvoll, wenn Familien dies mit einem Antrag erledigen könnten.

Teilhabe durch qualifizierte Arbeit

Die sicherste Maßnahme, um Kindern langfristig soziale Teilhabe zu ermöglichen und sie aus der Armut herauszulösen, ist eine qualifizierte Arbeit für die Eltern. Insbesondere alleinerziehende Mütter befinden sich häufig in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, die nicht ausreichen, um eine Familie sicher zu versorgen. Sowohl Weiterbildungsmaßnahmen als auch familienfreundliche Arbeitsmöglichkeiten müssen ausgeweitet werden, um mehr Familien aus der Armut zu bekommen und ihnen echte Perspektiven zu geben. Das gilt insbesondere für Jobs, in denen Frauen vermehrt arbeiten und in denen das Arbeitspensum familienunfreundlich im Schichtdienst bewältigt werden muss. Hier braucht es sowohl

ein Entgegenkommen der Arbeitgebenden als auch flexible Betreuungsmöglichkeiten, die etwa Öffnungszeiten außerhalb der klassischen neun-bis-fünf-Uhr-Arbeitszeiten anbieten. Soziale Teilhabe und Integration aller Kinder bedarf einer Vielzahl an Maßnahmen und Schritten, um allen Kindern eine bessere und unbeschwerte Kindheit zu ermöglichen. Gleichwohl würden auch schon kleine Schritte, wie zum Beispiel die Entbürokratisierung des Bildungs- und Teilhabepakets, helfen und einen wichtigen Beitrag leisten, Kindern Teilhabe schneller zu ermöglichen. Armut hat für Kinder vor allem dann nachhaltige psychische und gesundheitliche Folgen, wenn sie lange Zeit andauert. Kein Kind sollte Armut erfahren müssen.

Die Autorin

Dr. Luisa Becker-Ritterspach
Referentin für Kinderarmut und
Bildung der Deutschen Kinderhilfe

Kinder mit Migrationshintergrund und Kinderarmut

Kinder mit Migrationshintergrund wachsen in Deutschland überdurchschnittlich häufig in Armut auf, und beides zusammen erhöht das Risiko, im Bildungssystem systematisch benachteiligt zu werden. In einer inklusiven Perspektive sind diese Kinder jedoch nicht „Sonderfälle“, sondern Teil der normalen Vielfalt, für die Schule verantwortlich ist.

Das Rahmenkonzept 2035 des Landes Schleswig-Holstein legt den verbindlichen Rahmen für die Schulentwicklung in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2035 fest. Im Zentrum steht das Ziel, alle Schülerinnen und Schüler zu befähigen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben. Dies wird durch drei übergeordnete Bildungsziele konkretisiert:

- **Leistungs- und Kompetenzentwicklung**
- **Chancengerechtigkeit**
- **Wohlbefinden und Persönlichkeitsentwicklung**

Diese Ziele gelten für alle Schulen und sind Grundlage für Schulentwicklung, Qualitätssteuerung und pädagogisches Handeln.

Chancengerechtigkeit neu gedacht

Chancengerechtigkeit bedeutet im lernenden Schulsystem nicht, alle gleich zu behandeln, sondern ungleiche Startbedingungen bewusst auszugleichen. Kinder mit Migrationsgeschichte und aus armutsbelasteten Familien bringen häufig weniger institutionelle Bildungserfahrung, sprachliche Hürden und eingeschränkte Zugänge zu kultureller Teilhabe mit.

Die datenbasierte Schulentwicklung in Schleswig-Holstein arbeitet deshalb mit Daten zu Lernständen, Übergangsquoten und Teilhabemöglichkeiten, um systematisch zu erkennen, wo bestimmte Gruppen benachteiligt sind. Auf dieser Grundlage werden gezielt Ressourcen eingesetzt: mehr Zeit für Sprachbildung, multiprofessionelle Teams, Kooperation mit Jugendhilfe und Sozialraum sowie verlässliche Ganztagsangebote. Chancengerechtigkeit ist damit kein „Projekt“, sondern Leitprinzip der Schulentwicklung.

Persönlichkeitsentwicklung als Schutzfaktor

Für Kinder, die in Armut leben oder Diskriminierungserfahrungen machen, ist die Stärkung der Persönlichkeit ein entscheidender Schutzfaktor. Das Bildungsdreieck des schleswig-holsteinischen Rahmenkonzeptes 2035 rückt Wohlbefinden, Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit bewusst neben Chancengerechtigkeit und Leistung.

Schulen, die sich als lernende Organisationen verstehen, sorgen für eine Kultur der Wertschätzung, in der Herkunftssprachen als Ressource gelten und Vielfalt sichtbar positiv besetzt wird. Sie schaffen Räume, in denen Kinder lernen, ihre Stimme zu erheben, Verantwortung zu übernehmen und sich als wirksam zu erleben – im Unterricht, im Ganztage und in der Beteiligung an der Schulentwicklung. Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund kann Schule so zum Ort werden, an dem sie ein positives Bild von sich und ihren Möglichkeiten entwickeln.

Anspruchsvolle Leistungen für alle

Der dritte Eckpfeiler des Dreiecks ist die Orientierung an anspruchsvollen Leistungen – und zwar für alle Kinder, nicht nur für ohnehin privilegierte. Die internationale Forschung zeigt auf: Vorbilder wie Kanada verbinden hohe Leistungsansprüche konsequent mit Strategien zur Förderung benachteiligter Gruppen.

Für Schulen mit vielen Kindern in Armut heißt das, Unterricht so zu gestalten, dass anspruchsvolle Lernziele mit Unterstützung, differenzierten Zugängen und klaren Strukturen einhergehen. Erwartungen werden transparent gemacht, Lernfortschritte regelmäßig ausgewertet und gemeinsam im Team besprochen. Leistung wird so nicht zur Selektionswaffe, sondern zum gemeinsamen Entwicklungsziel.

Schulentwicklung am Beispiel Schule Roter Hahn

Die Entwicklung der Schule Roter Hahn in Lübeck zeigt, wie Schulentwicklung unter schwierigen sozialräumlichen Bedingungen gelingen kann, wenn sie sich konsequent an solchen Leitideen orientiert. In einem Umfeld mit hohem Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und Armutserfahrungen wurden Konzepte der Ganztagschule, der Sozialraumorientierung und der Persönlichkeitsbildung systematisch miteinander verzahnt. Dazu gehört, Schule als „Verantwortungsgemeinschaft“ zu verstehen: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeit, Eltern und außerschulische Partner arbeiten gemeinsam an verlässlichen Beziehungen, einheitlichen Regeln und einem sicheren Lernklima. Vandalismus und Unterrichtsverweigerung gehen in solchen Settings deutlich zurück, während Bindung an Schule, Lernbereitschaft und Fachlichkeit im Kollegium wachsen. Kinder erleben: Dieser Ort rechnet mit mir – und traut mir etwas zu. Wenn Chancengerechtigkeit, Persönlichkeitsentwicklung und anspruchsvolle Leistungen gemeinsam gedacht werden, entstehen Schulen, die soziale Ungleichheit nicht hinnehmen, sondern aktiv bearbeiten. Die Erfahrungen von Schulen wie Roter Hahn zeigen: Wo Schulleitung und Kollegium gemeinsam lernen, Verantwortung teilen und den Mut haben, neue Wege zu gehen, können gerade die Kinder gewinnen, deren Chancen am Beginn am geringsten erscheinen.

Rahmenkonzept SCHULE 2035: Herausgeber: Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Brunswiker Straße 16-22, 24105 Kiel, August 2025, https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/ministerien-behoerden/III/Service/Broschueren/Bildung/rahmenkonzept_schule_2035.pdf



Die Autorin

Nicole Völschow
ehem. Schulleiterin der Grundschule
Roter Hahn, Lübeck

Kinderarmut und Alleinerziehende – Struktur statt Schuld

Kinderarmut bei Alleinerziehenden – warum wir endlich über Strukturen sprechen müssen

Kinderarmut wird in Deutschland häufig moralisch erzählt. Besonders dann, wenn es um Alleinerziehende geht. Die Erzählung ist schnell zur Hand: zu wenig oder kein Unterhalt, Konflikte zwischen den Eltern, individuelle Fehlentscheidungen. Was dabei regelmäßig verloren geht, ist der Blick auf die Strukturen, die diese Armut überhaupt erst hervorbringen – und auf die politische Verantwortung, die hinter private Konflikte zurückgezogen wird.

Die Erfahrung, dass Unterhalt kein verlässlicher Schutz vor Armut ist, sondern selbst Teil eines hochproblematischen Systems, ist kein Einzelfall. Sie ist strukturell.

Der verkürzte Blick auf Unterhalt

Wenn über Kinderarmut bei Alleinerziehenden gesprochen wird, landet die Debatte fast zwangsläufig beim Unterhalt. Zu oft wird dabei suggeriert, das Problem ließe sich lösen, wenn Unterhalt einfach „ordnungsgemäß gezahlt“ würde. Diese Verkürzung greift gleich mehrfach zu kurz. Zum einen blendet sie aus, dass Unterhalt nie als eigenständige Existenzsicherung gedacht war, sondern als Ergänzung. Zum anderen verschiebt sie ein gesellschaftliches Armutsproblem in den privaten Raum. Politische Verantwortung wird damit privatisiert. Die Folge ist fatal: Statt Armut zu verhindern, wird sie zwischen Elternteilen hin- und hergeschoben. In der Konsequenz lebt mindestens eine Seite in prekären Verhältnissen, häufig beide.

Teilzeit ist kein individuelles Versagen

Viele Alleinerziehende sind auf Unterhalt angewiesen, weil die bestehenden Strukturen sie dazu zwingen. Wer Kinder allein betreut, arbeitet überdurchschnittlich häufig in Teilzeit – nicht aus mangelndem Ehrgeiz, sondern weil Betreuungsrealitäten, Care-Arbeit und Erwerbsarbeit realistisch nicht anders zu vereinbaren sind.

Doch ein Teilzeitgehalt, selbst außerhalb klassischer Niedriglohnberufe, reicht in vielen Regionen schlicht nicht zum Leben. Weder in Berlin noch in Hamburg, München oder Köln lassen sich mit einem durchschnittlichen Teilzeiteinkommen plus Kindergeld die realen Wohn- und Lebenshaltungskosten decken. Kinderarmut entsteht hier nicht durch individuelles Scheitern, sondern durch politische Rahmenbedingungen, die Erwerbs- und Sorgearbeit systematisch gegeneinander ausspielen.

Unterhaltspflicht kann selbst arm machen

Was in der öffentlichen Debatte fast vollständig fehlt, ist der Blick auf unterhaltspflichtige Elternteile, die nicht leistungsfähig sind und dennoch in ein System geraten, das kaum Spielraum lässt. Die geltenden Selbstbehalte, etwa nach der Düsseldorfer Tabelle, liegen formal bei rund 900 Euro. In der Praxis sind sie weder realitätsnah noch verlässlich. Sie können abgesenkt werden, weil Kindesunterhalt vorrangig ist, und basieren auf Wohnkostenannahmen, die mit den tatsächlichen Mieten in Ballungsräumen nichts zu tun haben. Die Folgen sind existenzielle Brüche: Frauen, die trotz Vollzeitarbeit zusätzlich kellnern müssen. Mütter, die in viel zu kleinen, unsanierten Wohnungen leben, obwohl sie im öffentlichen Dienst in verantwortungsvollen Positionen arbeiten. Und Frauen, die Flaschen sammeln oder Blut spenden gehen, um über die Runden zu kommen, weil sie Unterhalt zahlen, Rückstände aus Zeiten der Nicht-Leistungsfähigkeit bedienen müssen, Unterhaltsvorschuss zurückzahlen und zusätzlich Verfahrenskostenhilfe abzahlen. Das sind keine Einzelfälle. Das sind Symptome eines Systems, das Unterhaltspflicht mit Leistungsfähigkeit verwechselt.

Umgangskosten, Inflation und die Spirale der Überforderung

Ein weiterer systematisch unterschätzter Faktor sind die Kosten, die dort entstehen, wo Umgang tatsächlich stattfindet. Umgang ist nicht kostenlos. Fahrten, Verpflegung, Freizeitgestaltung, Ferienzeiten – all das verursacht Ausgaben, die regelmäßig vom unterhaltspflichtigen Elternteil erwartet und auch zu Recht eingefordert werden. Denn selbstverständlich soll Umgang nicht nur stattfinden, sondern eine gute Zeit ermöglichen.

Doch auch hier sind den Möglichkeiten Grenzen gesetzt. In Zeiten stark steigender Lebenshaltungskosten geraten viele Unterhaltspflichtige sehr schnell in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Die Teuerungsraten betreffen alle: Mieten, Energie, Lebensmittel, Mobilität. Während die real verfügbaren Einkommen stagnieren oder sogar sinken, steigen auf beiden Seiten die Kosten. Gleichzeitig führen Indexierungen und Anpassungen zu steigenden Unterhaltsbeträgen. Steigerung hier, Steigerung dort, ohne dass sich das Gehalt in vergleichbarem Maße erhöht. In der Regel tut es das nicht. Diese Dynamik erzeugt eine strukturelle Überforderung, die weder durch guten Willen noch durch noch mehr private Auseinandersetzungen aufzulösen ist.

Wer zahlt am Ende die Rechnung?

Was dabei häufig übersehen wird: Am Ende zahlen immer die Kinder die Rechnung. Wenn mindestens ein Elternteil – oft sogar beide – dauerhaft an der Armutsgrenze lebt, fehlt nicht nur Geld im Alltag. Es fehlt auch jede Möglichkeit, für das Alter vorzusorgen, Rücklagen zu bilden oder Stabilität aufzubauen. So werden Probleme systematisch in die Zukunft verlagert. Kinderarmut wird nicht verhindert, sondern fortgeschrieben, mit langfristigen Folgen für soziale Teilhabe, Gesundheit und Bildungschancen.

Krankheit, Behinderung und die Grenzen gesteigerter Erwerbsobliegenheit

Besonders deutlich zeigt sich das Versagen des Systems dort, wo gesundheitliche Einschränkungen vorliegen. Wer über längere Zeit arbeitsunfähig ist, durchläuft engmaschige Prüfverfahren: Krankengeld, Reha, Erwerbsminderungsprüfung, schließlich Bürgergeld. Diese Feststellungen sind amtlich geprüft.

Hinzu kommt der Grad der Behinderung. Ein solcher Bescheid ist kein Gefallen des Staates, sondern das Ergebnis eines oft jahrelangen, belastenden Prüfverfahrens. In Berlin etwa prüft das Landesamt für Gesundheit und Soziales äußerst streng. Wer einen Grad der Behinderung zugesprochen bekommt – unabhängig davon, ob er bei 30, 50 oder 70 liegt, hat eine belegte gesundheitliche Vorgeschichte. Der Grad der Behinderung ist ein Nachteilsausgleich: mehr Urlaub, besonderer Kündigungsschutz, angepasste Arbeitsbedingungen. All das, weil die Belastbarkeit real eingeschränkt ist.

Genau hier kollidiert die Realität mit der unterhaltsrechtlich gesteigerten Erwerbsobliegenheit. Denn faktisch wird von Unterhaltspflichtigen häufig eine Erwerbstätigkeit im Umfang von 40, teils 48 Stunden als Normalfall unterstellt – unabhängig von individuellen gesundheitlichen Grenzen. Diese Annahmen stehen im offenen Widerspruch zu anerkannten Einschränkungen. Dabei gilt die Erwerbsobliegenheit formal für beide Elternteile. In der Praxis konzentriert sich der Druck jedoch nahezu ausschließlich auf die Unterhaltspflichtigen. Menschen mit anerkannten gesundheitlichen Einschränkungen geraten so in ein System, das ihre individuelle Leistungsfähigkeit ignoriert. Dabei ist der Unterschied zentral: Unwillen ist etwas anderes als Unvermögen. Wer nachweislich nicht leistungsfähig ist, kann keinen Unterhalt zahlen. In der Praxis wird diese Unterscheidung jedoch häufig missachtet, weder wird der

laufende Unterhalt ausgesetzt noch die Rückforderung aus dem Unterhaltsvorschuss automatisch gestoppt. Es entstehen Schulden, die nicht aus Verschulden, sondern aus struktureller Ignoranz resultieren. Wenn Betroffene später, im Idealfall, wieder erwerbstätig werden, beginnen sie nicht neu, sondern mit einem Schuldenberg, der realistisch kaum abgetragen werden kann. Diese Schulden sind systemisch produziert.

Fiktives Einkommen und reale Erwerbsbiografien

Ein besonders gravierendes Problem stellt die Heranziehung sogenannter fiktiver Einkommen dar. Leistungsfähigkeit wird dabei nicht an dem bemessen, was tatsächlich verdient wird, sondern an dem, was jemand theoretisch verdienen könnte, unter idealisierten Annahmen, die mit der Realität häufig nichts zu tun haben.

Diese Konstruktion ist hochproblematisch. Einkommen entsteht nicht allein aus formaler Qualifikation. Es ist das Ergebnis vieler Faktoren: Berufserfahrung, Branchenlage, regionale Arbeitsmärkte, gesundheitliche Voraussetzungen, persönliche Fähigkeiten, Lebenslaufbrüche. Die Annahme, jemand könne allein aufgrund eines bestimmten Abschlusses oder einer theoretischen Eignung ein bestimmtes Einkommen erzielen, ignoriert diese Realität vollständig. Ein akademischer Grad garantiert weder eine entsprechende Tätigkeit noch ein bestimmtes Einkommen. Die Orientierung an fiktiven Einkommen bedeutet, Kosten und Leistungsfähigkeit an Größen zu knüpfen, die real nicht vorhanden sind. Das ist nicht nur lebensfremd, sondern greift auch in die Freiheit der Berufswahl und Berufsausübung ein.

Bemerkenswert ist zudem die Schieflage, die nach Trennungen entsteht: Während vom unterhaltspflichtigen Elternteil faktisch verlangt wird, Berufentscheidungen nach Unterhaltsmaximierung auszurichten, gilt diese Erwartung gegenüber dem unterhaltsberechtigten Elternteil nicht in gleicher Weise. Einkommensschwankungen, prekäre Branchen oder auftragsabhängige Tätigkeiten werden dort als individuelle Lebensentscheidungen akzeptiert – beim Unterhaltspflichtigen hingegen sanktioniert. Diese Ungleichbehandlung stellt eine deutliche Benachteiligung dar. Lebensentscheidungen wirken sich in Partnerschaften immer auf alle Beteiligten aus. Sie einseitig nach einer Trennung zu problematisieren, ist weder sachgerecht noch gerecht.

Jugendämter und Ermessen

Hinzu kommt der enorme Ermessensspielraum in der Verwaltungs-praxis. Fälle mit nahezu identischer Einkommenslage werden unterschiedlich bewertet, teils sogar durch denselben Sachbearbeiter. Selbstständige Einkommen, Vermögenswerte oder faktische Leistungsfähigkeit werden uneinheitlich berücksichtigt oder bleiben unberücksichtigt.

Besonders problematisch ist die Praxis, Steuerrückzahlungen vollständig zur Tilgung von Unterhaltsvorschuss heranzuziehen. Dabei handelt es sich nicht um zusätzliches Einkommen, sondern um zu viel gezahlte Steuern auf bereits berücksichtigtes Einkommen. Diese Praxis führt zu faktischer Doppelbelastung und ist schlicht unfair, gerade wenn neben dem laufenden Unterhalt auch regelmäßig der aufgelaufene Betrag des Unterhaltsvorschusses abgetragen wird.

Wer sich dagegen wehren will, muss erneut Ressourcen aufbringen: anwaltliche Beratung, gerichtliche Verfahren, Zeit, Ressourcen, die sowohl den Betroffenen fehlen als auch dem System insgesamt, etwa in Kindschaftsverfahren, die ohnehin unter massiver Überlastung leiden. Das System bindet Kapazitäten, die es an anderer Stelle dringend bräuchte.

Darüber hinaus werden Probleme erneut nicht gelöst, sondern auf die Betroffenen zurückverlagert. Die fehlende Fachaufsicht, unterschiedliche Auslegung von Richtlinien und unzureichende politische Steuerung sorgen dafür, dass Unterhaltspflichtige in endlose Verfahren geraten. Jede Ungleichbehandlung, jeder unklare Bescheid bedeutet zusätzlichen Stress, Kosten und Unsicherheit – mit direkten Folgen für Kinder und Eltern.

Fazit


Kinderarmut bei Alleinerziehenden ist kein privates Problem und kein Beziehungsversagen. Sie ist das Ergebnis politischer und administrativer Strukturen, die Verantwortung privatisieren und Risiken individualisieren.

Wo Kinder leben, muss auch ausreichend Geld ankommen. Die Steuerklasse II entlastet Alleinerziehende nur minimal und bleibt für viele Aufstockende faktisch wirkungslos. Notwendig sind fiskalische Lösungen, die Kinder real absichern – ebenso wie wirksame steuerliche Entlastungen für Unterhaltspflichtige, etwa durch eine Absetzbarkeit von Unterhaltsleistungen. Diese können jedoch nur dann greifen, wenn sie nicht im selben Moment durch Pfändungen oder Rückforderungen wieder neutralisiert werden.

Solange existenzsichernde Einkommen, realistische Selbst-behalte und verlässliche Sicherungssysteme fehlen, wird Unterhalt zum Armutsrisiko – für Eltern und für Kinder. Wer Kinderarmut wirksam bekämpfen will, muss diese Strukturen verändern. Alles andere ist eine Verlagerung der Rechnung auf die nächste Generation.

Jede Stunde zählt.

**Für dich,
für deine Schüler:innen,
für unsere Zukunft.**



Werde Waldorflehrer:in. Inspiriere deine Schüler:innen, unsere Zukunft mitzugestalten. Dabei zählen deine Interessen und Fähigkeiten und deine Kreativität in der Unterrichtsgestaltung. In der Schulgemeinschaft ist uns Wertschätzung wichtig. Weil du zählst.

Bewirb dich jetzt als Waldorflehrer:in

Die Freien Waldorfschulen jedeStundezaehlt.de



Die Autorin
Stefanie Ponikau



Alleinerziehende sind im heutigen Alltag oft extrem überfordert.

Kinder ohne sicheres Zuhause – Migration als Risikofaktor für Wohnungslosigkeit

Vorbemerkung

Die Bundesregierung stellt im aktuellen Armuts- und Reich-tumsbericht fest: „Die Zahl untergebrachter wohnungsloser Personen ist von 2022 zu 2024 zwar deutlich gestiegen, doch ist dies in erster Linie auf untergebrachte Geflüchtete aus der Ukraine zurückzuführen.“ (BMAS 2025, S. 437). Diese Formulierung verdeckt die strukturelle Dimension der Wohnungslosigkeit und die Vielfalt der davon bedrohten Menschen. Trotz bestehen-der Rechtsansprüche werden sie nicht über den regulären Woh-nungsmarkt versorgt, sondern sind gezwungen, in Unterbrin-gungsformen zu leben, die weitere Armutsrisiken perpetuieren und Kindern ihre Zukunft nehmen.

Bei geschätzten über einer Million wohnungsloser Menschen fehlt der nachhaltige politische Wille, Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot zu ergreifen. Erschwerend kommt hinzu, dass der aktuelle politische Diskurs desintegrierend und gegen Migration gerichtet ist. Dabei ist nicht die Herkunft entscheidend, sondern die Lebenslage „wohnungslos“.

Verschiedene Migrationswege

Bei der Betrachtung wohnungsloser Menschen mit Migrations-geschichte sind verschiedene Gruppen analytisch zu unterschei-den, die jeweils unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedin-gungen unterliegen:

- Geflüchtete aus der Ukraine erhalten eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz. Sie durchlaufen kein Asylverfahren und haben von Anfang an grundsätzlich Anspruch auf Wohnraumversorgung. Die Bundesregierung führt den Anstieg der untergebrachten wohnungslosen Personen von 2022 auf 2024 hauptsächlich auf diese Gruppe zurück.
- Anerkannte Geflüchtete haben ein Asylverfahren mit positivem Abschluss durchlaufen (Asylberechtigung, Flüchtlingseigenschaft, subsidiärer Schutz). Sie haben ebenso Anspruch auf die Versorgung mit eigenem Wohnraum, müssen aber oft über Jahre in ordnungsrechtlicher Unterbringung leben. Ende Januar 2025 lebten über 206.000 Menschen zwei Jahre und länger in solchen Unterkünften – darunter fast 64.000 Kinder und Jugendliche.
- EU-Zugewanderte besitzen das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union, sie sind aber teilweise von Leistungsausschlüssen betroffen und für die Kommunen besteht keine Verpflichtung zur Wohnraumversorgung. EU-Zugewanderte erleben zudem massive Diskriminierung. Menschen aus Polen, Rumänien und Bulgarien sind unter den wohnungslosen EU-Zugewanderten am stärksten vertreten.

Zahlen und Strukturen: Migration als Risikofaktor für Wohnungslosigkeit

Zum Stichtag 31. Januar 2025 wurden bundesweit 474.700 woh-nungslose Personen untergebracht (Statistisches Bundesamt 2025). Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) geht in ihrer Hochrechnung für 2024 von insgesamt über einer Million wohnungslosen Menschen im Jahresverlauf aus (BAG W 2025a).

Dabei ist Migration ein eigenständiger Risikofaktor für Wohnungslosigkeit: Rund 80% der wohnungslosen Menschen besaßen 2024 keine deutsche Staatsbürgerschaft. 55.000 Personen hatten eine EU-Staatszugehörigkeit, 765.000 Personen kamen von außerhalb der EU oder waren zu einem geringen Teil staatenlos (BAG W 2025a). Auch Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft und Migrationsgeschichte sind überproportional betroffen: Rund 18% der wohnungslosen Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft erleben rassistische Diskriminierung (BMWSB 2024, S. 51), dies ist ein Hinweis auf strukturelle Benachteiligung aufgrund von z.B. Sprache, Name oder Hautfarbe trotz deutschem Pass.

Strukturelle Problemlagen und ihre Folgen

Die Wohnungslosigkeit von Familien mit Migrationsgeschichte entsteht nicht aus individuellen Defiziten, sondern aus dem Zusammenwirken verschiedener Barrieren:

An Arbeit gebundener Wohnraum: Besonders bei EU-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmern ist Wohnraum häufig an das Arbeitsverhältnis gekoppelt. Bei wohnungslosen EU-Arbeitnehmerinnen und -Arbeitnehmern aus Polen, Bulgarien und Rumänien war in 48% der Fälle ein an Arbeit gebundenes Wohnverhältnis ursächlich für den Wohnungsverlust (BMWSB 2024, S. 53). Bei Kündigung, Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit verlieren Familien gleichzeitig Einkommen und Unterkunft. Komplexe sozial- und aufenthaltsrechtliche Regelungen führen dazu, dass Betroffene ihre Ansprüche nicht kennen oder nicht durchsetzen können. Kinder erleben in solchen Situationen abrupte Schulwechsel oder fallen ganz aus dem Bildungssystem heraus.

Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt: 55% der nicht-deutschen wohnungslosen Menschen berichten von rassistischer Diskriminierung aufgrund von Sprache, Name, Hautfarbe oder Herkunftsland. 18% erleben diese Diskriminierung konkret bei der Wohnungssuche (BMWSB 2024, S. 51). Vermietende lehnen Familien mit Migrationsgeschichte mitunter pauschal ab – unabhängig von Bonität oder Einkommenssituation. Familien

mit anerkanntem Schutzstatus müssen deshalb oft jahrelang in kommunalen Unterkünften leben, obwohl sie Anspruch auf eigenen Wohnraum haben. Kinder wachsen in beengten Verhältnissen auf, teilen sich mit der ganzen Familie ein Zimmer, haben keinen Platz für Hausaufgaben oder Rückzug. Die Unsicherheit über die Wohnsituation und häufige Verlegungen belasten die kindgerechte Entwicklung massiv.

Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt: Fast 16% der nicht-deutschen wohnungslosen Menschen erleben rassistische Diskriminierung bei der Arbeit oder Arbeitssuche (BMWSB 2024, S. 57). Diese Diskriminierung verschärft die ökonomische Prekarität der Familien. Elternteile, insbesondere Mütter, können zudem aufgrund fehlender Kinderbetreuung keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.

Bürokratische Hürden und mangelnde Unterstützung: Die auf-enthalts- und sozialrechtlichen Regelungen sind hochkomplex, qualifizierte Beratungsangebote fehlen vielerorts und Sprach-mittlungsangebote sind unzureichend (BAG W 2025b, S. 7). Fa-milien verlieren dadurch Leistungsansprüche oder können ihre Rechte nicht durchsetzen.

Die Lebenslage Wohnungslosigkeit verbindet sich bei Familien mit Migrationsgeschichte mit rassistischer Diskriminierung, unsicherem Aufenthaltsstatus, nichtanerkannten Qualifikationen und dem Ausschluss von sozialer Sicherung. Kinder tragen die Folgen dieser mehrfachen Benachteiligung: Sie fehlen in der Schule, haben keinen Zugang zu Gesundheitsversorgung, erleben soziale Isolation und entwickeln in der Folge psychische Belastungen.

Familien in Wohnungslosigkeit: Besondere Vulnerabilität der Kinder

Wohnungslosigkeit trifft Familien mit besonderer Härte. Nach Hochrechnungen der BAG W waren 2024 etwa 193.000 Kinder und Jugendliche von Wohnungslosigkeit betroffen – sie lebten mehrheitlich mit ihren Eltern in institutioneller Unterbringung (BAG W 2025a). Rund 60% aller wohnungslosen Menschen lebten 2024 in Mehrpersonenhaushalten. Bei Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft lag dieser Anteil bei 68%, bei deutschen bei 27% (BAG W 2025a). Das bedeutet: Wohnungslosigkeit betrifft bei Menschen mit Migrationsgeschichte häufiger ganze Familien.

Die Auswirkungen auf Kinder sind gravierend

Bildung: Häufige Wechsel in der ordnungsrechtlichen Unter-bringung erschweren die Klärung schulrechtlicher Zuständig-

keiten. Fehlannahmen über eine angeblich nicht bestehende Schulpflicht führen zu hohen Fehlzeiten (BAG W 2025b, S. 8). Kinder mit Migrations- oder Fluchterfahrung haben zusätzlich mit Sprachbarrieren zu kämpfen. Die Bildungsbenachteiligung setzt sich über Generationen fort: Unter den nicht-deutschen Klientinnen und Klienten in der Wohnungsnotfallhilfe haben 30,6% der Männer und 37,1% der Frauen keinen Schulabschluss – bei deutschen Klientinnen und Klienten sind es 15,6 bzw. 17,5% (Krauß/Lotties 2025, S. 78).

Gesundheit: Der Zugang zu gesundheitlicher Regelversorgung ist für wohnungslose Familien erheblich erschwert. 41% der nicht-deutschen wohnungslosen Menschen können mangels Krankenversicherungsschutz keine medizinische Regelversorgung aufsuchen, bei Menschen aus Polen, Bulgarien und Rumänien sind es sogar 53% (BMWSB 2024, S. 53). Die psychische Belastung durch Wohnungslosigkeit ist für Kinder immens. Sie erleben existentielle Unsicherheit, beengte Wohnverhältnisse ohne Rückzugsräume und häufig auch Gewalt in den Unterkünften.

Soziale Teilhabe: Kinder in wohnungslosen Familien sind in ihrer sozialen Teilhabe sehr stark eingeschränkt. Die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) reichen nicht aus, um Mitgliedsbeiträge für Sportvereine, Musikunterricht oder Ferienfreizeiten zu finanzieren (BAG W 2025b, S. 6). Der ständige Mangel führt zu Scham und Isolation.

Parentifizierung: Besonders in Familien mit Migrations- oder Fluchterfahrung übernehmen Kinder häufig Verantwortung für ihre Eltern. Sie dolmetschen bei Behördengängen, helfen beim Ausfüllen von Formularen und betreuen jüngere Geschwister. Diese „Parentifizierung“ – die Umkehr der Eltern-Kind-Rollen – kann zu Überforderung und entwicklungspsychologischen Problemen führen (BAG W 2025b, S. 8).

Handlungsnotwendigkeiten: Was getan werden muss

Wohnungslosigkeit ist kein migrationspezifisches Problem, sondern ein gesamtgesellschaftliches. Die hohe Betroffenheit von Menschen mit Migrationsgeschichte verweist auf strukturelle Defizite, die dringend beseitigt werden müssen. Konkrete erste Handlungsschritte sind die Ausweitung des Bestands preis-werter Wohnungen und des sozialen Wohnungsbaus mit einer langfristigen Bindung sowie der Ausbau eines flächendeckenden Präventionsnetzes, das Menschen frühzeitig unterstützt, bevor sie ihre Wohnung verlieren (BAG W 2025a). Für Familien mit Mi-grationsgeschichte sind darüber hinaus spezifische Maßnah-

Themenblock_Kinderarmut und Integration

men erforderlich: Konsequente Verfolgung von Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Ausbau mehrsprachiger Beratungsstrukturen und qualifizierte Sprachmittlung, Sicherstellung von Kinderbetreuung sowie Klärung komplexer aufenthalts- und sozialrechtlicher Regelungen.

Integration beginnt mit Wohnraum

Über eine Million wohnungslose Menschen in Deutschland – diese Zahl ist Ausdruck eines politischen Versagens. Wenn die Mehrheit der davon Bedrohten Menschen mit Migrationsgeschichte sind, dann liegt das nicht an ihrer Herkunft, sondern an strukturellen Benachteiligungen, die durch fehlende politische Prioritätensetzung verschärft werden. Die Bundesregierung hat sich zwar mit dem Nationalen Aktionsplan das Ziel gesetzt, Wohnungslosigkeit bis 2030 zu überwinden. Dieses Ziel muss aber mit konkreten und nachhaltig finanzierten Maßnahmen unterlegt werden. Das ist bisher nicht der Fall.

Kinder in wohnungslosen Familien zahlen dafür den höchsten Preis. Sie werden um Bildungschancen gebracht und sind in ihrer gesundheitlichen Entwicklung und der sozialen Teilhabe benachteiligt. Integration und Inklusion für alle Kinder in unserem Land kann es nicht geben, solange Kindern in Familien mit unterschiedlichsten Migrationskontexten ein sicheres Zuhause verwehrt wird.

Literatur

BAG W – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (2025a): Mehr als eine Million wohnungslose Menschen in Deutschland. Pressemitteilung vom 17.11.2025, Berlin.

BAG W – Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (2025b): Ein sicheres Zuhause für Familien. Positionspapier, Berlin.

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025): Lebenslagen in Deutschland. Der Siebte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.

BMWSB – Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (2024): Wohnungslosenbericht 2024, Berlin.

Krauß, Joachim/Lotties, Sarah (2025): Migration und Wohnungslosigkeit – Strukturelle Benachteiligung und ihre Auswirkungen. Ergebnisse des BAG W-Statistikberichts für das Jahr 2023, in: wohnungslos 3, S. 74-86.

Statistisches Bundesamt (2025): 474.700 untergebrachte wohnungslose Personen Ende Januar 2025. Pressemitteilung vom 05.01.2026, Wiesbaden.



Der Autor

Joachim Krauß

Fachreferent /
Stellv. Geschäftsführer der
Bundesarbeitsgemeinschaft
Wohnungslosenhilfe e.V.

**JETZT BEWERBEN
BIS ZUM 30.09.26!**

STARKE KINDER FORMEN EINE STARKE GESELLSCHAFT

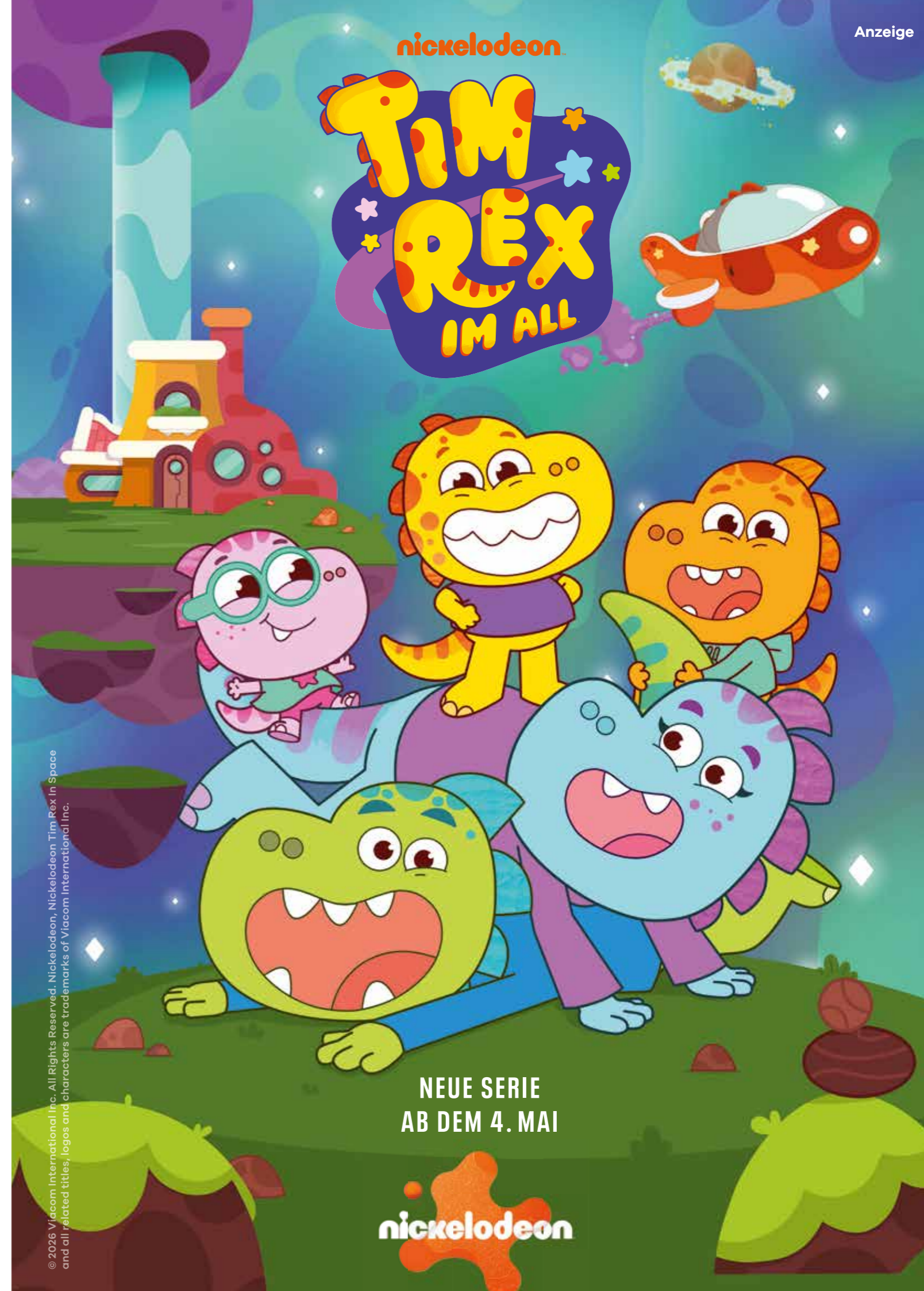
Seit über 40 Jahren vergibt die HanseMerkur alljährlich den HanseMerkur Preis für Kinderschutz. Damit zeichnet sie Einzelpersonen, Gruppen, Vereine und Initiativen aus. Sie alle setzen sich auf besondere Weise dafür ein, dass Kinder und Jugendliche geschützt und gestärkt werden. Inzwischen bilden über 180 Preisträger eine kraftvolle Gemeinschaft für den Kinderschutz. In der HanseMerkur Preis für Kinderschutz Academy sind sie dauerhaft vernetzt, tauschen Erfahrungen aus und lernen voneinander. Diese einzigartige Plattform unterstützt die Preisträger in ihrer Arbeit – mit dem Ziel, den Kinderschutz in Deutschland weiter voranzubringen.

Mehr Infos auf: <https://newsroom.hansemerkur.de/preis-fuer-kinderschutz/>



nickelodeon.

TIM REX IM ALL



**NEUE SERIE
AB DEM 4. MAI**

nickelodeon



**Bildung für Kinder
durch Integration**

Bildung und Integration

Wie können Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besser ins Bildungswesen integriert werden?

Das Integrationsparadox

2018 erregte das Buch des deutschen Bildungssoziologen Aladin El-Mafaalani „Das Integrationsparadox“ beträchtliches Aufsehen, worin er die These vertrat, dass eine gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. Die zentrale Herausforderung bestünde deshalb darin, das positive Potenzial in den Konflikten und Defiziten zu sehen und mit diesen konstruktiv umzugehen. Gerade die Diskriminierungsforschung zeige, dass direkte Diskriminierungen abnehmen, während gleichzeitig die weiter bestehenden Ungleichheiten immer stärker als illegitim empfunden würden. Die Erwartungen ehemals stark benachteiligter Menschen steige schneller als sich die Realität verbessere. Das nennt er ein Paradoxon.

Wenn im Folgenden vielfach Integrationsdefizite, weiter bestehende Ungleichheiten und auch Rückschläge bei der Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund thematisiert werden, darf nicht aus den Augen verloren werden, welche Fortschritte auf diesem langen Weg bereits erzielt wurden und dass es in Deutschland unzählige individuelle Erfolgsbeispiele gelungener Integration gibt. Allerdings liegt ein großer Teil des Wegs zu einer weitgehenden Integration nach wie vor noch vor uns.

Migrationshintergrund als Kategorie weiter unverzichtbar

In den letzten Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, den „Migrationshintergrund“ als Kategorie bei Studien und statistischen Erhebungen durch andere Begrifflichkeiten zu ersetzen oder sogar ganz abzuschaffen. In der Tat ist die Verwendung des Begriffs oft uneinheitlich und schwer vergleichbar. Der Mikrozensus des Statistischen Bundesamts verwendet ihn anders als die Kultusministerkonferenz, die einen Migrationshintergrund bei allen Schülerinnen und Schülern annimmt, wenn entweder keine deutsche Staatsangehörigkeit oder eine Geburt außerhalb Deutschlands vorliegt oder im häuslichen Umfeld nicht Deutsch gesprochen wird. Kritisiert wird die bisherige Kategorisierung unter anderem deshalb, weil sie verschiedenste Migrationsgruppen in einen Topf werfe und oft einseitig dazu diene, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte diskriminierend mit Defiziten und Missständen in Verbindung zu bringen. Verwiesen wird dabei auch auf die politische Instrumentalisierung des Begriffs durch bestimmte politische Kräfte, etwa die AfD.

Ich halte wenig davon, Kategorien und Begrifflichkeiten aufzugeben, nur weil sie im politisch-medialen Diskurs mitunter instrumentalisiert und missbraucht werden. Eine Zuschreibung, eine statistische Kategorie ist dann gerechtfertigt, wenn sie hilft, Auffälligkeiten, reale Ungleichheiten, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und zu erfassen. Nach meiner Ansicht gibt es bislang keine alternative Begrifflichkeit,

keine Kategorie, die Integrationsprobleme, aber auch Integrationsfortschritte besser abbildet. Keine gute Idee wäre es jedenfalls, auf das Merkmal des Migrationshintergrunds völlig zu verzichten und sich beispielsweise auf die Erfassung des sozialen Hintergrunds zu beschränken. Damit würde die spezifische Situation von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern oder die selbst nach Deutschland eingewandert sind, nicht oder nur sehr unzureichend erfasst. Dadurch fehlten dann Erkenntnisse und Wissen, welche gerade im Hinblick auf unser Thema, nämlich wie man Kinder mit Zuwanderungsgeschichte besser ins Bildungswesen integrieren kann, hilfreich und dringend nötig sind. Nur wer die Realität genau erfasst und kennt, kann auch wirksame und sinnvolle Konzepte zur Verbesserung entwickeln.

Integration als Schicksalsfrage

Die Frage der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in unser Bildungswesen und damit in unsere Gesellschaft ist nicht weniger als eine Schicksalsfrage. Sie entscheidet nämlich maßgeblich nicht nur über die konkreten Zukunftschancen dieser Jugendlichen, die inzwischen je nach Altersstufe bundesweit bis zu 50% der jeweiligen Bevölkerungskohorte ausmachen, sondern über die Zukunft, die wirtschaftliche Kraft, die demokratische Entwicklung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt Deutschlands insgesamt.

Dabei kann man diese Riesenaufgabe der Integration nicht isoliert und getrennt von den anderen großen Herausforderungen unseres Bildungswesens sehen. Noch niemals in den letzten 80 Jahren – außer vielleicht in der unmittelbaren Nachkriegszeit – herrschte in Deutschland ein so großer und lang anhaltender Lehrkräftemangel wie in den letzten 15 Jahren. Personal fehlt an allen Schularten, in allen Bundesländern, sowohl im allgemeinbildenden als auch im beruflichen Bereich. Dazu kommt ein enormer Sanierungsstau im Umfang von über 40 Milliarden Euro, was Schulgebäude betrifft, und ein im internationalen Vergleich sehr großer Digitalisierungsrückstand. Noch immer haben sich unsere Schulen nicht vollständig vom Lockdown der Coronazeit erholt, insbesondere Kinder aus Familien, in denen Eltern keine Unterstützung geben konnten, weisen weiterhin hohe Lernrückstände auf. Diese Gemengelage erschwert es zweifellos der Bildungspolitik, sich in dem Umfang und mit der Intensität der Integrationsaufgabe zu widmen, wie es erforderlich wäre. Allein bei der Frage der Personalressourcen stößt sie ständig an Grenzen.

Geringere Integrationsfortschritte seit 2015 und deren Ursachen

Wenn es um hohe Schulabbruchsquoten, geringere Bildungsbeteiligung und Kompetenzrückstände von Schülerinnen und Schülern mit Migrationsgeschichte geht, ist in der öffentlichen Diskussion oft schnell von einem Versagen des deutschen Schulsystems die Rede. Ohne tatsächliche Versäumnisse in Abrede zu stellen, wäre ich da sehr vorsichtig. Angesichts der Flüchtlingswelle 2015/16 und dem Zuwanderungsstrom nach dem Ukrainekrieg 2022, die mit der jeweiligen Aufnahme von mehreren Hunderttausenden zusätzlicher Kinder ins Schulsystem verbunden war, sowie der bereits vorhandenen bildungspolitischen Probleme, die zuvor skizziert wurden, haben wir es inzwischen über einen Zeitraum von über zehn Jahren mit einer permanenten strukturellen und personellen Überforderung unseres Schulsystems zu tun, die sozusagen unvermeidlich zu Rückschlägen bei der Integration geführt hat und führen musste. Da hilft auch der Blick in Länder wie Kanada und Australien wenig, in denen die Kompetenzunterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund erheblich geringer sind. Erstens gab es dort diese auf einen engen Zeitraum konzentrierte massenhafte Zuwanderung nicht und zweitens verfügen diese Länder seit langem über Konzepte für eine qualifizierte Einwanderungspolitik, die in Deutschland bislang fehlen.

Tatsache ist, dass nach vielen Jahren kontinuierlicher, wenn auch bescheidener Integrationsfortschritte, gerade im Bildungswesen seit etwa zehn Jahren Stagnation herrscht bzw. deutliche Rückschritte zu verzeichnen sind. Allein aus den Zahlen der regelmäßigen nationalen und internationalen Vergleichsstudien (IQB, TIMSS, PISA) lässt sich dies relativ klar nachweisen. Bei jungen Erwachsenen (Alter 20 bis 29), die im Ausland geboren sind, ist der Anteil derer, die keinen Schulabschluss haben, von 2019 bis 2023 von 8,6% auf 12,3% gestiegen, der Anteil derer, die die allgemeine Hochschulreife haben, dagegen von 30,3 auf 27,8% gesunken. Bei den IQB-Tests sank die Leseleistung der Kinder ohne Migrationshintergrund im Teilbereich Lesen um 17 Punkte, bei Kindern mit Migrationshintergrund aus der zweiten Generation um 23 Punkte, bei Kindern aus der ersten Generation sogar um 63 Punkte. Letzteres entspricht einem Lernfortschritt bzw. Lernrückschritt von fast zwei Schuljahren. Die Zahlen für den Teilbereich Mathematik sind nicht wesentlich besser. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch bei Kindern mit Migrationshintergrund substantielle Anteile in den oberen Kompetenzstufen gibt, aber eben deutlich weniger als bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Für den Leistungsabfall und die weiterhin durchschnittlich deutlich geringeren Leistungen von Kindern aus Flüchtlingsfamilien seit 2015 gibt es verschiedene Ursachen. Diese zu kennen ist wichtig, wenn es um Verbesserungsvorschläge geht. Auffallend ist, dass sich die Quote der Kinder mit Migrationsgeschichte, wo zuhause nicht Deutsch gesprochen wird, in den letzten Jahren deutlich erhöht hat. Vor allem Kinder, bei denen beide Elternteile im Ausland geboren sind, sind oft sozial benachteiligt und verfügen nur über geringe sozioökonomischen Ressourcen. Beide Gegebenheiten führen dazu, dass die Unterstützungsleistung für ihre schulpflichtigen Kinder geringer ausfällt. Dazu kommt, dass Kinder mit Zuwanderungshintergrund überdurchschnittlich häufig an so genannten segregierten Schulen lernen, d.h. an Schulen, in denen die große Mehrheit, teilweise bis zu 100% der Mitschülerinnen und Mitschüler, ebenfalls einen Migrationshintergrund hat. Wie verschiedene nationale und internationale Studien (z.B. der EENEE-Bericht Nr. 30 für die Europäische Kommission von 2017) gezeigt haben, wirkt sich ein sehr hoher Migrantenanteil in Lerngruppen und Schulen unter bestimmten Umständen sowohl auf die Kompetenzentwicklung als auch auf die Integration negativ aus. Dies hängt weniger mit der Herkunft als solcher als mehr mit der sozialen Zusammensetzung und einem niedrigeren Ausgangsniveau zusammen. Die schlechteren Startchancen beginnen aber deutlich früher. Am signifikantesten sind die Unterschiede bei den Betreuungsquoten und dem Kitabesuch von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund bei den unter 3-Jährigen. Während in dieser Altersgruppe fast die Hälfte der Kinder ohne Zuwanderungshintergrund Kitas besucht, sind es bei den Kindern mit Migrationshintergrund nur 22%. Übrigens lässt sich ähnlich wie an Schulen auch in Kitas eine zunehmende Segregation beobachten, welche sich nicht förderlich auf gesellschaftliche Integrationsprozesse auswirkt.

Was kann man tun? Vorschläge für eine bessere Integration

Wie in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen haben wir hinsichtlich der notwendigen Maßnahmen für eine bessere Integration kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Erschwerend kommt hinzu, dass es einerseits um langfristige Veränderungsprozesse geht und Reformen nur sehr langsam wirken, andererseits aktuelle gesellschaftliche und politische Entwicklungen oft sehr kurzfristig (siehe Ukrainekrieg) und quasi über Nacht neue Herausforderungen hervorbringen. Der angestrebten Beständigkeit und Kontinuität läuft dies nicht selten zuwider.

Fast alle der vorgeschlagenen Maßnahmen sind bekannt und nicht neu, allerdings werden sie bislang nur in wenigen Bundesländern über einen größeren Zeitraum konsequent und flächendeckend umgesetzt:

1. Das A und O ist eine möglichst früh einsetzende sprachliche Förderung aller Kinder, aber insbesondere von Kindern aus Zuwanderungsfamilien. Dazu gehören verpflichtende Sprachstandstests bei allen Vierjährigen und im Bedarfsfall bei festgestellten Sprachdefiziten ein verpflichtender Sprachförderunterricht durch qualifiziertes Personal. Sinnvoll wäre insgesamt ein Vorschuljahr für alle, das im Rahmen des letzten Kitajahres sein Hauptaugenmerk darauf legt, dass Kinder bei der Einschulung dem Unterricht vom Hörverständnis her folgen können. Hamburg macht das seit 2012 vorbildlich, in anderen Bundesländern folgt man diesem Erfolgsmodell oft nur sehr zögerlich.
2. Das Betreuungsangebot und die Betreuungsinfrastruktur im frühkindlichen Bereich und in der Ganztagsbetreuung müssen flächendeckend qualitätsorientiert ausgebaut werden.
3. Die Zusammenarbeit mit den Eltern aus Zuwanderungsfamilien muss intensiviert und es sollten mehr niedrigschwellige Angebote institutionalisiert werden. Das betrifft Kitas, Schulen, Jugendämter, staatliche und ehrenamtliche Institutionen. Es muss gelingen, mehr Eltern mit Zuwanderungserfahrungen für die Elternarbeit an Schulen zu gewinnen. Nur wenn die Eltern vom Wert der Bildung für den sozialen Aufstieg ihrer Kinder und deren Integration überzeugt sind, können sie diese Einstellung auch an ihre Kinder weitergeben.
4. Es ist enorm wichtig, konsequent das Ziel einer gleichmäßigeren sozialen und ethnischen Durchmischung der Schülerschaft an Schulen bzw. der Kinder an Kitas zu verfolgen, um eine integrations- und leistungshemmende Lernumgebung zu vermeiden. Dabei geht es nicht um die rechtlich sowieso fragwürdige Festlegung von festen Migrationsquoten, sondern um einen Mix aus verschiedenen Maßnahmen, angefangen bei der Planung von Wohnvierteln, über die Neuschneidung von Schulsprengelein, bis zu einer besseren intelligenten Steuerung durch Schulbehörden und mehr Sensibilität bei der innerschulischen Lerngruppenbildung.
5. Eine Offensive in der Lehrkräftebildung, die auf verschiedenen Säulen aufbaut. Bereits in der Ausbildung müssen angehende Lehrkräfte stärker im Hinblick auf interkulturelle Kompetenzen geschult werden. Gleichzeitig brauchen wir mehr Lehrkräfte mit der Qualifikation Deutsch als Zweitsprache. Im Rahmen der Berufsorientierung an Schulen, aber auch durch gesonderte Werbeaktionen, müssen wir mehr Jugendliche aus Zuwanderungsfamilien für pädagogische Berufe interessieren und gewinnen.

6. Brennpunktschulen und Schulen mit besonderen Herausforderungen im Rahmen der Integration brauchen mehr personelle und finanzielle Ressourcen, aber nicht nach einem wie auch immer gearteten Gießkannenprinzip, sondern aufgrund konkreter Umstände und Anforderungen.
7. Bei vielen Zuwanderungsfamilien herrscht ein mangelndes Bewusstsein für den Wert beruflicher und berufsqualifizierender Abschlüsse in Deutschland. Dabei sind es gerade diese Bildungswege, die sowohl eine gute berufliche Perspektive bieten als auch anschlussfähig für viele andere Qualifikationen sind. Generell gilt es, passgenaue Nachqualifizierungsangebote gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund bereitzustellen.

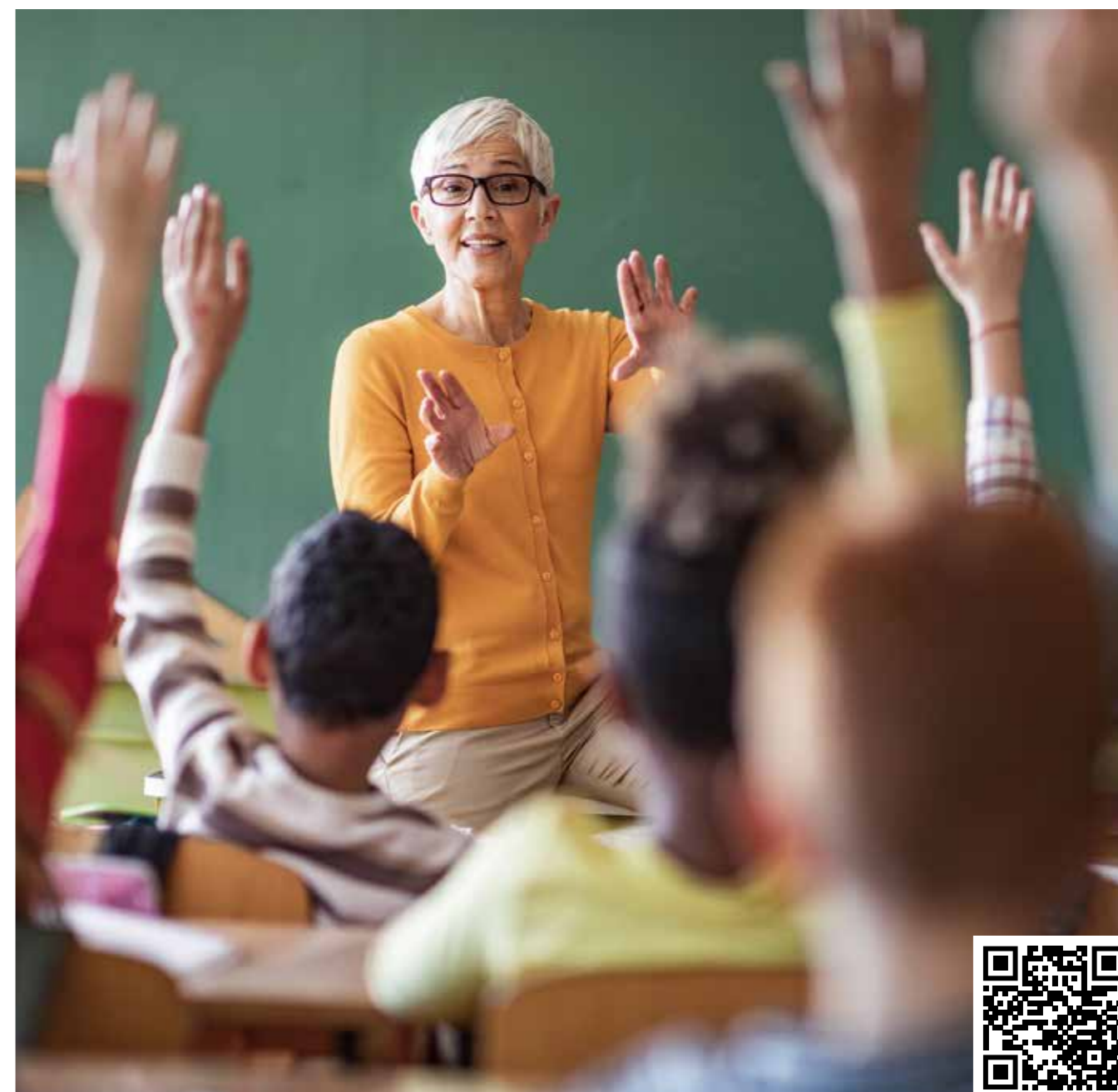
Jenseits von diesen politischen und strukturellen Vorschlägen lebt die Integration in Deutschland von tausendfachen Engagement unendlich vieler Lehrkräfte an unseren Schulen, aber auch vom Einsatzwillen und Fleiß der jungen Menschen und ihrer Eltern, die aus ihrem Leben in dieser Gesellschaft das Beste machen wollen. Integration ist kein abstrakter Begriff, sondern gelebte und erfahrene Realität überall vor Ort in diesem Land. Ich bin optimistisch, dass wir die Rückschläge überwinden und den positiv begonnenen Weg fortsetzen können.



Der Autor
Heinz-Peter Meidinger
Ehrenpräsident des
Deutschen Lehrerverbandes

Bildung muss mehr, Bildung kann mehr

Wir setzen uns mit unserer Kampagne **Bildung muss mehr** für eine bessere und gerechtere Bildung ein, denn alle Kinder haben ein Recht auf eine hochwertige Bildung und faire Bildungschancen



Bildung bedeutet vor allem die Voraussetzung für eine aktive politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Teilhabe an der Gesellschaft. **#bildungmussmehr bildungmussmehr.de**



Eine für ALLE: inklusive frühkindliche Bildung – Herausforderungen und Lösungsansätze

Mit einer guten frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung kann bei jedem Kind die Basis für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt werden. Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind unabhängig von Fähigkeiten, Behinderungen oder sozialer Herkunft die gleichen Möglichkeiten hat, an qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildungsangeboten teilzuhaben, zu lernen und Förderung zu erfahren. Dies ist der Kerngedanke von Inklusion, die auf dem Ideal des gemeinsamen Lernens aller Kinder ungeachtet jeglicher Diversitätsmerkmale beruht. Doch dieses Ideal stößt in der Praxis vieler Kitas in Deutschland zunehmend an Grenzen. Fachkräfte beklagen alarmierende Zustände bei der Inklusion – höchste Zeit, die Inklusionspolitik endlich in richtige Bahnen zu lenken.

Begriffsabgrenzung

Im Gegensatz zur Integration, bei der sich das vorhandene System (z.B. in der Kita) nicht anpasst, sondern das Kind sich mit seinen individuellen Bedürfnissen an ein starres System anpassen muss, beschreibt Inklusion einen Ansatz, bei dem das System verändert und so flexibel ausgestaltet wurde, dass von vornherein jedes Kind mit seinen spezifischen Bedürfnissen uneingeschränkt an Bildung teilhaben und davon profitieren kann. Kurz gesagt: bei der Inklusion muss das Kind nicht zur Kita passen, sondern die Kita so ausgestaltet sein, dass sie zum Kind passt.

Bei der sogenannten „inklusive Pädagogik“, die in Kindertageseinrichtungen Anwendung findet, werden Barrieren abgebaut, wird Vielfalt wertgeschätzt und gemeinsames Lernen gefördert, wobei die individuellen Bedürfnisse und Stärken jedes einzelnen Kindes berücksichtigt und gefördert werden, sodass sich jedes Kind als gleichberechtigter Teil der Gemeinschaft fühlt.

Rechtliche Rahmenbedingungen

In ihrer Resolution betonte 2009 die Deutsche UNESCO Kommission, „dass Inklusion Leitidee der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung sein muss“ und forderte Bund und Länder dazu auf, Inklusion als verbindliches Ziel der frühkindlichen Bildung zu definieren, deren Qualität zu sichern und Standards zu entwickeln, damit dieses Ziel erreicht werden kann.

Im gleichen Jahr wurde die für inklusive Bildung besonders wichtige UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert: seitdem hat gemäß Art. 24 UN-Behindertenrechtskonvention JEDER Mensch das Recht auf inklusive Bildung – nicht nur jene mit Behinderungen. Deutschland hat sich als Vertragsstaat dazu verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem in allen Bereichen, vom vorschulischen bis ins hohe Erwachsenenalter zu verwirklichen und damit inklusives, lebenslanges Lernen für ALLE zu ermöglichen.

Rechtsansprüche für Kinder im frühkindlichen Alter sind zudem in den Sozialgesetzbüchern geregelt. Gemäß § 24 SGB VIII hat jedes Kind ab dem 1. Geburtstag einen Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege. § 22a SGB VIII konkretisiert die Förderung dahingehend, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam gefördert werden sollen. Regelungen zu Teilhabeleistungen (z.B. im Bereich Bildung und soziale Integration) sind im SGB IX zu finden. Nicht vergessen werden darf in dem Zusammenhang auch die für Deutschland bindende UN-Kinderrechtskonvention, zu deren vier Grundprinzipien das Diskriminierungsverbot, das Recht auf Leben und persönliche Entwicklung, der Kindeswohlvorrang sowie das Recht auf Beteiligung zählen. Das Diskriminierungsverbot ist schließlich auch in Art. 3 unseres Grundgesetzes ausgewiesen.

Herausforderungen von Inklusion in der Kita

Obwohl in Deutschland jedes Kind das Recht auf einen Betreuungsplatz und inklusive Bildung hat, wird regelmäßig gegen dieses Recht verstoßen. Hintergrund sind zahlreiche Herausforderungen, welche die Inklusion in den Kitas gefährden.

Personal- und Fachkräftemangel

Zentrale Herausforderung ist der Fachkräftemangel in Deutschland. So müssen Kinder mit Behinderungen aufgrund von Personalmangel häufig zu Hause bleiben und werden somit von frühkindlicher Bildung ausgeschlossen. Aktuell fehlen bundesweit etwa 125.000 Fachkräfte in der Kindertagesbetreuung. Der Fachkräftemangel in den Kitas ist somit nicht nur ein generelles Problem, Kinder mit Behinderungen oder spezifischen Bedürfnissen sind in besonders hohem Maße von dieser Mangelsituation betroffen. Schleppende Bewilligungsverfahren für inklusive Assistenzkräfte belasten Kinder mit Behinderungen oder seltenen Erkrankungen und ihre Eltern zusätzlich, da ihnen ohne Assistenzhelfer*innen immer häufiger die Aufnahme in der Kita verwehrt wird.

Zu wenige Kita-Plätze

Aktuell fehlen in Deutschland rund 430.000 Kita-Plätze (385.900 im Westen, 44.700 im Osten). Dieser bestehende Mangel erhöht darüber hinaus die Schwierigkeit für Kinder mit Behinderungen, einen Kita-Platz zu erhalten, da sie wiederum häufig die ersten sind, die keinen Platz mehr bekommen. Dies zeigt, dass Kinder mit Behinderungen auch hier häufiger Diskriminierung erfahren als Kinder ohne Behinderung. Bedauerlicherweise ist mit einer Entspannung der Situation fehlender Betreuungsplätze derzeit nicht zu rechnen. Die gestiegene Geburtenrate, ein wachsender Bedarf an längeren Betreuungszeiten, ein vermehrter Zustrom geflüchteter Kinder sowie der erwähnte Fachkräftemangel sind wesentliche Faktoren, die diese Entwicklung beeinflussen. Dies darf jedoch nicht dazu

führen, dass Kinder mit Behinderungen bei der Platzvergabe weiter diskriminiert werden.

Mehr Kinder mit Förderbedarf

Eine weitere Herausforderung ist die parallel zum Mangel an Personal und Betreuungsplätzen gestiegene Zahl von Kindern mit Förderbedarf, die das ohnehin schon überlastete System an seine Grenzen bringt. Bundesweit gibt es inzwischen fast doppelt so viele Kinder mit Eingliederungshilfe in der Kindertagesbetreuung als noch 2007. Darunter sind auch viele Kinder mit Fluchterfahrung und Sprachbarrieren, denen zudem eine seelische Behinderung attestiert wurde.

Sinkender Anteil an pädagogisch gut qualifiziertem Personal

Mit dem eingeführten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz wuchs die Zahl des pädagogischen Personals in den Kitas stetig, sodass heute etwa doppelt so viele Angestellte in dem Bereich arbeiten als noch 2008 (2008 = 350.000, heute = 700.000). Bei der Expansion wurde jedoch primär auf Quantität gesetzt mit der Folge, dass man heute über weniger gut qualifiziertes Personal verfügt. Das wiederum geht zu Lasten der Qualität frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung – wobei Kinder mit Förderbedarf durch diese Situation doppelt benachteiligt sind. Dem Kita-Bericht 2024 zufolge fehlt in 61% der Kindertageseinrichtungen pädagogisches Personal, das im Bereich Inklusion über spezifische Qualifikationen verfügt. Expert*innen warnen daher vor dem schleichenden Verlust pädagogischer Standards in den Kitas, zumal in fast allen Bundesländern die Fachkraftquote sinkt.

Keine adäquate Finanzierung

Die Finanzierung der Kindertagesbetreuung wird hauptsächlich durch die Bundesländer und Kommunen geleistet. Doch die Finanznot vieler Kommunen bringt das System an seine Grenzen. Die Unterfinanzierung der Kitas gehört zu den Top 3 Herausforderungen der Kitaträger. Die nicht auskömmliche Finanzierung und fehlende Planungssicherheit hemmt auch den Ausbau von neuen Kita-Plätzen und damit die Integrationsbemühungen. Denn Studien haben bereits gezeigt, dass Kommunen mit höherem Kita-Ausbau bessere Integrationsergebnisse hervorbrachten.

Zudem mangelt es an einer dauerhaften Finanzierungsbeitragung durch den Bund. Die zwei Milliarden Euro pro Jahr, mit denen sich der Bund erst seit einigen Jahren an den Kita-Kosten beteiligt, decken weniger als 5% der Gesamtkosten, die insgesamt von der öffentlichen Hand für die Kindertagesbetreuung getragen werden (müssen!).

Fachkräfte erklären die inklusive frühkindliche Bildung in den Kitas für gescheitert, wenn künftig keine finanzielle Inklusionspauschale kommt, die es ihnen ermöglicht, Kindern mit speziellem Förderbedarf gerecht zu werden.

Mangel an Raum und Ausstattung

Dem Kita-Bericht 2024 zufolge fehlen in mehr als der Hälfte der Kindertageseinrichtungen (56%) die räumlichen Voraussetzungen, um den Inklusionsanforderungen gerecht zu werden. Dabei gibt es ohnehin schon eine gestiegene Nachfrage an Kita-Plätzen, womit auch der Bedarf an zusätzlichem Raum in den Kitas zugenommen hat. Häufig fehlt es z.B. auch an barrierefreien Zugängen, Raum für Kinder mit großem Bewegungsdrang und an finanziellen Mitteln, um räumliche Veränderungen umsetzen zu können.

Fazit und Forderungen

Dass gegen das Recht der Kinder auf inklusive frühkindliche Bildung und Teilhabe 16 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Konvention immer noch so häufig verstoßen wird, ist ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik in Deutschland. Auch die Vereinten Nationen attestierten Deutschland zuletzt bei der Überprüfung der UN-Konvention im Jahr 2023 eine mangelhafte Umsetzung der Inklusion und forderten Bund, Länder und Kommunen dazu auf, die Rechtsverletzungen zu beenden.

Damit Inklusion in der Kindertagesbetreuung gelingen kann, müssen endlich die entsprechenden Rahmenbedingungen erfüllt sein. Dazu brauchen wir:

1. Eine positive, wertschätzende Haltung zur Inklusion und ein klares bildungspolitisches Bekenntnis zum Vorrang von Inklusion.
2. Eine Strategie zur wirksamen Behebung des Fachkräftemangels; u.a. durch Schaffung besserer Arbeitsbedingungen und Ausweitung der Ausbildungskapazitäten.
3. Eine bessere Personalausstattung durch Fachkräfte, die im Bereich Inklusion über entsprechende Qualifikationen verfügen. Inklusion sollte als Querschnittsthema behandelt werden – in den Studiengängen der Frühpädagogik, der Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher sowie in allen Fort- und Weiterbildungsangeboten für Mitarbeitende, die im frühpädagogischen Bereich tätig sind.
4. Eine auskömmliche Finanzierung des Kita-Systems. Eine teilweise Abwälzung der aktuell stark steigenden Kita-Kosten auf die Träger geht zu Lasten des Platzausbaus und der Inklusion. Zudem bedarf es einer finanziellen Inklusionspauschale, um Kindern mit erhöhtem Förderbedarf gerecht zu werden.
5. Bessere räumliche Voraussetzungen, um etwaige Barrieren oder Benachteiligungen abzubauen und ALLEN Kindern den gleichberechtigten Zugang zu allen Angeboten der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in den Einrichtungen zu ermöglichen.
6. Ein Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz mit bundesweit einheitlichen und verbindlichen Qualitätsstandards, um die inklusive Bildungsqualität der Kitas in allen Bundesländern auf einen vergleichbaren Stand zu bringen. Denn gute frühkindliche Bildung darf nicht länger vom Wohnort abhängen!
7. Eine verpflichtende Vorschule für ALLE Kinder ab 4 Jahren mit bundesweit einheitlichen Lernzielen sowie zuvor eine verpflichtende Diagnostik im 3./4. Lebensjahr, um im Rahmen der Vorschule jedem Kind eine bedarfsgerechte Förderung zuteilwerden zu lassen – damit jedes Kind unabhängig von Fähigkeiten, Behinderungen oder sozialer Herkunft optimal auf den Schulstart vorbereitet ist.



Die Autorin

Yade Lütz

Projektmanagerin bei der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V. Diplom-Politologin

Inklusion von Kindern mit Legasthenie/Dyskalkulie in deutschen Schulen

Schülerinnen und Schüler mit einer Legasthenie und/oder Dyskalkulie haben bis heute in unserem Bildungssystem deutlich schlechtere Bildungschancen, da man nicht oder nur ansatzweise auf ihre individuellen Bedarfe eingeht. Man verkennt, dass ihre massiven Probleme im Lesen, Rechtschreiben oder Rechnen nicht auf mangelnder Begabung oder fehlendem Fleiß beruhen, sondern auf einer neurobiologischen Veränderung, die genetisch bedingt ist. Ca. 10–15% aller Schülerinnen und Schüler sind von einer Lese-Rechtschreibstörung (Legasthenie) oder Rechenstörung (Dyskalkulie) betroffen und die damit verbundenen Beeinträchtigungen reichen oftmals bis ins Erwachsenenalter.

Legasthenie und Dyskalkulie gehören zu den nicht sichtbaren Behinderungen und so ist es nicht auf den ersten Blick ersichtlich, dass hier eine frühzeitige Unterstützung notwendig ist, um den Kindern einen gleichberechtigten Zugang zu allen Lerninhalten zu ermöglichen. Trotz guter Begabung werden diese Kinder häufig in unserem Bildungssystem allein gelassen, weil man in den Schulen nicht über die personellen Ressourcen verfügt, um die betroffenen Kinder individuell zu fördern. Im Rahmen der Lehrkräfteausbildung werden außerdem nicht die notwendigen Förderkompetenzen vermittelt, damit eine qualifizierte und nachhaltige Förderung in der Schule stattfinden kann.

Für Schülerinnen und Schüler mit einer Legasthenie und Dyskalkulie stellt sich die Frage: Wo ordnet man sie in unserem Schulsystem ein? Einige Eltern berichten uns, dass sich die Schule ihrer Kinder nicht in der Lage sieht, eine individuelle Förderung anzubieten, da die dafür notwendigen Lehrkräfte für den Förderunterricht fehlen und zu wenige Kenntnisse über gut evaluierte Förderansätze bei einer Legasthenie oder Dyskalkulie vorhanden sind. In einigen Fällen wird geraten, das Kind auf eine Förderschule überzuleiten oder es nach der Grundschulzeit auf eine Schulform zu geben, die das Kind nicht überfordert. Eine begabungsgerechte Beschulung ist somit in den meisten Fällen nicht möglich, außer Eltern kümmern sich um eine außerschulische Förderung, die sie selbst finanzieren müssen. Ebenso fehlen in den meisten Bundesländern anforderungsgerechte Nachteilsausgleiche, um die anerkannten Behinderungen der Legasthenie und Dyskalkulie bestmöglich zu kompensieren.

Wie sollte eine inklusive Schule für Kinder mit einer Legasthenie und Dyskalkulie aussehen?

Diagnostik, Beobachtung und Förderplanung

Alle Schulen sollten dafür Sorge tragen, dass Schülerinnen und Schüler mit einer Legasthenie oder Dyskalkulie frühestmöglich erkannt werden. Dazu müssen **Screeningverfahren** etabliert werden, die regelmäßig die **Lernfortschritte erfassen**.

Standardisierte Testverfahren, die gut evaluiert sind (s. S3-Leitlinie zur Diagnostik und Behandlung der Lese-Rechtschreibstörung sowie S3-Leitlinie zur Diagnostik und Behandlung der Rechenstörung) sollten eingesetzt werden, um unabhängig von dem Leistungsniveau der Klasse, in der sich das Kind befindet, den Leistungsstand des Kindes zu erfassen. Häufig werden Kinder mit einer Legasthenie oder Dyskalkulie viel zu spät oder gar nicht erkannt. Es müssen zusätzlich **qualitative Beobachtungen** erfolgen, um jeden einzelnen Lernfortschritt zu erkennen und das Kind zu stärken. Das Kind sollte dabei unterstützt werden, eigene **Lernstrategien** zu entwickeln, seine **Motivation** zu erhalten und in seinem **Selbstwertgefühl** gestärkt werden.

Für jedes Kind muss ein **individueller Förderplan** erstellt werden, der auf die besonderen Bedarfe bei einer Legasthenie oder Dyskalkulie zugeschnitten ist. Es sollte ein Lernumfeld geschaffen werden, in dem sich das Kind ohne Angst und Druck entwickeln kann. Eine **regelmäßige Evaluation** sichert den Lernerfolg.

Wichtig ist die **Einbindung von Eltern, Therapeuten, Schulpsychologen und externer Diagnostik**, um sicherzustellen, dass alle Maßnahmen individuell auf das Kind abgestimmt sind, das Kind entlasten und nicht zusätzlich belasten.

Unterrichtsgestaltung

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Lernvoraussetzungen, bedingt durch die Legasthenie und/oder Dyskalkulie, muss in der Schule dafür Sorge getragen werden, dass der Lernstoff über verschiedene Wege bereitgestellt wird, um den Zugang zum individuellen Lernen zu ermöglichen.

Die Lerninhalte müssen über multiple Repräsentationen und verschiedene Ausdrucksformen aufbereitet werden. Die Lernzeiten müssen individuell, je nach Aufmerksamkeitsspanne der Schülerinnen und Schüler, angepasst werden. Eine schülergerechte Sprache und klare Zielvorgaben erleichtern den Unterricht. Förderunterricht sollte im Zeitrahmen des Regelunterrichts erfolgen und nicht nach dem Unterricht, wenn das Kind nicht mehr aufnahmefähig ist. Zusätzliche separierte Förderangebote sollten in Ergänzung stattfinden, wenn die integrierten Förderzeiten im Unterricht nicht ausreichen. Die Klassengröße muss so gestaltet werden, dass die Lehrkraft auf jedes Kind individuell eingehen kann und durch eine zweite Lehrkraft unterstützt wird, um allen Kindern gerecht werden zu können.

Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit einer Legasthenie und/oder Dyskalkulie schulisch fördern, sollten eine zusätzliche Qualifizierung erhalten, die den Empfehlungen der S3-Leitlinie zur Diagnostik und Behandlung der Lese-/Rechtschreibstörung sowie der S3-Leitlinie zur Diagnostik und Behandlung der Rechenstörung folgt. Nur durch die Nutzung gut evaluierter Förderansätze kann den betroffenen Kindern nachhaltig geholfen werden.

Unterstützungsbereich Legasthenie

Leseförderung

Kinder mit einer Lesestörung fallen im Unterricht dadurch auf, dass sie sehr verlangsamt und stockend lesen, d.h. Buchstabe für Buchstabe, Silbe für Silbe und Wort für Wort. Das flüssige Lesen von ganzen Sätzen fällt den Kindern sehr schwer. Der Leseprozess ist bei einer Lesestörung so herausfordernd, dass die betroffenen Kinder meist nicht sinnentnehmend lesen können, da ihre ganze Aufmerksamkeit in das Erfassen von Buchstaben, Silben und Wörtern geht und der Inhalt des Gelesenen nicht gleichzeitig verarbeitet werden kann. Da Kinder mit einer Legasthenie Wortbilder nur sehr schlecht abspeichern können, müssen sie sich jedes Wort immer wieder neu erarbeiten, was die Aufmerksamkeitsspanne stark verkürzt und zu einer deutlichen Verlangsamung des Leseprozesses führt.

Kinder mit einer Lesestörung müssen insbesondere in der Grundschule intensiv dabei unterstützt werden, eine ausreichende Lesekompetenz zu erwerben, da das Lesen eine entscheidende Grundlage fürs Lernen ist. Es muss darauf geachtet werden, dass die Lesevorlagen in ausreichend großer Schrift vorliegen, d.h. mindestens eine Schriftgröße von 14 in serifenfreier Schriftart wie z.B. Arial, Verdana oder Calibri. Der Zeilenabstand sollte ebenfalls vergrößert werden, damit das Kind beim Lesen nicht

die Zeile verliert. Der Farbkontrast sollte möglichst hoch sein und das Kind sollte nicht durch zu viele Bilder und Grafiken vom Lesen abgelenkt werden. Manchmal hilft es auch, die Buchstabenabstände zu vergrößern, damit das Kind die Wörter besser erfassen kann. Moderne Textverarbeitungsprogramme ermöglichen es, Texte entsprechend anzupassen.

Wichtig ist die Auswahl interessanter Lesestoffe, damit das Kind Freude am Lesen entwickelt. Regelmäßiges Lesen hilft den Kindern dabei, eine gewisse Leseroutine aufzubauen. Anfangs sollten die Kinder immer nur kleine Abschnitte lesen, damit die Konzentration aufrechterhalten werden kann. Es sollte auch vermieden werden, das Kind laut vor der Klasse vorlesen zu lassen, damit es sich nicht blamiert und sich keine Ängste einstellen, die dem Kind zukünftig die Freude am Lesen nehmen. Lehrkräfte sollten prüfen, ob Lesepatren in die Schule eingebunden werden können, um den Leseprozess aktiv zu unterstützen.

Bis die Schüler eine ausreichende Lesekompetenz entwickelt haben, sollte insbesondere bei Prüfungen die Aufgabenstellung vorgelesen werden oder der Schüler eine Vorlesesoftware nutzen dürfen.

Rechtschreibförderung

Kinder mit einer Rechtschreibstörung machen viel mehr Rechtschreibfehler als andere Kinder. Sie schreiben Wörter immer unterschiedlich falsch, da sie sich die Wortbilder nur schwer einprägen können. Deshalb sollten Lehrkräfte darauf achten, ob gleiche Wörter immer unterschiedlich verschrieben werden, da das ein sehr deutliches Merkmal für eine Legasthenie ist. Um im Schriftspracherwerb betroffene Kinder gut zu unterstützen, sollte im ersten Schritt der lautgetreue Bereich abgesichert werden, da so schon ein Großteil der Wörter richtig geschrieben werden kann. Erst nach Absicherung sollte das Regelwissen erlernt werden. Auch hier gelten die gleichen Regeln bei der Unterrichtsvorbereitung wie bei der Leseförderung, d.h. die Vorlagen, die der Schüler zur Bearbeitung erhält, sollten gut lesbar aufbereitet sein.

In Prüfungen sollte die Rechtschreibung, solange sie noch nicht beherrscht wird, nicht bewertet werden. Insbesondere bei Aufsätzen oder anderen inhaltlichen Ausarbeitungen sollte nur das fachliche Wissen abgeprüft werden. Auch Nachteilsausgleiche wie mündliche statt schriftlicher Prüfungen oder die Nutzung von Laptops oder Tablets mit Rechtschreibkorrektur oder Spracherkennungsprogrammen kann insbesondere auf der weiterführenden Schule helfen, dass Schüler ihr Wissen uneingeschränkt darlegen können. Das betrifft alle Fächer, und neben Deutsch ganz besonders die Fremdsprachen.

Unterstützungsbereich Dyskalkulie

Rechenförderung

Kindern mit einer Dyskalkulie fehlt das Verständnis für Mengen und Zahlen. Auch bei der Dyskalkulie handelt es sich um eine neurobiologische Störung, die seit Geburt besteht und nicht durch äußere Umstände entstanden ist. Diese Kinder fallen in der Schule dadurch auf, dass sie meist zählend mit den Fingern rechnen und schon erste größere Schwierigkeiten haben, wenn im Unterricht der 10er-Raum verlassen wird. Um diesen Kindern gezielt zu helfen, bedarf es anfangs einer Einzelförderung, in der das Kind durch gut evaluierte Förderansätze lernt, ein Mengen- und Zahlenverständnis aufzubauen. Erst wenn dieser Schritt abgeschlossen ist und der Zahlenstrahl verstanden wird, können einfache Rechenoperationen erfolgen. Schrittweise werden die Grundrechenarten erarbeitet und mithilfe entsprechender Förderprogramme abgesichert. Wenn betroffene Kinder keine individuelle Förderung erfahren, entwickeln viele Kinder mit einer Dyskalkulie Matheängste, die dazu führen, dass sie Vermeidungsstrategien entwickeln und nur noch sehr schwer einen Zugang zur Mathematik finden. Hier sind frühzeitige Interventionen, die auch schon im Vorschulalter beginnen sollten, sehr wichtig. Die Visualisierung von Konzepten (Mindmaps, Flowcharts) kann dabei unterstützen.

In beiden Förderbereichen, d.h. der Legasthenie und Dyskalkulie, ist es wichtig, dass strukturiert gelernt wird, regelmäßig, gezielt, wiederholend; Abwechslung zwischen Übungsaufgaben und Alltagsbezug stattfindet. Die Lernumgebung und -organisation sollte auf die Bedarfe der Kinder abgestimmt sein. Wie lerne ich? Welche Strategien funktionieren? Wichtig ist eine gute Planung der Lernzeiten: strukturierte Tagesabläufe, Zeitfenster für individuelle Förderung, Pausenrhythmen u.v.m.

Für die Schülerinnen und Schüler muss ein sicherer Rahmen geschaffen werden, in dem sie sich gut orientieren können. Sie müssen die notwendige Zeit und Rahmenbedingungen erhalten, um in kleineren Schritten zum Ziel zu kommen. Ein verständnisvolles und unterstützendes Umfeld ist hier entscheidend. Nachteilsausgleiche müssen selbstverständlich werden und die individuellen Bedarfe abdecken. Lehrkräfte sollten den Schülerinnen und Schülern helfen, technische Hilfsmittel kennenzulernen und ihre Anwendung zu trainieren, damit sie sie ebenfalls als Nachteilsausgleich nutzen können. Kein Kind darf daran gehindert werden, Wissen aufzunehmen, es anforderungsgerecht zu verarbeiten und auch in Prüfungen darzulegen. Alle Barrieren, die durch eine Legasthenie oder Dyskalkulie vorhanden sein können, müssen durch entsprechende Nachteilsausgleiche kompensiert werden, um eine Chancengleichheit herzustellen.

Abschließend muss hervorgehoben werden, dass alle beschriebenen Maßnahmen zur Inklusion von Schülerinnen und Schülern mit einer Legasthenie und/oder Dyskalkulie auch für alle anderen Kinder in der Schule sehr förderlich sind.



Die Autorin
Annette Höinghaus
 Bundesverband Legasthenie
 und Dyskalkulie e.V.

Qualitäts-Informationen. Print/Online und Video.

Nutzen Sie die hochwertigen Angebote der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.!

www.kindervertretung.de



Podcast



Rumpis Abenteuer 1-7
Rumpis Sachbuch 1-4



Publikationen

Bücher, Malbücher,
 Broschüren, Flyer,
 Themenmagazine,
 Jahresberichte



Hier geht's direkt zu unserem Webshop. Dort finden Sie auch interessante Publikationen zu unseren Themen: Kinderschutz und Kinderrechte, Bildung, Ernährung und Bewegung. Informieren Sie sich jetzt!



Integration von Jugendlichen ohne Schulabschluss in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Die steigende Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss in Deutschland ist alarmierend. 62.000 junge Menschen standen im Schuljahr 2023/24 am Ende ihrer Schulzeit ohne einen Abschluss da. Insgesamt ist die Quote der Absolventinnen und Absolventen ohne Schulabschluss zwischen 2014 und 2023 um 2,3% angestiegen. Aktuell liegt die Quote bei 7,8%, im Vergleich zu 5,5% im Jahr 2013/2014.¹ Wir müssen hier dringend eine Umkehr schaffen. Wir verschwenden nicht nur Potenziale, sondern schaden damit erheblich dem Fachkräftebedarf. Jugendliche ohne Abschluss haben auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kaum eine Chance und landen häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder im Sozialbezug. Zwei Drittel der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 34 Jahren, die keinen Schulabschluss erreicht haben, bleiben ohne Berufsausbildung mit langfristigen Folgen. Die Arbeitslosenquote ist bei Personen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung fast sechsmal so hoch wie bei Personen mit Berufsausbildung. Die Folgekosten sind enorm. Laut Berechnungen der Bertelsmann Stiftung belaufen sich die Kosten bei einer Erwerbsbiografie von 35 Jahren auf 1,5 Milliarden Euro.²

Wer ist genau betroffen?

Besonders betroffen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund (13,8%) und zwar doppelt so stark, wie Jugendliche mit deutscher Staatsangehörigkeit (6%). Vergleicht man Mädchen und Jungen zeigt sich, dass Jungen mit 60% deutlich häufiger betroffen sind als Mädchen.

Aus räumlicher Perspektive kann festgestellt werden, dass die Zahl der Jugendlichen ohne Abschluss mit dem Bundesland korreliert. Während in Bayern 5,1% ohne Abschluss bleiben, sind es in Bremen mit 10% praktisch doppelt so viele.

Was sind die Ursachen?

Die Ursachen lassen sich nicht auf einen Faktor reduzieren, sondern sind multikausal.

Familiäre Faktoren

Das Elternhaus spielt eine entscheidende Rolle für den Bildungserfolg. In kaum einem Land sind der soziale Status der Eltern und der Bildungserfolg so eng miteinander verknüpft wie in Deutschland.

- **Geringer sozioökonomischer Status:** Kinder aus armutsbetroffenen Familien haben ein deutlich erhöhtes Risiko, die Schule ohne Abschluss zu verlassen. Hinzu kommt, dass ihnen häufig die finanziellen Mittel für Nachhilfe fehlen.
- **Fehlende Unterstützung:** Den Kindern von Eltern, die selbst über niedrige oder keine Bildungsabschlüsse verfügen oder aus anderen Gründen nicht in der Lage sind, ihre Kinder schulisch zu begleiten und zu motivieren, fehlt ein bedeutendes Sicherheitsnetz, um in der Schule erfolgreich zu sein.

- **Instabile Familienverhältnisse:** Besonders gravierend wirken sich Trennungen, Konflikte, Suchterkrankungen oder Gewalt in der Familie direkt auf die schulische Leistungsfähigkeit und Anwesenheit der Jugendlichen aus.

Gesellschaftliche Faktoren und Migration

Gesellschaftliche Strukturen beeinflussen ebenfalls die Bildungschancen:

- **Migrationshintergrund:** Jugendliche mit Migrationshintergrund sind häufiger betroffen, da sich hier Sprachbarrieren und auch sozioökonomische Faktoren bemerkbar machen. Hinzu kommt, dass Kinder und Jugendliche mit Kriegs- und Fluchterfahrungen häufiger traumatisiert sind, was sich auf ihre schulischen Leistungen auswirkt.
- **Geschlechtsspezifische Unterschiede:** Dass Jungen öfter keinen Schulabschluss erwerben, lässt sich unter anderem mit Geschlechterstereotypen erklären, die Mädchen zum Beispiel eher als sprachkompetent wahrnehmen. Jungen zeigen größere Anpassungsschwierigkeiten an das System Schule. Mädchen sind durch ihr kulturell erworbenes Sozial- und Lernverhalten in der Regel besser in der Lage, sich anzupassen und selbstgesteuert zu lernen.

Individuelle und psychische Faktoren

Häufig liegen die Gründe in den spezifischen Lebenssituationen und Problemen der Jugendlichen:

- **Psychische Belastungen:** Jedes fünfte Kind in Deutschland fühlt sich stark belastet. Leistungsdruck, Prüfungsangst, Mobbing durch Mitschüler*innen oder Lehrkräfte sowie Depressionen und andere psychische Erkrankungen führen oft zur Schulverweigerung.
- **Fehlende Motivation und Perspektivlosigkeit:** Immer mehr Kindern und Jugendlichen fehlt es an Motivation und Perspektive. Wenn Jugendliche keinen Sinn im Bildungssystem erkennen, sinkt auch ihre Lernbereitschaft stark.
- **Lernschwierigkeiten:** Eine entscheidende Problematik sind unentdeckte Lernstörungen, beispielsweise Legasthenie oder Dyskalkulie, chronische Krankheiten oder Neurodiversität wie Autismus oder ADHS, die dazu führen können, dass die Kinder schnell den Anschluss verpassen.

Schulische Faktoren

Aber auch das System Schule selbst steht in der Verantwortung, wenn es um die hohen Abbruchquoten geht:

- **Die Lehrmethoden und Atmosphäre in der Schule** können dazu führen, dass sich Kinder und Jugendliche „ausklinken“. Entscheidend ist gerade hier, wieviel Zeit für individuelle Förderung bleibt.



- **Der Umgang mit Diversität ist nicht gelernt.** Lehrkräfte sind auf den Umgang mit Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Kulturkreisen oft unzureichend vorbereitet.
- **Die strukturelle Ungleichheit** wird durch das dreigliedrige Schulsystem in Deutschland befördert. Kinder werden sehr früh auf verschiedene Schulen und Leistungsspektren verteilt, so dass Kinder und Jugendliche mit Lernschwierigkeiten früh aufgegeben werden.

Die verschiedenen Faktoren aus mangelnder familiärer Unterstützung, gesellschaftlichen Faktoren, individuellen Problemen und einem Schulsystem, das nicht flexibel genug reagiert, führen letztlich zu einem Teufelskreis, an dessen Ende Jugendliche vor dem Nichts stehen. Wir können hier nicht mit einem „Weiter so“ agieren. Es braucht endlich eine echte Prävention und einen vernetzten Ansatz, der die verschiedenen Punkte in Angriff nimmt.

Perspektiven

Um neue Perspektiven für Jugendliche ohne Schulabschluss zu entwickeln, müssen sowohl präventive Lösungskonzepte verstärkt werden als auch Jugendliche neue Chancen erhalten, um nachträglich zu einem Abschluss zu kommen. Zur Stärkung von Prävention halten wir, die Deutsche Kinderhilfe, drei Punkte für wesentlich:

- **Die frühzeitige Prävention** steht und fällt mit einem guten Personalschlüssel und einem multiprofessionellen Team. Nur so ist Zeit und Raum für Schulsozialarbeit, kleinere Klassen und individuelle Förderung, damit Jugendliche erst gar nicht den Anschluss verlieren.
- **Die Übergangssysteme müssen gestärkt werden**, das heißt die Schnittstelle zwischen Schule und Berufseinstieg muss gestaltet werden. Hier braucht es bessere Vorbereitung und mehr Durchlässigkeit, damit kein Jugendlicher in der „Warteschleife“ verloren geht.
- **Auch non-formales Lernen muss einen Stellenwert erhalten.** Das bedeutet konkret, dass auch Kompetenzen, die außerhalb der Schule erworben wurden (z.B. Ehrenamt, Praktika), Anerkennung finden. Zudem ist es sinnvoll, erlernte Kompetenzen über das klassische Abschlusszeugnis hinaus zu dokumentieren.

Integration durch nachträglichen Abschluss

Für Schüler*innen ohne Abschluss ist es enorm wichtig, dass sie ihren Schulabschluss nachholen können bzw. aufgefangen werden. Nur so entfalten sich Möglichkeiten auf dem Ausbildungs- und Berufsmarkt.

- **Die Schülerdatennorm** ist ein weiterer wichtiger Baustein, der 2020 von den Ländern beschlossen wurde. Ziel ist es, Schüler*innen ohne Perspektive nach der Schule an die Jobcenter zu übermitteln, damit sie frühzeitig eine Berufsberatung erhalten. Hier müssen die einzelnen Bundesländer endlich konsequent in die Umsetzung kommen.
- **Die Berufseinstiegschulen** ermöglichen, den Hauptschulabschluss nachzuholen oder, bei sehr schlechten Noten, diesen zu verbessern. Gleichzeitig wird hier ein Fokus auf die Berufsorientierung gelegt.
- **Volkshochschulen (VHS) und Abendschulen** bieten auf dem zweiten Bildungsweg an, Abschlüsse nachzuholen.
- In Berlin wurde für 2025/26 ein verpflichtendes **11. Schuljahr** für alle eingeführt, die nach der 10. Klasse keine Anschlussperspektive haben. Es geht dabei nicht um einen erweiterten Schulabschluss, sondern das Jahr dient der beruflichen Orientierung und dem Erwerb von Schlüsselkompetenzen. In Hamburg wurde bereits 2011 ein ähnliches Gesetz eingeführt, wobei die Jugendlichen nicht nur einfach weiter zur Schule gehen, sondern längere Praktika absolvieren, bei denen sie eng betreut werden.

Dies ist nur ein Ausschnitt an Maßnahmen, die helfen sollen und können, um Jugendlichen ohne Abschluss eine bessere Berufsperspektive zu geben. Wichtig ist es, im Schulalltag der Jugendlichen früh Berufsperspektiven zu integrieren, von der Theorie in die Praxis zu kommen und Interessen zu wecken und zu stärken. Nur so kann langfristig die Zahl der Schulabbrechenden wirksam gesenkt werden.

¹<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/440740/umfrage/anteil-der-schulabgaenger-innen-ohne-hauptschulabschluss-in-deutschland/>
²https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_33661_33662_2.pdf

Die Autorin

Dr. Luisa Becker-Ritterspach
Referentin für Kinderarmut und Kinderrechte

Gewaltschutz für Kinder durch Integration



Hood Training – Gelebte Gewaltprävention und Integration im Alltag



Hood Training für alle
Interessen: Hood-Gründer Daniel Magel setzt auf eine Kombination aus Bewegung und Kultur.

Wie ein Projekt aus Bremen bundesweit Jugendliche bewegt

Hood Training ist mehr als ein Projekt – es ist eine Haltung. Dieser Satz bringt auf den Punkt, was Daniel Magel mit der von ihm ins Leben gerufenen Initiative seit über einem Jahrzehnt verfolgt: Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten durch Sport, Kultur und pädagogische Begleitung neue Perspektiven zu eröffnen – und ihnen damit zu zeigen, dass sie gesehen, gehört und ernst genommen werden.

Was als improvisiertes Sportangebot in einem leerstehenden Gebäude in Bremen-Tenever begann, ist heute ein bundesweit aktives Konzept mit über 20 Standorten. Hood Training ist ein anerkannter Träger der Jugendhilfe und hat einen klaren sozialpolitischen Auftrag: Gewaltprävention und Integration durch Bewegung, in Kombination mit Begegnung. Das schafft Vertrauen und entscheidende soziale Beziehungen.

Mehr als Training – Hood schafft Beziehungen auf Augenhöhe

Die Trainerinnen und Trainer sind nicht nur sportliche Vorbilder, sondern auch Bezugspersonen. Ihre Authentizität und ihr respektvoller Umgang mit den Kindern und Jugendlichen schafft Vertrauen – das sind Grundvoraussetzungen für die pädagogische Wirkung. „Wir sind keine Animatoren und keine Kontrolleure – wir sind Begleiter“, sagt Daniel Magel. „Wir begegnen den Jugendlichen auf Augenhöhe, aber mit klarer Haltung. Wir zeigen ihnen, dass Stärke nichts mit Gewalt zu tun hat, sondern mit Verantwortung.“ Das Besondere an Hood Training ist die Vielschichtigkeit. Neben Calisthenics und Boxen gehören auch Hip-Hop, Graffiti und Musikproduktion zum festen Bestandteil des Angebots.

Frustabbau statt Eskalation

Ein zentrales Element von Hood Training ist der konstruktive Umgang mit Konflikten. Die Kinder und Jugendlichen erhalten Raum für Frustabbau und lernen, wie sie mit Wut und Enttäuschung umgehen können, ohne sich oder andere zu verletzen. Kampfsportelemente helfen dabei, Selbstkontrolle und Körperbewusstsein zu entwickeln. Rituale, Regeln und Achtsamkeit sind feste Bestandteile des Hood Trainings. „Viele der Kinder und Jugendlichen haben nie gelernt, dass man Konflikte auch friedlich lösen kann“, erklärt Magel. „Wir geben ihnen die richtigen Werkzeuge an die Hand – körperlich und emotional. Denn wer sich selbst kontrollieren kann, wird nicht zum Initiator gewalttätiger Konflikte.“

Integration durch Bewegung und Kultur

Hood Training ist bewusst offen für alle – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder sozialem Status. Die Angebote finden genau dort statt, wo die Kinder und Jugendlichen sich aufhalten: in Parks, Schulen oder Freizeitzentren. Auf diese Weise wird urbane Jugendkultur mit pädagogischer Betreuung verbunden. Das schafft Räume, in denen Integration und Inklusion ganz praktisch ermöglicht wird.

„Wir holen die Kinder und Jugendlichen nicht aus ihrer Umgebung – wir gehen hinein“, sagt Magel. „Wir nutzen dafür das, was sie kennen und mögen – Musik, Bewegung, Gemeinschaft – und zeigen ihnen, dass sie damit etwas aufbauen können, statt abzubauen. So schaffen wir Wege, ihnen eine Zukunft als wichtiger Teil der Gesellschaft zu ermöglichen, indem sie lernen, sie durch ihr Können und Wissen mitzugestalten.“

Von der Straße zum bundesweiten Netzwerk

Die Sportparks sind die Aktionsräume von Hood Training. In Bremen-Tenever, wo alles begann, steht heute ein Calisthenics Park mit Reckstangen und Trainingsgeräten zwischen den Wohnhaustürmen. Hier trainieren Kinder und Jugendliche im Freien – gemeinsam, regelmäßig und mit klaren Regeln. „Ich habe selbst erfahren, was es bedeutet, wenn man auf der Straße zu viel Zeit hat“, sagt Magel. „Deshalb wollte ich einen Ort schaffen, der ohne Druck, aber mit klaren Strukturen für Halt im Alltag der von diesem Problemkreis betroffenen Kindern und Jugendlichen sorgt.“



Aktionsräume für Kinder: Hood-Training
im Sportpark in Bremen

Heute ist Hood Training nicht nur in Bremen aktiv, sondern auch in anderen Städten wie Berlin, Karlsruhe, München und Frankfurt. Möglich wurde das durch ein eigenes entwickeltes Kooperations-Modell. Es ermöglicht lokalen Initiativen, unter dem Dach von Hood Training eigene Standorte zu eröffnen, die dann auf Basis eines gemeinsamen Werteverständnisses pädagogisch begleitet und strukturell unterstützt werden. „Wir wollten nie ein exklusives Projekt sein“, erklärt Daniel Magel. „Unser Ziel war es immer, dass Hood Training überall dort stattfindet, wo es gebraucht wird. Das Kooperations-Modell hilft uns dabei, lokal wirken zu können, während wir gleichzeitig bundesweit wachsen.“

Starker Auftritt beim Jubiläumsfest der Deutschen Kinderhilfe

Bei unserem Jubiläumsfest am 23. Mai 2025 in Berlin-Hellersdorf war Hood Training ein zentraler Programmpunkt. Die mobile Calisthenics-Anlage wurde auch hier zum Treffpunkt für Bewegung, Austausch und Begegnung. Kinder und Jugendliche konnten sich unter fachkundiger Anleitung der Hood-Trainer sportlich ausprobieren, miteinander ins Gespräch kommen und das machte ihnen sichtlich Freude. Denn vor dem Stand bildeten sich lange Schlangen.



Partner der Deutschen Kinderhilfe: Riesiger Andrang am Stand des Hood-Trainings bei unserem Jubiläumsfest im Mai 2025 in Berlin

Uns zeigte dieses große Interesse der Kinder, dass Gewaltprävention und Integration keine abstrakten theoretischen Konzepte sein dürfen – sondern durch Projekte wie das Hood-Training erfolgreich im Alltag praktiziert werden müssen.

Haltung zeigen – Zukunft gestalten

Daniel Magel bringt es auf den Punkt: „Wenn wir Jugendlichen zeigen, dass sie etwas können, dass sie etwas wert sind, dann verändern sie sich. Nicht, weil wir sie verändern – sondern weil sie selbst anfangen, an sich zu glauben.“ Der Erfolg des Konzepts Hood Training beweist, wie man mit Haltung, Kreativität und Konsequenz echte Veränderungen herbeiführen kann. Angesichts der aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen in unserem Land ist es ein unbedingt förderungswürdiges Projekt. Auch in der Zukunft wird Hood Training daher ein wichtiger Partner für uns – die Deutsche Kinderhilfe – bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass solche Projekte in ganz Deutschland entstehen, gefördert und in die Breite getragen werden. Denn jedes Kind verdient eine faire Chance – auf Bewegung, auf Bildung, auf ein Leben ohne Gewalt, unabhängig von Herkunft und Sozialstatus.



Die Autorin

Dana Zelck

Projektmanagement Gewaltschutz/
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit

Schutzraum Schule



Schule ist mehr und Schule muss mehr sein als nur Lernort. In der Schule lernen Kinder nicht nur die Inhalte der vermittelten Fächer, sie lernen in einem großen Maß auch Sozialverhalten und Werte. Trotzdem kann Schule für einige Kinder auch ein Angstraum sein, wenn sie sich bedroht, verfolgt und gemobbt fühlen und/oder gar körperlich oder sexuell angegriffen werden. Dann liegt es in der Verantwortung der Lehrkräfte, dies wahrzunehmen, gegenzusteuern und Übergriffe – nachhaltig – zu beenden. Dies erfordert ein gehöriges Maß an Empathie und nicht zuletzt Konfliktbereitschaft. Es braucht natürlich auch Zeit, denn die Lehrkraft soll ja zuvorderst ihren Stoff vermitteln, Unterricht vor- und nachbereiten, Leistungskontrollen durchführen und bewerten – und das nicht selten bei Klassenstärken um 30 Schülerinnen und Schülern, die nicht selten auch noch besonderen Förderbedarf haben. Unterstützende Schulsozialarbeiter*innen oder Schulpsycholog*innen gibt es, aber in aller Regel zu wenige. Bei der Klassenstärke ist eine Lehrkraft nicht selten froh, wenn diese sich von Jahr zu Jahr, u.a. durch nicht ausreichende Leistungsnachweise der Schüler*innen, reduziert.

Das heißt im Klartext, dass, wer nicht passt, „aussortiert“ und weitergereicht wird, was dem Grunde nach natürlich keine Lösung ist, schon gar nicht für die betroffenen Problemschüler*innen. Dazu kommen nun auch noch die überarbeiteten Schulgesetze, in denen neu verlangt wird, dass jede Schule ein Schutzkonzept zur Prävention von sexuellem Missbrauch vorzuhalten hat. Es fällt vor dem oben beschriebenen Hintergrund einer permanenten Überlastung leicht, sich vorzustellen, dass die Lehrerinnen und Lehrer solche neuen Anforderungen erst einmal aufschieben und vielleicht sogar verdrängen. Wer gibt auch schon gerne zu, dass es in der eigenen Schule ein Problem geben könnte? Dies gilt natürlich erst recht für Themen, in denen

man selber eher unerfahren ist. Wer soll jetzt auch noch so ein Konzept entwickeln? Wie soll es aussehen? Was ist zu tun, wenn tatsächlich ein Verdacht aufkommt?

Insofern ist es zweifellos gut gemeint, wenn die Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) auf ihrer Website Modell-Konzepte vorhält, auf die Schulen zurückgreifen können. Aber verführt ein derartiges Angebot nicht auch dazu, so ein Modell nur abzuschreiben und in der Geschäftsstelle für den Fall der Fälle vorzuhalten, also dem Grunde nach nichts zu tun und zu hoffen, dass so etwas an der eigenen Schule nie passieren möge? Welche Lehrerin, welcher Lehrer hat sich im Rahmen des Studiums mit Prävention von Straftaten auseinandersetzen müssen? Sicherlich sind Schülerinnen und Schüler vor Gefahren zu schützen, sofern man sie bemerkt, aber Prävention? Ist so etwas nicht eine Aufgabe der Polizei? Dem kann nur – ohne Vorwurf – mit einem ganz klaren „Nein“ begegnet werden.

Anforderungen an wirksame Schutzkonzepte

Prävention war und ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, insbesondere für Angehörige des öffentlichen Dienstes, in dem mit und an Menschen gearbeitet wird. Gerade vor dem Hintergrund der so genannten Zeitverdichtung, die uns alle betrifft, und den veränderten Möglichkeiten durch die modernen Medien, hat die Bedeutung von Prävention sogar noch erheblich zugenommen. Jede*r ist in der Pflicht, an der eigenen Arbeitsstelle Risiken und Gefahren zu erkennen und diesen im Rahmen der eigenen Möglichkeiten gegenzusteuern. Wie wollen wir gerade Kindern und Jugendlichen wichtige Werte vermitteln, wenn wir selbst nicht einmal in der Lage sind, sie vor Gefahren und Übergriffen anderer zu schützen?

Wenn man nicht über das erforderliche Wissen und die entsprechenden Erfahrungen verfügt, ist es nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, sich des Wissens und der Erfahrungen anderer zu bedienen, die hierüber verfügen, z.B. die Präventionsbeamten der örtlich zuständigen Polizei.

Wichtig ist zunächst einmal, im Bereich der jeweiligen Schule systematisch zu erheben, wo es welche tatbegünstigenden Faktoren geben kann. Dies bezieht sich auf Räumlichkeiten, das Gelände, die Schülerschaft, aber auch das Personal und ggf. Dritte. Nach der Erhebung ist dann, am besten in Form einer Begehung und einer anschließenden Konferenz, darüber nachzudenken, wie die tatbegünstigenden Faktoren reduziert oder sogar abgestellt werden können. Darüber hinaus ist vorzusplanen, welche Maßnahmen bei einem tatsächlich eintretenden Vorfall zu treffen sind. So etwas kann nur individuell auf die konkrete Örtlichkeit bezogen erfolgen, so dass die bloße Übernahme eines Musterschutzkonzeptes auf keinen Fall ausreicht. Dies gilt auch für ein auf die jeweilige Schule bezogenes Netzwerk, dessen Akteure bei Bedarf individuell eingeschaltet werden sollten und müssen.

Vor was gilt es Schülerinnen und Schüler zu schützen?

Eine von vielen Formen der Gewalt, die Schülerinnen und Schülern in der Schule begegnen kann, ist die sexualisierte Gewalt. Rund 10% aller Fälle sexuellen Missbrauchs werden von Kindern unter 14 Jahren begangen und rund 20% von Jugendlichen unter 18 Jahren. Diese halten sich in aller Regel ein Drittel ihrer Zeit in der Schule auf, so dass es lebensfremd wäre, anzunehmen, dass die Schule ein Raum frei von sexuellen Übergriffen sein kann. Doch es gibt auch andere Übergriffe, die Kinderleben oft ebenso über Jahre in erheblichem Umfang beeinträchtigen können. Neben sexualisierter Gewalt kommen körperliche und psychische Gewalt sowie Mobbing vor, sei es nun analog oder digital, bei denen Maßnahmen zu ergreifen sind. Derartige Übergriffe können Kinder und Jugendliche bis in den Suizid treiben und sind daher konsequent und nachhaltig zu verfolgen und zu verhüten. Besonders vulnerabel und zu schützen sind Kinder und Jugendliche mit Behinderungen oder solche, die die deutsche Sprache (noch) nicht beherrschen.



Schutzkonzepte müssen auf alle Formen von Bedrängung eingehen: Sexualisierte, körperliche und psychische Gewalt müssen an Schulen nachhaltig verfolgt werden.

Aus diesem Grunde sollten sich Schutzkonzepte an Schulen nicht nur auf sexualisierte Gewalt, sondern auf alle Formen von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche erstrecken.

Kinderschutzbeauftragte in jeder Schule!

Die Ausführungen dürften verdeutlicht haben, dass Schutzkonzepte nicht einfach in einem Ordner in einer Geschäftsstelle hinterlegt werden können, um dann im Falle eines Übergriffs plötzlich zum Einsatz zu kommen. Schutzkonzepte müssen gelebt und personell unterlegt werden. Aus diesem Grund sollten je Schule zwei Ansprechpersonen beiderlei Geschlechts zuständig sein und betroffenen Kindern und Jugendlichen, aber auch Lehrkräften, bei Fragen zur Verfügung stehen. Zu ihren Aufgaben sollte es gehören, ein entsprechendes Netzwerk zu pflegen und bei Bedarf „aufzurufen“, Fortbildungen für Kolleginnen und Kollegen zu organisieren und regelmäßig über Vorgänge und Maßnahmen zu berichten. Die beiden Lehrkräfte entlasten so ihre Kolleginnen und Kollegen von der schuleigenen Präventionsarbeit und befähigen sich selbst, u.a. durch gewonnene Erfahrungen und Spezialisierung. Es wird empfohlen, ihre Tätigkeit als Kinderschutzbeauftragte ihrer Schule in der Stundennachhaltung angemessen zu berücksichtigen.



Meldungen zu Übergriffen müssen extern möglich sein: Hinweise auf Übergriffe durch Lehrkräfte dürfen kein Tabu sein.

Tabu: Umgang mit Vorwürfen gegen eine Lehrkraft

Ein besonderes Thema in diesem Zusammenhang ist stark tabuisiert und ganz besonders hier gibt es nicht DIE Lösung. Es geht um Hinweise auf Übergriffe von Lehrkräften aus dem eigenen Kollegium. Betroffene Schülerinnen und Schüler leiden nicht selten jahrelang und schweigen, da es sich bei den Beschuldigten oft um besonders beliebte und geschätzte Lehrkräfte handelt, denen man sexuellen Missbrauch von Kindern oder Schutzbefohlenen nie zutrauen würde. Zudem besteht ein Abhängigkeitsverhältnis von der beschuldigten Lehrkraft oder ihrer Kolleg*innen, die nicht selten auch noch freundschaftlich mit ihr verbunden sind.

So mag es denn sein, dass betroffene Kinder sich den beauftragten Kinderschutz-Lehrkräften trotzdem anvertrauen, weil sie eine gute und ganz besondere Beziehung zu ihnen haben. Das muss aber nicht so sein und ist von vielen Faktoren abhängig, die nicht vorhergesehen werden können. Aus diesem Grund sollte es externe Möglichkeiten des Meldens derartiger Vorfälle geben, wo sich betroffene Kinder und Jugendliche orientieren sowie beraten lassen und ihren ganz persönlichen Umgang mit dem Übergriff/den Übergriffen entwickeln können.

Tatsache ist, dass betroffene Schüler*innen im Fall einer Anzeige nicht selten negative Auswirkungen auf ihre Noten oder Abschlüsse durch die beschuldigte Person oder auch durch deren Kollegium befürchten, ganz gleich, ob dies realistisch oder nur gefühlt der Fall ist. Die kostenlose Beratungs-Plattform krisenchat.de ist auch aus diesem Grund entwickelt worden und wird von Kindern und Jugendlichen in persönlichen Krisen – auch wegen Hinweisen auf sexuelle Übergriffe von Lehrkräften – sehr stark frequentiert.

Nachdenkenswert wären auch Hinweistelefone im Bildungsministerium oder in den Schulämtern. Aber auch bei ihnen bestünde das Problem, dass in jedem Fall Aufklärungsarbeit betrieben würde, die unter Umständen von der betroffenen Schülerin/dem betroffenen Schüler (noch) nicht gewollt ist. Aus diesem Grund favorisiert der Verfasser eher externe Beratungsangebote.

Fazit

Festzuhalten ist, dass unsere Schulen individuelle Schutzkonzepte – gegebenenfalls mit Hilfe von externen Expert*innen – zu entwickeln haben. Diese Schutzkonzepte sollten sich nicht nur auf sexualisierte Gewalt erstrecken. Je Schule sollten zwei Lehrkräfte als Kinderschutzbeauftragte beiderlei Geschlechts eingesetzt werden, die sich um betroffene Schülerinnen und Schüler kümmern, Kolleginnen und Kollegen beraten, erforderliche Netzwerkpartner vorhalten, Fortbildungen organisieren und das Konzept ihrer Schule leben. Denn Schutzkonzepte sollen Kinder und Jugendliche schützen – und zwar tatsächlich und nicht nur auf dem Papier.



Der Autor

Rainer Becker
langjähriger Ehrevorsitzender
der Deutschen Kinderhilfe –
Die ständige Kindervertretung e.V.

Wir stärken aktiv das RECHT unserer Kinder

Das **Forderungs- und Fortbildungszentrum KindgeRECHT** arbeitet praxisnah zu kinderrechtlichen Themen im Bereich Kinderschutz und Kinderrechte. Nutzen Sie unsere Angebote!



Unsere Angebote richten sich an Kinder, Eltern und Fachkräfte. Informieren Sie sich!

www.kindgerecht-fuf.de



„Die Polizei kann auch nett sein“ – Gelebte Präventionsarbeit und Inklusion am Beispiel Berlin-Hellersdorf

Berlin-Hellersdorf gilt als sozialer Brennpunkt. Hohe Arbeitslosigkeit, Armut und ein überdurchschnittlicher Anteil von Familien mit Migrationshintergrund prägen den Bezirk. Für die Polizei bedeutet das: Prävention ist hier mehr als ein Schlagwort – sie ist tägliche Praxis. Polizeioberkommissarin Anja Körner, Kontaktabchnittsbeamtin (KAB) in Hellersdorf, berichtet über die Herausforderungen und Chancen ihrer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen.

Doch die Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt. Bundesweit steht die Polizei vor ähnlichen Herausforderungen, wenn es um Integration und Inklusion geht. Zahlen und Projekte zeigen: Es gibt Fortschritte, aber auch große Baustellen.

Warum Prävention hier so wichtig ist

In Bezirken wie Hellersdorf ist das Risiko für Jugendkriminalität und Gewaltverhalten erhöht. Kinder wachsen oft in schwierigen Verhältnissen auf, die von finanzieller Not, beengtem Wohnraum und fehlenden Perspektiven geprägt sind. „Wenn wir nicht früh ansetzen, verlieren wir diese Kinder“, sagt Körner.

Die Polizei verfolgt deshalb einen klaren Ansatz: Frühe Kontaktaufnahme und Vertrauensbildung. Schon im Vorschulalter sollen Kinder die Polizei nicht nur als „die, die kommen, wenn es Ärger gibt“ wahrnehmen, sondern als Partner und Helfer.

Die erste Hürde bilden kulturelle und sprachliche Barrieren. Viele Familien in Hellersdorf sprechen kaum Deutsch. Das erschwert die Kommunikation und führt zu Missverständnissen über die Rolle der Polizei. „Ganz oft ist es so, dass die erste Hürde genommen werden muss, bevor die Kinder merken: Die Polizei ist nicht nur da, wenn es Ärger gibt“, erklärt Körner. Präventionsangebote erreichen diese Familien oft nicht, weil Informationen sprachlich oder kulturell nicht zugänglich sind. Hier setzen die KABs an: Sie gehen direkt in Schulen, Kitas und Stadtteilzentren, um Hemmschwellen abzubauen.

Vertrauen entsteht durch Begegnung – Prävention zum Anfassen

Körner beschreibt, wie wichtig der persönliche Kontakt ist: „Ganz oft sagen die Kinder: ‚Frau Körner, Sie kenne ich doch! Sie waren doch gerade in der Schule.‘ Da freut man sich natürlich, wenn man wiedererkannt wird und weiß, okay, jetzt macht man auch mal ein bisschen was anderes.“ Solche Momente sind mehr als nette Begegnungen – sie sind Bausteine für Vertrauen. „Dass die Kinder mitkriegen: Die Polizei kann auch nett sein und hilft mir im Notfall – das ist ganz wichtig“, betont sie. Dazu gehört auch Prävention zum Anfassen. Die Arbeit der KABs ist vielfältig. Sie reicht von Antigewaltveranstaltungen



Prävention vor Ort: Die Polizei macht Angebote, die sich an alle Kinder richten.

über Verkehrserziehung bis hin zu kreativen Angeboten. Körner erzählt: „Wir haben Fragebögen über Gewalt in der Schule, aber eben auch über Verkehrszeichen oder das Fahrrad. Da kommen Viele und sagen: Wir haben bald Fahrradunterricht und müssen mal was gucken. Und dann gibt es natürlich auch Sachen wie Fingerabdrücke – klar, die sind nicht so professionell wie bei uns auf der Arbeit, aber es ist immer was für irgendjemanden dabei.“ Besonders beliebt sind Buttons und Sticker, die die Kinder selbst gestalten dürfen. „Das macht sich immer besonders gut, weil sie eben etwas Einzigartiges haben“, sagt Körner. Hinter solchen Aktionen steckt mehr als Spaß: Sie schaffen Nähe und positive Erlebnisse.

Inklusion: Alle Kinder erreichen – ein bundesweites Ziel

Präventionsarbeit muss inklusiv sein. Das bedeutet, auch Kinder mit besonderen Bedürfnissen einzubeziehen. „Wir haben viele Angebote, die sich an alle richten. Aber wir müssen auch darauf achten, dass niemand ausgeschlossen wird – sei es wegen Sprache, Behinderung oder anderer Barrieren“, erklärt Körner.

Wie hoch der Bedarf an individuellen Angeboten ist, belegen auch die bundesweiten Zahlen zur schulischen Inklusion. Allein im Schuljahr 2022/23 hatten 581.265 Kinder und Jugendliche einen sonderpädagogischen Förderbedarf. 44,4% wurden inklusiv an Regelschulen unterrichtet, 55,6% besuchten Förderschulen. Laut Zahlen der Bertelsmann Stiftung liegt die Exklusionsquote bei 4,2% – das ist nur minimal besser als vor 15 Jahren (4,8%). Auch die Zahl der Eingliederungshilfen für Kinder mit seelischer Behinderung ist stark gestiegen: 109.200 Hilfen im Jahr 2019, ein Plus von 156% gegenüber 2009.

Kinder-/Jugendkriminalität: Die Zahlen steigen wieder

Wie wichtig Präventionsarbeit ist, dokumentieren auch die Zahlen im Bereich der Kinder- und Jugendkriminalität. Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt einen alarmierenden Trend. Im Jahr 2024 gab es 13.755 tatverdächtige Kinder unter 14 Jahren – das entspricht einem Anstieg um 11,3%. Bei Jugendlichen (14–18 Jahre) stieg die Zahl um 3,8% auf 31.383 Tatverdächtige.

Expertinnen und Experten sehen die Ursachen in psychischen Belastungen, fehlenden Perspektiven und Integrationsproblemen. Um dem wirksam zu begegnen, braucht es gelebte Präventionsarbeit wie die von Polizeioberkommissarin und Kontaktabchnittsbeamtin Anja Körner in Berlin-Hellersdorf.

Bundesweite Projekte: Von „Kurve kriegen“ bis „360°“

Die Polizei reagiert mit bundesweiten Projekten. In Nordrhein-Westfalen gibt es das Programm „Kurve kriegen“, das mehrfach straffällig gewordenen Kindern zwischen acht und fünfzehn Jahren hilft, bevor sie Intensivtäter werden. Das Projekt „360°“ richtet sich an gefährdete Kinder aus Clanfamilien und kombiniert Repression mit Prävention, um Perspektiven zu schaffen. Auch die Bundespolizei setzt auf kreative Ansätze wie Zivilcourage-Workshops und Kunstprojekte in Schulen, um Werte wie Hilfsbereitschaft und Gewaltprävention zu vermitteln. Doch nicht nur die Arbeit mit Kindern muss inklusiver werden – auch die Polizei selbst. Forschungsprojekte wie „Zurecht – Die Polizei in der offenen Gesellschaft“ zeigen, dass es weiterhin Zugangshürden für Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund gibt und die interkulturelle Ausbildung ausgebaut werden muss. Polizeibehörden wie Dortmund setzen auf Dialogkreise mit muslimischen Gemeinden, interkulturelle Trainings und gezielte Nachwuchswerbung, um die Polizei diverser und bürgernäher zu machen.

Fazit: Nähe schafft Sicherheit – aber der Weg ist lang

Die Arbeit der Polizei in Hellersdorf ist ein Beispiel für das, was bundesweit nötig ist: Beziehungsarbeit, kulturelle Sensibilität und Engagement für Inklusion. Anja Körner bringt es auf den Punkt: „Es ist wichtig, dass die Kinder sehen: Die Polizei ist für sie da – nicht gegen sie.“ Doch die Zahlen zeigen: Integration und Inklusion sind eine Daueraufgabe – für Schulen, Jugendhilfe und Polizei gleichermaßen.

Die Autorin

Dana Zelck

Projektmanagement Gewaltschutz/
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit



Gelebte Präventionsarbeit: Kontaktabchnittsbeamtin Anja Körner auf dem Jubiläumsfest der Deutschen Kinderhilfe und der Arche in Berlin.

Was kann und muss Schulsozialarbeit heute leisten? Ein Interview

Die Schulsozialarbeit steht aktuell vor großen Herausforderungen. Die Themen reichen von häuslicher Gewalt und Leistungsdruck über digitale Risiken wie Cybermobbing und problematische Social-Media-Trends bis hin zu strukturellen Problemen wie Armut, Ernährung und fehlender Teilhabe.

Katrin Doer, Schulsozialarbeiterin am Gymnasium in Güstrow, und ihr Kollege Michael Rössel, tätig im örtlichen Berufsschulzentrum, beide tätig für den privaten Träger BilSE –Institut für Bildung und Forschung, standen der Deutschen Kinderhilfe für ein spannendes Interview zur Verfügung. Es ermöglicht interessante praxisnahe Einblicke in die Arbeit der Schulsozialarbeiter und -arbeiterinnen, benennt konkrete Beispiele und diskutiert Lösungsansätze, wie etwa niedrigschwellige Unterstützungsangebote. Zudem sensibilisiert es für die Notwendigkeit struktureller Veränderungen. Unser Interview zeichnet ein realistisches Bild der aktuellen Lage und soll so auch Impulse für Prävention und Intervention geben. Das Gespräch führte Dana Zelck, unsere Projektmanagerin Gewaltschutz bei der Deutschen Kinderhilfe und Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Dana Zelck (Deutsche Kinderhilfe): Welche Rollen spielen Sie als Schulsozialarbeiterin bei der Bewältigung von Konflikten im Alltag der Kinder und Jugendlichen?

Katrin Doer: Schulsozialarbeit befasst sich sehr häufig mit Themen, die in innerfamiliären Problemen wurzeln; von Erziehungsfragen, Pubertätskrisen, schweren Erkrankungen von Familienmitgliedern, existenziellen Nöten, Trennungen, psychischer und physischer Gewalt, selbstverletzendem Verhalten bis hin zu nicht erfüllbaren Erwartungshaltungen. Wenn in manchen Familien zudem alle zu Hause sind, verschärfen sich diese Konflikte/Problemlagen zusätzlich. Durch diese Situationen werden Schülerinnen und Schüler beeinträchtigt, häufig sogar schulunfähig. Hier setzt Schulsozialarbeit an. Sie hat das oberste Ziel, Schülerinnen und Schüler wieder schulfähig zu machen.

Welche Problemkreise bestehen etwa im Bereich der Integration von Flüchtlingskindern, auch im Hinblick auf Traumata?

Michael Rössel: Ich habe in meinem Haus BVJA-Klassen (Berufsvorbereitende Jahrgangsstufen), fast ausschließlich mit Schülern, die ursprünglich aus Afghanistan, Syrien und dem Irak kommen – die teils unbegleitet, teils mit Familien gekommen sind. Fast alle haben traumatische Erfahrungen durch die Flucht. Eigentlich bräuchten sie alle zumindest ein therapeutisches Gespräch, um eine Evaluierung vorzunehmen, also eine Beurteilung ihrer psychischen Situation. Aber es gibt strukturelle Probleme: zu wenige Therapeutinnen und Therapeuten, hinzu kommen Sprachbarrieren, da viele der Kinder erst Deutsch lernen müssen.

Wie kommen Sie grundsätzlich mit den Kindern in Kontakt, die Probleme haben?

Katrin Doer: Die Schülerinnen und Schüler kommen selbstständig zu uns, wenn sie sich belastet fühlen, manchmal wird der Kontakt aber auch durch Freunde, Lehrkräfte oder Eltern vermittelt. Wir haben jeweils einen separaten geschützten Gesprächsraum sowie Online-Kanäle zur Verfügung, die das erleichtern.

Wie sieht es aus, wenn Kinder in der Schule, zu Hause oder in ihrem Umfeld von Gewalt betroffen sind?

Katrin Doer: Ich möchte die körperliche Gewalt von der psychischen Gewalt trennen, sonst wird es unübersichtlich. Fälle schwerer häuslicher Gewalt werden selten an mich herangetragen, vielleicht vier- oder fünfmal in den letzten Jahren. Wenn Jugendliche älter sind, ist es ihnen peinlich, Opfer zu sein. Sie wollen nicht schwach wirken und tun sich schwer, die Hand gegen die Eltern zu erheben, selbst wenn sie sich wehren könnten. Das macht die Situation doppelt schambesetzt. In solchen Fällen öffnen sie sich selten und höchstens im geschützten Raum, eben z.B. bei Schulsozialarbeiter*innen, nicht beim Jugendamt oder der Polizei. Dann geht es darum, sie zu stärken, Eltern, wenn möglich, einzubeziehen oder andere Unterstützungssysteme zu aktivieren – ohne sofort Anzeige zu erstatten. Würden wir die Fälle sofort melden, kämen die Kinder und Jugendlichen nicht mehr. Das niedrigschwellige Angebot vor Ort mit hoher Fachlichkeit ist entscheidend.

Das klingt für mich nach: erst einmal Hilfe gewähren, ohne sofort alle zu alarmieren. Aber das ist doch ein Konflikt für die Schulsozialarbeit, oder?

Katrin Doer: Ja, klar. Eine schwierige, manchmal belastende Gratwanderung.

Michael Rössel: Absolut. Bei Fällen von Kindeswohlgefährdung hängen wir zwischen den Stühlen. Wir haben die Verschwiegenheitspflicht wie Ärzte, müssen aber Verbrechen oder konkrete Suizidalität melden. Das klären wir mit den Schüler*innen: Was hier besprochen wird, bleibt vertraulich – außer in extremen Fällen. Wir entscheiden nichts ohne die Schüler*innen. Wenn sie „bitte nicht zum Jugendamt“ sagen, respektieren wir das, um das Vertrauensverhältnis nicht zu zerstören. Wir gehen behutsam vor, bauen Vertrauen auf und schlagen Maßnahmen vor, die funktionieren müssen – oft mit viel Überzeugungsarbeit.

Welche konkreten Maßnahmen werden von Ihnen vorgeschlagen, wenn Gewalt häufiger auftritt?

Michael Rössel: Das hängt von der Situation ab. Bei Fällen wie gelegentlichen Ohrfeigen führen wir zunächst ein

Elterngespräch und leiten ggf. an die Familienhilfe weiter. Dort erhalten Familien professionelle Beratung und Begleitung, mit regelmäßigen Terminen und Vorschlägen zur Verbesserung des Umgangs. Wir überprüfen nach einigen Wochen, ob sich etwas verändert hat. Wenn nicht, müssen wir weitere Schritte einleiten – im Extremfall das Jugendamt einschalten. Das ist aber das letzte Mittel bei schweren Fällen. Die Familienhilfe läuft ja bereits über das Jugendamt und in Extremfällen wird auch die Polizei hinzugezogen.

Und wie sieht es mit häuslicher Gewalt zwischen den Eltern aus, die von Kindern miterlebt wird? Nach der Istanbul Konvention gilt dies rechtlich als Gewalt gegen Kinder, die Kinder sind also als Opfer zu betrachten. Spielt das in der Praxis eine Rolle?

Michael Rössel: Ja. Kinder kommen damit zu uns. Aber wir arbeiten primär mit dem Kind. Wir können Eltern einladen, doch oft fehlt die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Dann stärken wir das Kind, nehmen ihm die Schuldgefühle und geben Hinweise, wie es sich schützen kann.

Katrin Doer: Das ist übrigens stark abhängig von der Schulform. Im Gymnasium steht psychische Gewalt im Vordergrund, in Förderschulen eher körperliche Gewalt und strukturelle Probleme wie Armut. Gewalt ist überall präsent, aber in unterschiedlicher Form. Die Frage bleibt: Was kann Schulsozialarbeit leisten? Viel – vor allem durch niedrigschwellige Angebote auf Vertrauensbasis.

Sprechen wir über psychische Gewalt – wie äußert sich diese, wie ist der Trend?

Katrin Doer: Sie nimmt zu.

Michael Rössel: Definitiv. Das Bewusstsein, dass körperliche Gewalt nicht akzeptabel ist und angezeigt werden kann, ist gestiegen. Dadurch verlagert sich vieles auf psychische Gewalt – vielleicht war sie auch schon immer da. Aber das hängt stark von Schulform und sozioökonomischem Umfeld ab.

Katrin Doer: Psychische Gewalt durch Eltern erfolgt oft subtil und unbewusst. Ein Beispiel: Leistungsdruck. Wenn Kinder über Jahre hören „Warum keine 1?“, obwohl sie gute Noten haben, prägt das massiv. Psychischen Druck gibt es auch durch die Gesellschaft, durch „Social Media“, innerhalb eines Klassengefüges. Insbesondere Mädchen definieren sich stark über Leistung. Ab Klasse 9 oder 10, wenn die Leistungsanforderungen steigen und die Noten sich oft verschlechtern, brechen die Jugendlichen nicht selten mental zusammen. Sie erleben enormen Druck auf vielen Ebenen – das ist psychische Gewalt. Eltern wollen meist „nur das Beste“ für ihre Kinder, aber dieser Dauerdruck verschleißt die Kinder, mindert das Selbstwertgefühl und hat weitere schwerwiegende Folgen.

Welche Folgen sind das aus Ihrer Sicht?

Katrin Doer: Essstörungen, wie z.B. Anorexie. Die Jugendlichen empfinden sich dann häufig als minderwertig und ernähren ihren Körper nicht mehr ausreichend, wollen „nicht mehr sichtbar“ sein. Auch Selbstverletzung, Panikattacken, depressive Krisen sind Folgen. Oft fällt das erst auf, wenn die Kinder „zusammenbrechen“, weil sie gewohnt sind zu funktionieren, sodass Schulsozialarbeit in diesen Fällen erst ins Spiel kommt, wenn die Situation eskaliert ist.

Es liegt also oft bei Ihnen, Symptome zu erkennen, Ursachen zu erarbeiten? Sind die Eltern sich dessen mitunter nicht bewusst?

Michael Rössel: Richtig. Das muss man erarbeiten.

Katrin Doer: Das ist unser Job. Wir gehen mitunter wie Sherlock Holmes vor, kennen gewisse Verhaltensmuster, stellen gezielte Fragen, arbeiten auch mit Bildern, dem Familienbrett und vielen weiteren Methoden, um zu Erkenntnissen zu gelangen. Im Gespräch ergeben sich Hinweise, die Nicht-Fachkräfte überwiegend nicht wahrnehmen würden. Kinder erleben dann oft einen Aha-Moment: „Stimmt, das ist nicht normal. Das muss ich nicht aushalten.“ Sie fühlen sich gehört und öffnen sich.

Wie sieht es mit psychischer Gewalt unter Kindern aus – gerade im digitalen Raum?

Michael Rössel: Das hat sich extrem verstärkt durch Social Media – ich würde sagen um 1000 %. Früher waren Konflikte auf dem Schulhof schnell geregelt. Online gibt es keine Regeln. Beleidigungen, Memes, Fotos – unter der Gürtellinie. Das Schlimmste: Die ganze Schule sieht es. Die Demütigung ist enorm.

Über WhatsApp-Gruppen?

Katrin Doer: Ja, und über mehrere anderen Kanäle: Snapchat, Instagram, TikTok, Telegram. Facebook ist out. Dazu kommt noch ein anderer Aspekt: Fake News und KI-generierte Inhalte. Eine diesbezügliche Studie zeigte: An einem einzigen Tag waren 68 % der Inhalte auf Instagram und 50 % auf TikTok KI-generiert – ohne Kennzeichnung. Jugendliche prüfen das nicht. Das ist auch psychische Gewalt: unrealistische Selbstbilder, Influencer-Druck. Kinder konsumieren Inhalte, die ihr Selbstwertempfinden massiv beeinflussen.

Michael Rössel: Es findet eine klare Verrohung statt. Influencer projizieren bestimmte Selbstbilder, die Jugendliche in ihrer Selbstfindungsphase übernehmen. Dinge, die früher gesellschaftlich geächtet waren, werden online gefeiert. Schamgrenzen verschwinden, weil es keine direkten Konsequenzen gibt – im Gegenteil, man bekommt Zuspruch.

Entschuldigen Sie, aber was sind denn Memes genau?

Michael Rössel: Memes sind Bilder oder kurze Videos, die „humoristisch“ verändert werden. Ein Beispiel: Eine Lehrerin wurde heimlich gefilmt, dann per Filter als Hexe dargestellt und mit einem Spruch versehen. Das wurde in der Schule verbreitet und landete bei der Polizei. Solche diffamierenden Inhalte betreffen Lehrkräfte und Schülerschaft gleichermaßen.

Katrin Doer: Cyberpsychische Gewalt unter Schüler*innen läuft oft so: Im Klassenraum ist alles normal, aber nachmittags auf WhatsApp oder anderen Chatformen eskalieren Konflikte. Dinge, die man sich nie ins Gesicht sagen würde, werden online gepostet. Dazu gehören auch intime Bilder, Nackt- oder Unterwäschefotos, die sich dann rasant verbreiten, nicht nur in der Klasse, sondern in ganzen Netzwerken.

Ich habe kürzlich Kenntnis von einem Fall erlangt, in dem fünf 13-jährige Mädchen einem Mann, der sich online als Jugendlicher ausgab, intime Bilder schickten. Passiert das aus Vertrauen oder Naivität?

Michael Rössel: Meist totale Naivität. Sie erkennen die Absichten der Täter nicht, trotz medialer Aufklärung. Viele leben in ihrer „Bubble“ und kommen erst zur Einsicht, wenn es zu spät ist. Oft sehen sie es als Liebesbeweis und werden von Gleichaltrigen sogar ermutigt. Die Konsequenzen können sie nicht abschätzen.

Geht es um den Austausch von Bildern unter Schülerinnen und Schülern oder auch mit Fremden?

Michael Rössel: Beides. Häufig, um einem Jungen zu gefallen.
Katrin Doer: Das passiert regelmäßig, unabhängig vom Bildungsgrad. Trotz einschlägiger Präventionsveranstaltungen an Schulen kommt das Problem immer wieder vor. Durch die digitale Vernetzung verbreiten sich Inhalte extrem schnell – nicht nur Nacktbilder, auch andere intime Inhalte. Die Dunkelziffer ist hoch.

Haben Sie konkrete Beispiele? Und: was sollte aus Ihrer Sicht getan werden?

Katrin Doer: Es gibt Fälle, in denen Schüler*innen heimlich über Schamwände hinweg in Toiletten filmen und solche Videos verbreiten. Um dem entgegenzuwirken, haben wir für die Klassenstufen 7 und 8 ein striktes Handyverbot eingeführt: Die Geräte müssen abgegeben werden, nicht nur ausgeschaltet in der Tasche. Ziele sind Schutz, weniger Ablenkung und die Eindämmung von Cybermobbing. Wir werden sehen, wie sich das auswirkt.

Michael Rössel: Die bisherige Regelung zur Eigenverantwortlichkeit war naiv. Ich wäre für eine generelle Lösung: Handys einsammeln. Natürlich sind Handys auch ein Sicherheitsfaktor,

z. B. im ländlichen Raum, wenn Eltern sehen wollen, ob ihr Kind sicher angekommen ist. Aber das spricht nicht gegen ein Abgeben in der Schule.

Katrin Doer: Genau. Wenn das Kind nicht in der Schule ankommt, müssen ohnehin die Eltern von der Schule angerufen werden. Das Handy kann also trotzdem vor Unterrichtsbeginn abgegeben werden.

Welche Folgen hat die intensive Nutzung von Social Media?

Katrin Doer: Es gibt Instagram-Gruppen, in denen sich Jugendliche mit Essstörungen gegenseitig anstacheln: Fotos, auf denen die Rippen, die Becken- und andere Knochen deutlich sichtbar sind, werden geteilt, verbunden mit dem Druck oder sogar der Anleitung, noch dünner zu werden. Das kann so weit gehen, dass jemand nach wochenlangem Hungern zusammenbricht. Eltern wissen oft nicht, was online passiert.

Betrifft das nur Mädchen?

Katrin Doer: Überwiegend Mädchen, aber auch Jungen.
Michael Rössel: Ich sehe beides. Bei Jungen zeigt sich eher ein anderer Trend: Sie geraten in Netzwerke wie die „Alpha-Männer“ oder „Red Pill“-Szene (z. B. Andrew Tate). Dort werden sie in toxische Männlichkeitsideale, auch stark frauenfeindliche, gedrängt: Fitnessstudio, Kampfsport – zunächst harmlos, aber mit dem Ziel, sich zu beweisen. Hinzu kommen misogynie Frauenbilder, bei denen Partnerschaftsgewalt quasi vorprogrammiert ist. Jugendliche können das oft nicht kritisch betrachten, weshalb diese Gruppen wie eine Gehirnwäsche wirken, die unter dem Deckmantel gegenseitiger Unterstützung daherkommt.

Also Pseudo-Social Media im wahrsten Sinne. Und wie sieht es mit struktureller Gewalt aus?

Michael Rössel: Ein Beispiel: Finanzielle Kontrolle. Berufsschüler*innen verdienen Geld, sehen aber nichts davon, weil Eltern das Konto verwalten. Die Jugendlichen müssen um 20 Euro bitten, können nicht am sozialen Leben teilnehmen. Dazu kommt Armut: Kinder aus ärmlichen Verhältnissen haben es generell schwerer. Behörden und Gesellschaft verstärken das oft durch Vorurteile („Jogginghose“ = „Förderschule“ = schlechtere Behandlung).

Wie wirkt sich strukturelle Gewalt auf die Ernährung der Schüler*innen aus?

Michael Rössel: Ein großes Thema. Viele Schüler*innen kommen ohne Essen in die Schule. Wir haben einen Vorratsschrank mit Snacks und bieten Frühstück an – oft aus eigener Tasche. Manchmal muss das Jugendamt eingeschaltet werden, z. B.,



wenn Eltern Geld für Drogen ausgeben und Kinder beim Klauen erwischt werden (z. B. Nudeln, Ketchup). Es gibt Instrumente wie Familienhilfe, die Tagesabläufe und Finanzpläne unterstützt. Geld ist oft da, aber Kompetenzen fehlen.

Unterstützung ist das eine – aber wie kann man Kinder vor Ausgrenzung schützen? Sollte man strukturiert etwas in Schulen vorhalten, z. B. Essen? Oder wäre das übertrieben?

Katrin Doer: Ich fände es sinnvoll, wenn es an allen Schulen – von der Grundschule bis zur Oberstufe – staatlich finanziert ein gemeinsames Frühstück oder Mittagessen gäbe. Natürlich bleibt es ein Angebot, niemand kann gezwungen werden. Allergien und Vorlieben spielen eine Rolle. Bei uns ist Essensmangel weniger das Problem, eher Fehlernährung (Fast Food, Pizza, Brötchen). Aber strukturelle Gewalt zeigt sich auch anders, z. B. in der Hygiene: Es gibt zunehmend Familien, die aus finanziellen Gründen nur einmal pro Woche das Duschen erlauben. Das führt in der Pubertät schnell zu Ausgrenzung.

Was kann und muss man hier tun?

Michael Rössel: Es gibt Programme wie „Bildung und Teilhabe“, aber die Anträge sind extrem kompliziert. Ich habe selbst einige ausgefüllt und gedacht: Schwerer geht’s nicht. Wenn man will, dass Kinder aus armen Familien teilhaben, muss das einfacher und schneller gehen. Stattdessen gibt es ein Gießkannenprinzip: Große mediale Themen werden politisch aufgegriffen, aber Basisbedürfnisse wie ein Mittagessen fallen hinten runter. Dabei ist das essenziell – wir sehen Schüler*innen, die mit dem Kopf auf dem Tisch liegen, nicht aus Faulheit, sondern weil ihnen Energie fehlt. Das Gehirn kann ohne Nährstoffe nicht arbeiten.
Katrin Doer: Das ist ein wichtiger Punkt. Ich merke selbst, dass Probleme bei der Versorgung oft Kinder aus Familien mit eingeschränkten Finanzen betreffen – auch an Gymnasien und Schulen mit Förderkindern. Armut ist auffällig.

Das Gespräch führte:

Dana Zelck
Projektmanagement Gewaltschutz/
Presse-, Öffentlichkeitsarbeit



Physische und
psychische Gesundheit
durch Integration

Gesundheitliche Chancengleichheit für ALLE Kinder!

In Deutschland leben etwa 14,3 Millionen Kinder und Jugendliche. Sie wachsen unter ungleichen sozialen, kulturellen und umweltbedingten Lebensumständen auf. Auch die Chancen auf Gesundheit und gesundheitsfördernde Lebensräume der Kinder sind damit ungleich verteilt. Das muss sich ändern – mit gezielten Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit und Inklusion für ALLE Kinder.

Die Deutsche Kinderhilfe begrüßt daher die Ende Oktober 2025 verabschiedete und ab dem Jahr 2026 beginnende neue „Fünf-Jahres-Strategie“ der Europäischen Region der WHO mit dem Ziel, jedem Kind in Europa und Zentralasien einen gesunden Start ins Leben zu ermöglichen, die Gesundheit und das Wohlbefinden aller Kinder und Jugendlichen zu fördern. Denn diesbezüglich besteht auch in Deutschland dringender Handlungsbedarf. Konkret verfolgt die Strategie folgende Ziele, um gesündere Start- und Lebensbedingungen für ALLE Kinder zu erreichen:

- Stärkung der Gesundheits- und Sozialsysteme, um Kinder und Familien besser zu unterstützen,
- Gewährleistung von zugänglichen und integrativen Leistungen der Mutterschaftsvorsorge,
- Förderung der frühkindlichen Entwicklung und präventiven Gesundheitsversorgung,
- Verbesserung des Kinderschutzes; z. B. vor Gewalt, kommerzieller Ausbeutung, ungesunder Ernährung und den negativen Folgen der Nutzung Sozialer Medien,
- Gesundheitliche Chancengleichheit und Inklusion durch Reduzierung von vermeidbaren Erkrankungen und sozialer Ausgrenzung,
- Verbesserung der psychischen Gesundheit durch Sicherstellung des Zugangs zur (psychotherapeutischen!) Versorgung und Unterstützung,
- Gesundheitsfördernde Schulen, die mit dem Bildungs- und Gesundheitswesen kooperieren und an denen das physische, psychische und soziale Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler gefördert wird,
- Teilhabe und Befähigung durch aktive Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen an sie betreffenden Handlungskonzepten.

Positiv hervorzuheben sind auch die Überwachung und Rechenschaftslegung, die mit der Umsetzung der Strategie einhergehen sollen; das bedeutet, die einzelnen Staaten werden gemeinsam mit der WHO/Europa und Unicef ihre erzielten Fortschritte in den oben genannten Bereichen dokumentieren.

Warum ist die WHO-Strategie auch für Deutschland so wichtig?

Weil hierzulande beispielsweise Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien gegenüber (finanziell) besser gestellten in der Regel auch gesundheitlich benachteiligt sind. Das heißt, sie haben nachgewiesenermaßen ein höheres Risiko chronisch oder psychisch krank zu werden und früher zu sterben, sind häufiger von Bewegungsmangel, schlechter Ernährung,

Entwicklungsverzögerungen und erhöhten Umweltbelastungen betroffen.

Gesundheit darf jedoch keine Frage der sozialen Herkunft und des Geldbeutels sein. Wir brauchen in Deutschland eine lückenlose, chancen- und kindgerechte Gesundheitsversorgung für ALLE Kinder. Es darf nicht sein, dass Kinder aus benachteiligten Familien ärztliche und psychotherapeutische Hilfen sowie kommunale Präventionsangebote und Maßnahmen der Gesundheitsförderung oft zu spät oder gar nicht erhalten. Werden Kinder aus benachteiligten Familien von gesundheitsrelevanten Angeboten ausgeschlossen oder der Zugang erschwert, schwächt das den sozialen Zusammenhalt und die gesellschaftliche Resilienz insgesamt, zudem wirkt sich das negativ auf die Wirtschaft aus. Das Erreichen von gesundheitlicher Chancengleichheit für ALLE Kinder ist daher für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

Maßnahmen für mehr Gesundheitsgerechtigkeit

Der Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen ist nicht nur eine Frage der genetischen Veranlagung, auch ein gesunder Lebensstil kann die Gesundheit erheblich verbessern. Je früher Lebensstil und Lebensumstände gesundheitsförderlich gestaltet werden, umso stärker können Kinder davon profitieren.

Arbeitsbedingte Benachteiligungen reduzieren

Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass sich vor allem Armut in der Kindheit auf die spätere Gesundheit auswirkt, weshalb Maßnahmen zur Beseitigung der Kinderarmut nicht nur geboten, sondern auch im Kontext der Verwirklichung von „Child Health Equity“ (Gesundheitsgerechtigkeit für Kinder) von besonderer Bedeutung sind. Denn, bringen Eltern nur mit Mühe das Geld für notwendige monatlichen Ausgaben wie Miete, Strom, Gas und Lebensmittel auf, so fehlen ihnen die Mittel für z. B. für zuzahlungspflichtige Medikamente oder Heil- und Hilfsmittel wie eine benötigte Zahnspange für das Kind, sodass es eine schlechtere gesundheitliche Versorgung erfährt als Gleichaltrige, die nicht von Armut betroffen sind.

Geografische Versorgungsgerechtigkeit herstellen

Aber auch geografische Aspekte müssen bei der Verbesserung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden. Denn eine flächendeckende, kindgerechte und auskömmliche medizinische Betreuung und Versorgung aller Kinder ist in Deutschland derzeit nicht gegeben. So sind im ländlichen Raum und in sozialen Brennpunktbezirken häufig unterversorgte Gebiete zu finden, in denen es keine ausreichenden Kinderärzte, kinder- und jugendmedizinische Fachabteilungen oder Kinderkrankenhäuser gibt. Hier gilt es den Missstand der mangelnden geografischen Versorgungsgerechtigkeit für Kinder und Jugendliche zu beheben.

Kinder und Jugendliche mit Blick auf ihre Gesundheit aktiv einbeziehen

Obwohl laut UN-Kinderrechtskonvention Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu hören und zu beteiligen sind, findet das in der Realität im Gesundheitssystem viel zu selten Anwendung. Einer aktuellen Forsa-Umfrage aus dem Herbst 2025 zufolge, gaben 30% der Kinder und Jugendlichen an, beim Arztbesuch wenig oder eher wenig mitentscheiden zu können, 55% wünschten sich mehr Mitspracherecht. Eine chancengerechte Gesundheitsversorgung ist ohne echte Beteiligung und Mitsprache durch Kinder und Jugendliche, die Experten ihrer eigenen Lebenswelten sind und ihre eigenen Gesundheitsbedürfnisse am besten kennen, nicht möglich. Dabei gilt es Kinder aller gesellschaftlichen Schichten, insbesondere auch aus armutsbetroffenen Familien bei der Gesundheitsversorgung und gesundheitsbezogenen Präventionsangeboten zu beteiligen.

Gesundheitsförderung in den Lebenswelten Kitas und Schulen implementieren

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung in Kitas und Schulen sind deshalb so wichtig, da dort gleichermaßen ALLE Kinder und Jugendlichen erreicht werden können. Hinzu kommt, dass 84 Prozent der Schulkinder in Deutschland über keine ausreichenden Gesundheitskompetenzen verfügen. Das muss sich ändern! Denn frühzeitig gesundheitsrelevante Verhaltensweisen zu erlernen, sind unverzichtbar, um gesund aufzuwachsen zu können. Kitas und Schulen müssen daher intensiv z. B. über mentale Gesundheit, in diesem Zusammenhang auch über eine gesunde, maßvolle Mediennutzung aufklären und entsprechende Kompetenzen vermitteln. Gleiches gilt für das Thema gesunde Ernährung und das Wissen um die Auswirkungen einer ernährungsphysiologisch ungünstigen Ernährungsweise, die nicht nur mit Übergewicht, sondern in der Folge auch mit einem erhöhten Risiko für Diabetes, Krebs und Herz-Kreislaufkrankungen verbunden ist. Darüber hinaus müssen Kitas und Schulen dafür sorgen, dass die ihnen anvertrauten Kinder sich ausreichend bewegen, um gesund zu bleiben. Das bedeutet, ALLE Kinder sollten vor Ort mindestens eine Stunde am Tag in Bewegung kommen, nicht zuletzt, um den Bewegungsempfehlungen der WHO gerecht zu werden. Die tägliche Bereitstellung einer kostenfreien Mahlzeit in Kitas und Schulen, die den DGE-Qualitätsstandards entsprechen sollte, wäre ein weiterer wichtiger Beitrag zur Verbesserung der gesundheitlichen Chancengleichheit, damit zumindest jedem Kind in Deutschland eine gesunde Mahlzeit am Tag sicher ist.

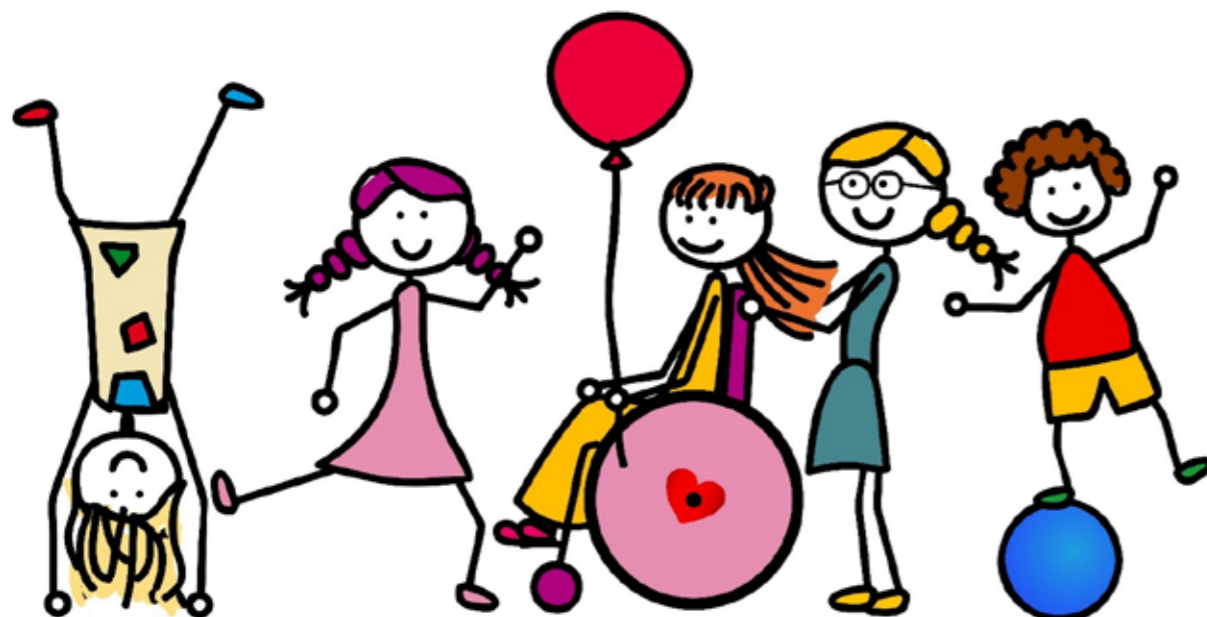
Zielgruppen mit spezifischen Bedarfen, wie Kinder mit Behinderung oder Migrationshintergrund, stärker berücksichtigen

Kinder und Jugendliche mit Behinderung haben erwiesenermaßen deutlich schlechtere Gesundheitschancen als Gleichaltrige ohne Behinderung, da sie häufig mehr gesundheitlichen Risikofaktoren ausgesetzt sind, über geringere Bewältigungsressourcen (Resilienz, externe Hilfen) verfügen und mehr Diskriminierung erfahren, was darüber hinaus ihr ohnehin schon erhöhtes Risiko für eine Beeinträchtigung ihres psychischen Wohlbefindens nochmals verstärkt. Gesundheitsfördernde Settings, die die spezifischen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderung besonders berücksichtigen und Barrierefreiheit garantieren, sind daher unerlässlich, um ihre Chancen auf eine gute Gesundheit zu erhöhen.

Aber auch die Gesundheitschancen von Familien mit Migrationshintergrund müssen verbessert werden. Ergebnisse der KIGGS-Studie zufolge, haben Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland höhere Gesundheitsrisiken für Todesfälle bei der Geburt und im 1. Lebensjahr, häufiger erbliche Stoffwechselerkrankungen, Tuberkulose, Übergewicht und Essstörungen, psychische Auffälligkeiten, ein schlechteres Mundgesundheitsverhalten, weniger Bewegung und sie nehmen seltener Früherkennungsuntersuchungen in Anspruch als jene ohne Migrationshintergrund. Hinzu kommt, dass Familien mit Migrationshintergrund häufiger von Armut betroffen sind und in ungünstigen Wohnsituationen leben, die die Gesundheit beeinträchtigen können. Mangelnde Sprachkenntnisse und Kenntnisse des Gesundheitssystem führen zu vermehrter medizinischer Fehl- und Unterversorgung bei dieser Zielgruppe. Eine erhöhte Bereitstellung mehrsprachiger Informationen zur Gesundheitsversorgung und zu Präventionsangeboten sowie von Dolmetscherdiensten im Rahmen medizinischer Untersuchungen sowie mehr „kultursensible“ Angebote im Gesundheitssystem wären daher wichtige Maßnahmen, die ergriffen werden sollten.

Gesunde Ernährung und gesunde, bewegungsfreundliche Umwelt fördern

Eine ausgewogene Ernährung wirkt sich nachweislich auf die Kindergesundheit aus und ist gerade in der Wachstumsphase von besonderer Bedeutung. Werbung für Lebensmittel, die sich an Kinder richten, sind jedoch meist ungesund, d. h. sie sind fast immer zu süß, zu fett und zu salzig. Die gesetzliche Einführung von Werbebeschränkungen für an Kinder gerichtete Lebensmittel mit hohem Zucker-, Fett- und Salzgehalt wären daher dringend notwendig. Gleiches gilt für steuerliche Maßnahmen, wie die Einführung einer Zuckersteuer nach dem Vorbild Großbritanniens und eine Mehrwertsteuerbefreiung für Gemüse, Obst und Hülsenfrüchte. Beide Maßnahmen würden einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung einer gesunden Ernährungsweise, insbesondere von jungen Menschen, leisten.



Aber auch Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Umwelt dienen dem Gesundheitsschutz ALLER. Im Jahr 2023 beschloss der UN-Kinderrechteausschuss: Kinder haben das Recht, in einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt aufzuwachsen und zu leben. Auch diesbezüglich müssen hierzulande mehr Anstrengungen unternommen werden, beispielsweise durch die Schaffung von mehr verkehrsberuhigten Zonen, kindersicheren Rad- und Gehwegen, Grünflächen sowie bewegungsfreundlichen Parks – besonders in benachteiligten Quartieren, die Reduktion von Treibhausgasen, Hitzeschutz zonen, insbesondere in den Großstädten sowie die Reduktion von krebserregenden Pestiziden. Auch jene Maßnahmen würden die Chancen auf eine gute Gesundheit aller Kinder in unserem Land verbessern und Gesundheitskosten reduzieren.

Fazit

Die Gesundheitschancen der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind in vielerlei Hinsicht ungleich verteilt. Eine Verfestigung dieser Entwicklung ist inakzeptabel, weshalb die Politik hierauf mit gezielten Gesundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen in den Lebenswelten der Kinder reagieren und Versorgungslücken z. B. auch bei kindgerechten Medikamenten und medizinischen Geräten schließen muss. Politikerinnen und Politiker von Bund und Ländern müssen zudem die Interessen der Kinder endlich vorrangig und in allen Politikbereichen berücksichtigen und in den Fokus nehmen – das gilt insbesondere für die Kindergesundheit, gilt sie doch als Schlüssel für ein glückliches Leben. Unverzichtbar dabei ist auch die aktive Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst, nicht nur, um ihre Selbstwirksamkeit zu stärken, sondern auch, um eine erkennbar glaubwürdige und auf die Bedarfe der Kinder zugeschnittene Gesundheitsförderung für ALLE zu ermöglichen.

Die Autorin

Yade Lütz

Projektmanagerin bei der Deutschen Kinderhilfe – Die ständige Kindervertretung e.V.
Diplom-Politologin

Die
Würde des
Kindes
ist
unantastbar



Sport verbindet – wie Bewegung, Sport und Vereinsstrukturen Integration und Inklusion von Kindern fördern



Teilhabechancen von Kindern in Deutschland sind nach wie vor ungleich verteilt. Soziale Herkunft, eine Behinderung oder Flucht- und Migrationserfahrungen beeinflussen, wie gesund Kinder aufwachsen, wie sie sich beteiligen können und ob sie sich als Teil der Gesellschaft erleben. Bewegung, Spiel und Sport bieten hier ein enormes Potenzial: Sie schaffen Begegnungen, fördern körperliche und mentale Gesundheit, sind Bildungs- und Partizipationsorte und ermöglichen so Teilhabe – vorausgesetzt, alle Kinder haben Zugang.

Sport ist für viele Kinder ein selbstverständlicher Teil ihrer Lebenswelt. Gleichzeitig zeigen zahlreiche Studien, dass genau dieser Zugang sozial ungleich verteilt ist. Kinder aus einkommensschwachen Familien, Kinder mit Behinderungen oder Kinder aus Familien mit Migrationserfahrung sind seltener Mitglied in einem Sportverein und bewegen sich insgesamt weniger. Damit gehen nicht nur gesundheitliche Risiken einher, sondern auch verpasste Chancen sozialer Integration. Fehlende Bewegungsgelegenheiten wirken sich dabei nicht nur auf die körperliche Gesundheit aus, sondern auch auf das Selbstwertgefühl und die soziale Entwicklung. Kinder, die seltener an gemeinschaftlichen Aktivitäten teilnehmen, haben weniger Möglichkeiten, soziale Rollen zu erproben, Anerkennung zu erfahren und Zugehörigkeit zu erleben.

Sportvereine als Orte gelebter Integration

Sportvereine sind weit mehr als Orte körperlicher Aktivität. Sie sind soziale Räume, in denen Kinder Gemeinschaft erfahren,

Freundschaften schließen und Anerkennung erleben können. Gemeinsames Training, Wettkämpfe und Vereinsfeste stiften Zugehörigkeit – unabhängig von Sprache, Herkunft oder sozialem Status. Gerade für Kinder, die in anderen gesellschaftlichen Bereichen Ausgrenzung erleben, können Sportvereine ein zentraler Anker sein. Hier zählen gemeinsame Interessen, geteilte Erlebnisse und das Miteinander im Training oft mehr als Unterschiede im sozialen oder kulturellen Hintergrund. Durch wiederkehrende Begegnungen entstehen Verlässlichkeit und Vertrauen, die für gelingende Integrationsprozesse entscheidend sind. Kinder lernen einander im gemeinsamen Handeln kennen, entwickeln Empathie und erfahren, dass Vielfalt zum Alltag gehört. Sportvereine können so einen wichtigen Beitrag leisten, Vorurteile abzubauen und ein respektvolles Miteinander zu fördern – häufig ganz beiläufig und ohne pädagogischen Zeigefinger.

Gleichzeitig sind Sportvereine nicht automatisch offen für alle. Teilnahmebeiträge, Ausrüstungskosten, fehlende Barrierefreiheit oder diskriminierende Erfahrungen stellen reale Zugangshürden dar. Integration und Inklusion müssen daher aktiv gestaltet werden. Eine bewusste und kontinuierliche Öffnung der Vereine ist daher unerlässlich. Dazu gehören eine klare Haltung gegen Ausgrenzung, transparente Kommunikationsstrukturen sowie Kooperationen mit Schulen, Kitas oder Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Solche Kooperationen können helfen, Kinder gezielt anzusprechen, Eltern zu informieren und Übergänge in den Vereinssport zu erleichtern. Qualifizierte

Übungsleitende spielen hierbei eine Schlüsselrolle, da sie durch ihre Haltung und ihr Handeln maßgeblich beeinflussen, ob sich Kinder willkommen und ernst genommen fühlen. Ebenso wichtig sind verlässliche, finanzielle Förderstrukturen, die langfristige Absicherung ehrenamtlichen Engagements und unterstützende kommunale Strukturen.

MOVE FOR ALL – Bewegungsgerechtigkeit als Leitidee

Mit ihrer Kampagne MOVE FOR ALL hat sich die Deutsche Sportjugend (dsj) zum Ziel gesetzt, auf ungleiche Bewegungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen aufmerksam zu machen und entsprechende Veränderungen anzustoßen. Ursprung von MOVE ist die 2021 gestartete Bewegungskampagne der dsj, die Kinder und Jugendliche nach den Einschränkungen der Corona-Pandemie wieder in Bewegung bringen und die Freude an Spiel, Sport und Gemeinschaft im Verein stärken sollte. In den Folgejahren wurde MOVE unter wechselnden Schwerpunkten weiterentwickelt, bevor sie 2025 mit MOVE FOR ALL konsequent auf „Bewegung für alle“ und Teilhabe ausgerichtet wurde.

Neben der Kampagne beinhaltet MOVE auch ein Wissenschaftsmodul, in dem Daten erhoben wurden, um das Sportverhalten junger Menschen zu verstehen und Gelingensbedingungen guter Bewegungsangebote aufzubereiten. Darüber hinaus wurden sogenannte Zukunftslabore gefördert. Dies sind Projekte, die die dsj-Mitgliedsorganisationen verteilt in ganz Deutschland durchführten, um Bewegung und Teilhabe für ALLE zu ermöglichen. Sie erprobten neue Ansätze, stärken lokale Netzwerke und zeigen, wie Bewegungsgerechtigkeit konkret umgesetzt werden kann.

Erkenntnisse aus den MOVE-Studien

Die MOVE-Studien der dsj belegen eindrücklich, wie stark Bewegungschancen von sozialen Faktoren abhängen. Kinder aus Familien mit niedrigerem Einkommen oder Bildungsniveau sind deutlich seltener sportlich aktiv und seltener Mitglied in einem Verein. Gleichzeitig zeigen die Studien, dass Vereinsmitgliedschaft mit besserer körperlicher und psychischer Gesundheit, höherem Wohlbefinden und stärkeren sozialen Kompetenzen einhergeht.

Besonders deutlich wurden diese Zusammenhänge während der Corona-Pandemie. Wegfallende Sportangebote trafen benachteiligte Kinder überproportional stark und verschärften bestehende Ungleichheiten. Die MOVE-Studien unterstreichen damit die Notwendigkeit, Bewegung und Sport auch in Krisenzeiten als schützenswerten Bestandteil kindlicher Entwicklung zu begreifen.

Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe durch Sport

Regelmäßige Bewegung stärkt nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern auch Selbstvertrauen, Teamfähigkeit und Resilienz. Im Sport lernen Kinder Regeln auszuhandeln, Verantwortung zu übernehmen und Konflikte fair zu lösen. Sportvereine sind damit auch Orte informeller Bildung und des Demokratieerlernens. Kinder erfahren, dass Mitmachen, Mitgestalten und gegenseitige Rücksichtnahme zentral für ein gutes Miteinander sind.

Langfristig kann Vereinszugehörigkeit positive Effekte auf Bildungs- und Lebensverläufe haben. Kinder, die sich als wirksam und anerkannt erleben, beteiligen sich eher in der Gemeinschaft und politisch. Sport leistet so einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Stärkung einer demokratischen Kultur.



Inklusion im Sport: Forderungen der Deutschen Behindertensportjugend

Inklusion im Sport ist kein freiwilliges Zusatzangebot, sondern ein Menschenrecht, verankert in der UN-Behindertenrechtskonvention. Die Deutsche Behindertensportjugend (DBSJ) fordert daher konsequent den Abbau struktureller Barrieren. Dazu gehören barrierefreie Sportstätten, eine bessere Qualifizierung von Übungsleitenden im inklusiven Sport sowie eine verlässliche Finanzierung entsprechender Angebote. Ebenso wichtig sind flexible Angebotsformate, die unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigen.

Zentral ist zudem die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen an Entscheidungsprozessen. Ihre Perspektiven müssen gehört werden, wenn Sportangebote geplant und umgesetzt werden. Inklusion bedeutet, Strukturen so zu gestalten, dass Vielfalt selbstverständlich wird – nicht, Kinder an bestehende Systeme anzupassen.

Ausblick: Verantwortung gemeinsam übernehmen

Damit Sport sein integratives und inklusives Potenzial entfalten kann, braucht es ein Zusammenspiel von Sport, Politik, Kinder- und Jugendhilfe, Kommunen, Schulen und Kindertagesstätten. Starke Netzwerke zwischen allen, die mit Kindern arbeiten, sowie ein gemeinsames Verständnis darüber, dass Bewegung zentraler Zugang zu Bildung und Teilhabe ist, sind entscheidend. Programme wie MOVE FOR ALL setzen wichtige Impulse, denen nachhaltige strukturelle Veränderungen folgen müssen. Eine kinder- und teilhabegerechte Sportlandschaft ist eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Wenn alle Kinder – unabhängig von ihren Voraussetzungen – Zugang zu Bewegung und Sport im Verein haben, profitieren nicht nur sie selbst, sondern wir alle.

Quellen und weiterführende Informationen:

- Robert Koch Institut (RKI): Motorik-Modul-Studie (MoMo) – Zur körperlichen Aktivität und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. KiGGS-Studienverbund, aktuelle Veröffentlichungen. Online verfügbar unter: www.rki.de
- Deutsche Sportjugend (dsj): MOVE for Health – Wissenschaftliche Broschüren zu Bewegung, Gesundheit und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Ergebnisse und aktuelle Auswertungen (2023 und 2024). Online verfügbar unter: www.dsj.de/move



Die Autor*innen

Claudia Schmidt
Janosch Achilles

Kampagnenmanager der
MOVE FOR ALL-Kampagne

Wenn Vertrauen wieder wächst

Wie soziale Integration das Leben von Kindern und Jugendlichen verwandelt – Erfahrungen aus mehr als 30 Jahren Individualpädagogik

Soziale Integration ist für viele Menschen nur ein pädagogisches Konzept. Doch für unser Team ist es der Schlüssel zu einem Leben, was Potenzial zum Gelingen besitzt. Das haben wir von der LIFE Jugendhilfe in den vergangenen 30 Jahren immer wieder erleben dürfen. Seit 1993 haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, junge Menschen, die aus verschiedensten Gründen aus dem gesellschaftlichen Gefüge herausgefallen sind, zurück in ein selbstbestimmtes Leben zu begleiten.

Integration ist ein mehrdimensionaler Prozess

Integration bedeutet aus unserer Sicht weit mehr als nur die Eingliederung in bestehende Strukturen, denn es sind eine Vielzahl an Prozessen in verschiedenen Lebensbereichen inkludiert. Allen voran steht die emotionale Integration, bei der das Ziel ist, die Bindungsfähigkeit und das Vertrauen wiederherzustellen. Aber auch die soziale Integration ist natürlich ein wichtiger Bestandteil, um tragfähige zwischenmenschliche Beziehungen aufbauen zu können. Als weiterer Faktor spielt die kulturelle Integration eine bedeutende Rolle. Werte und Normen des Zusammenlebens sind schließlich wichtige Bausteine in unserer Gesellschaft.

Unsere individualpädagogische Arbeit zeigt uns täglich, wie diese verschiedenen Bereiche ineinandergreifen. Junge Menschen, die gelernt haben, ihrem Betreuenden zu vertrauen, können diese Erfahrung auch auf andere Beziehungen übertragen. Wenn junge Menschen kleine Aufgaben erfolgreich bewältigen, stärkt das auch ihr Selbstbewusstsein für größere.

Der individuelle Weg zurück

Dass die individuelle Betreuung erfolgreich ist, zeigt unsere Erfolgsquote von 75%. Dabei sehen wir vor allem das Herzstück unserer Arbeit, die 1:1-Betreuung in Standprojekten als wichtig an. In diesen Projekten leben junge Menschen mit ihren Betreuern*innen zusammen. Sie lernen so, Schritt für Schritt wieder Vertrauen zu fassen und dass nicht nur zu anderen Menschen, sondern auch zu sich selbst.

Die Gründe, warum junge Menschen zu uns kommen, sind vielfältig. Ob Vernachlässigung, Missbrauch, Gewalt oder schwere Verhaltensstörungen – tiefe Wunden sind immer zu finden. Neben zumeist mehreren Heimaufenthalten, Wohngruppen, Pflegefamilien ohne Verhaltensveränderungen prägt diese jungen Menschen auch das Gefühl, von der Gesellschaft aufgegeben worden zu sein. Dort setzt unser individualpädagogischer Ansatz an.

Inklusion statt Exklusion

Inklusion ist ein Begriff, der in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Während Integration bedeutet, dass sich der Einzelne an bestehende Systeme anpassen muss, geht die Inklusion noch einen Schritt weiter. Es geht darum, auch in der Gesellschaft Änderungen zu bewirken, um allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Doch was bedeutet das konkret?

Junge Menschen werden nicht in ein Standardschema gepresst, sondern es werden für jeden individuell passende Lösungen entwickelt. Während einige junge Menschen von einer intensiven therapeutischen Begleitung profitieren, sind für andere praktische Tätigkeiten hilfreich. So bieten Sport, Musik oder Kunst oft einen Zugang zur Gemeinschaft. Auch die handwerkliche Arbeit oder der Umgang mit Tieren kann Türen öffnen.

Tiergestützte Ansätze als Heilungsweg

Tiere besitzen eine einzigartige Fähigkeit, zu traumatisierten jungen Menschen eine Verbindung aufzubauen, die durch herkömmliche Therapieformen oft schwer erreichbar ist. In unserer langjährigen Arbeit haben wir beobachtet, dass die bedingungslose Akzeptanz von Tieren einen geschützten Raum schafft, in dem junge Menschen wieder lernen können, Vertrauen zu entwickeln. Anders als Menschen bewerten Tiere weder die Vergangenheit noch äußere Umstände. Sie reagieren authentisch auf die gegenwärtige emotionale Verfassung des menschlichen Gegenübers und spiegeln diese unmittelbar wider. Diese direkte, unvoreingenommene Rückmeldung hilft jungen Menschen dabei, ihre eigenen Gefühle zu verstehen und neue Vertrauensstrukturen aufzubauen.

Verantwortung als Schlüssel zur Heilung

Besonders wertvoll ist die Übernahme von Verantwortung für die Tierpflege. Wenn junge Menschen lernen, sich um ein Lebewesen zu kümmern, erleben sie Selbstwirksamkeit und verstehen, dass andere auf ihre Fürsorge angewiesen sind. Diese Erfahrung stärkt das Selbstwertgefühl erheblich. Ob bei der Versorgung von Pferden, der Pflege von Kleintieren oder anderen tiergestützten Aktivitäten, junge Menschen entwickeln durch diese Arbeit nicht nur praktische Fähigkeiten, sondern vor allem emotionale Kompetenzen. Sie lernen Geduld, Empathie und die Fähigkeit, nonverbale Signale zu deuten und angemessen darauf zu reagieren.

Bildung als Grundstein der Integration

Parallel zur therapeutischen Arbeit ist auch die schulische Förderung elementar. Bildung ist ein Schlüssel in unserer Gesellschaft und es gibt viele junge Menschen, die erhebliche Bildungsrückstände aufweisen. Durch ein individuell angepasstes Lernprogramm und flexible Zeiteinteilung ist es möglich, dass Jugendliche positive Lernerfahrungen machen können. Damit steigt auch das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und die Schule wird nicht mehr als Ort der Ausgrenzung und des Versagens wahrgenommen.

Welche Rolle spielt die Gesellschaft?

Auch wenn pädagogische Einrichtungen einen Weg zur sozialen Integration ebnen können, letztendlich liegt es an der Gesellschaft, aufnahmebereit zu sein. Ob der Arbeitgeber, der einem jungen Menschen eine Chance gibt oder aber ein Nachbar, der Verständnis aufbringt, sie alle schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen. Stigmatisierung und Vorurteile stellen oft Hindernisse dar, die es sowohl für die Jugendlichen als auch ihre Umgebung zu überwinden gilt. Nur so lässt sich neues Vertrauen fassen und schaffen.

Partizipation und Selbstbestimmung

Ein wesentlicher Aspekt inklusiver Arbeit ist die Partizipation der Betroffenen. Junge Menschen sollen nicht passive Empfänger von Hilfe sein, sondern aktiv an der Gestaltung ihres Lebens mitwirken. Das bedeutet, dass wir sie von Anfang an in alle Entscheidungen einbeziehen, die sie betreffen. Wo möchten sie leben? Welche Ziele sind ihnen wichtig? Welche Form der Unterstützung benötigen sie? Diese Beteiligung stärkt nicht nur das Selbstbewusstsein, sondern erhöht auch die Motivation, an Veränderungen zu arbeiten. Unsere Erfahrung zeigt: Wer mitentscheiden kann, übernimmt eher Verantwortung für die Konsequenzen seiner Entscheidungen.

Was wir gelernt haben

Drei Erkenntnisse ziehen sich wie ein roter Faden durch unsere langjährige Arbeit: Erstens: jeder Mensch hat das Potenzial zur Veränderung, auch wenn es manchmal sehr tief vergraben ist. Zweitens: echte Beziehungen sind die Grundlage aller Entwicklung. Und drittens: Integration gelingt nur, wenn wir die individuellen Stärken und Ressourcen eines jungen Menschen erkennen und fördern. Darüber hinaus haben wir gelernt, dass Diversität eine Bereicherung ist. Jeder junge Mensch bringt andere Erfahrungen, Fähigkeiten und Perspektiven mit. Diese Vielfalt zu schätzen und zu nutzen, ist für uns ein Grundprinzip inklusiver Arbeit.

Letztendlich ist soziale Integration kein Luxus, sondern ein Grundrecht für Heranwachsende. In einer Zeit multipler Krisen müssen wir besonders darauf achten, dass junge Menschen keinesfalls zurückgelassen werden. Individuelle Förderung zahlt sich schließlich nicht nur für den einzelnen Menschen aus, sondern hat einen Effekt auf die Gesellschaft.

Gemeinsam in die Zukunft

Die Arbeit mit traumatisierten und sozial ausgegrenzten jungen Menschen wird auch in Zukunft notwendig sein. Unsere Gesellschaft bringt immer wieder junge Menschen mit sich, die Unterstützung benötigen. Umso wichtiger ist es, dass wir aus unseren Erfahrungen lernen und unsere Methoden kontinuierlich weiterentwickeln. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass jeder von uns einen Beitrag zur sozialen Integration leisten kann. Ob als Arbeitgeber, Nachbar oder einfach als Mensch, der anderen mit Respekt und Offenheit begegnet: Wir alle können dazu beitragen, dass Integration und Inklusion gelingen. Wenn wir bereit sind, Zeit, Geduld und Vertrauen zu investieren, können wir auch den am schwersten traumatisierten Jugendlichen helfen, ihren Weg zurück ins Leben zu finden.

Die Autor*innen

Das Team der LIFE-Jugendhilfe

Die LIFE Jugendhilfe GmbH mit Sitz in Bochum arbeitet seit 1993 mit traumatisierten Kindern und Jugendlichen. Weitere Informationen unter: www.life-jugendhilfe.de

Digitales und Integration



Ausgrenzung von Kindern in der digitalen Welt: Cybermobbing und was dagegen hilft



Ausgrenzung im digitalen Raum: Cybermobbing ist im Alltag von Kindern kein Randphänomen mehr.

Cybermobbing ist längst keine Randerscheinung mehr, sondern ein Problem, das immer mehr Kinder und Jugendliche betrifft. Sie erleben den digitalen Raum als Ort der Ausgrenzung, von Beleidigungen oder gezielten Bloßstellungen. Die Angriffe kommen aus vielen Richtungen – über soziale Netzwerke, Messenger-Dienste oder Online-Spiele. Oft geschieht dies anonym, rund um die Uhr und mit einer Reichweite, die weit über den Schulhof hinausgeht. Hinzu kommt, dass das Netz nichts vergisst. Die psychischen Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind vielschichtig und schwerwiegend: Es kommt zu Angst, Rückzug, Schlafstörungen und im schlimmsten Fall zu Suizidgedanken. Die Deutsche Kinderhilfe warnt deshalb seit Jahren vor den unterschätzten Gefahren digitaler Gewalt und fordert eine konsequente Reaktion von Politik und Gesellschaft.

Wenn das Netz zum Tatort wird

Vom klassischen Mobbing unterscheidet sich Cybermobbing vor allem durch seine ständige Verfügbarkeit. Die Täter agieren oft im Schutz der Anonymität des Netzes, während die Opfer kaum Rückzugsräume haben. Sogar das eigene Zuhause bietet den Kindern und Jugendlichen keine Sicherheit mehr, wenn beleidigende Nachrichten oder manipulierte Bilder jederzeit auf dem Smartphone auftauchen können. Hinzu kommt, dass die Dynamik solcher Cyberangriffe meist unkontrollierbar ist. Deren Inhalte verbreiten sich in hoher Geschwindigkeit, sie werden kommentiert, geteilt und archiviert. Für Kinder und Jugendliche bedeutet das eine ständige Bedrohung, die ihrer Entwicklung und ihrem Selbstwertgefühl massiv schaden kann.

Cybermobbing und Integrationsprobleme – Zahlen

Wie stark das Problem Cybermobbing in Deutschland ist, zeigt ein Blick auf die Zahlen. Danach waren laut der Cyberlife-Studie 2024 rund zwei Millionen Kinder und Jugendliche betroffen. 18% der Kinder und Jugendlichen gaben an, bereits Opfer von Cybermobbing geworden zu sein. Besonders gefährdet ist die Altersgruppe der 12–15 Jahre alten Kinder und Jugendlichen, in der die Betroffenheit bei über 40% liegt. Alarmierend ist aus Sicht

der Deutschen Kinderhilfe, dass ein Viertel der Betroffenen Suizidgedanken entwickelt.

Zusammenhang mit Migration und Integration

Mehrere Studien sagen aus, dass ein Migrationshintergrund das Risiko für Mobbing und Cybermobbing erhöhen kann, insbesondere in multikulturellen Schulen. Die Ursachen sind demnach oft Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede und fehlende soziale Einbindung, denn diese Faktoren begünstigen die Ausgrenzung. Internationale Daten, etwa der OECD und der WHO bestätigen, dass etwa 15% der Jugendlichen in Europa von Cybermobbing betroffen sind, unabhängig von ihrer Herkunft. Allerdings erhöhen Integrationsprobleme die Verletzlichkeit, da Betroffene oft weniger soziale Netzwerke haben. Die Folgen sind schlimm: Jugendliche mit Migrationshintergrund berichten häufiger von Isolation, Angstzuständen und schlechteren schulischen Leistungen.

Die Rolle der Eltern und Schulen

Eltern und Schulen spielen eine zentrale Rolle in der Prävention und Intervention von Cybermobbing. Die Deutsche Kinderhilfe ist der Auffassung, dass Kinder frühzeitig über die Risiken digitaler Kommunikation aufgeklärt werden müssen – nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern durch offen geführte Gespräche, klare Regeln und echte Begleitung.

Eltern müssen sich zwingend für das digitale Leben ihrer Kinder interessieren, Plattformen mit den Kindern gemeinsam erkunden und bei Problemen ansprechbar bleiben und dies auch den Kindern gegenüber zum Ausdruck bringen. Die Schulen wiederum sind gefordert, Cybermobbing nicht als privates Problem abzutun, sondern aktiv in ihre Präventionsarbeit einzubeziehen. Dies kann helfen, ein respektvolles Miteinander auch online zu fördern.

Konkrete Handlungsempfehlungen für Schulen und Eltern

Um Cybermobbing wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern, sind abgestimmte, zielgerichtete Maßnahmen von Schulen und Eltern entscheidend.



Gut begleitet die digitale Welt erfahren: Eltern müssen sich für das digitale Leben ihrer Kinder interessieren.

Die Schulen sollten Präventionsprogramme einführen, die beispielsweise regelmäßige Workshops zur Medienkompetenz und zum respektvollen Umgang im Netz beinhalten. Genauso wichtig ist die interkulturelle Sensibilisierung in allen Schulklassen, um so Vorurteile abzubauen und ein inklusives Miteinander zu bewirken. Es gilt auch, klare Regeln und Meldewege zu etablieren. Dies beinhaltet verbindliche Anti-Mobbing-Richtlinien, die auch digitale Plattformen einschließen, sowie anonyme Meldemöglichkeiten für betroffene Kinder. Ein weiterer entscheidender Meilenstein ist die Förderung von Integration im Schulalltag. Gezielte Sprachförderung und Patenschaften für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund können helfen, soziale Hindernisse zu überwinden. Schließlich sollten Lehrkräfte fortgebildet werden, um Cybermobbing und interkulturelle Konflikte frühzeitig zu erkennen und angemessen darauf reagieren zu können. Diese Handlungskompetenzen sind für die notwendige schnelle Intervention unerlässlich.

Eltern sollten auf offene, vertrauensvolle Kommunikation setzen, etwa indem sie ihre Kinder regelmäßig nach ihren Online-Erfahrungen fragen und so eine Atmosphäre schaffen, in der auftretende Probleme früh angesprochen werden. Ebenso wichtig ist es, die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen zu stärken. Dazu gehören gemeinsame Regeln für die Nutzung sozialer Medien genauso wie die Aufklärung über Risiken und Schutzmöglichkeiten – konkret Privatsphäre-Einstellungen. Treten Anzeichen von Cybermobbing auf gilt: Frühzeitig Hilfe suchen. Das heißt, sofort die Schule, Schulsozialarbeit und gegebenenfalls spezielle Beratungsstellen einzubeziehen sowie, wenn notwendig, den Kindern psychologische Unterstützung anzubieten.

Was Kinder und Jugendliche tun können

Für Betroffene ist es wichtig zu wissen: Sie sind nicht allein und sie tragen keine Schuld. Denn Cybermobbing ist kein Zeichen von Schwäche, sondern ein Angriff auf die Würde der betroffenen Person. Kinder und Jugendliche sollten dafür sensibilisiert werden, Beweise zu sichern, Täter zu blockieren und sich sofort Hilfe zu holen – bei Eltern, Lehrkräften oder Beratungsstellen. Die Deutsche Kinderhilfe verweist hier auf Initiativen wie „Nummer gegen Kummer“ oder Online-Plattformen wie „Juuuport“,



Im Fall von Cybermobbing: Betroffene Kinder sollten schnell Hilfe erhalten.

die niedrigschwellige Hilfe und Beratung bieten. Auch die Polizei muss eingeschaltet werden, wenn Straftatbestände wie Bedrohung, Nötigung oder die Veröffentlichung privater Bilder gegeben sind.

Prävention beginnt mit Aufklärung

Ein besonderer Fokus der Deutschen Kinderhilfe liegt auf der Aufklärung über digitale Grenzverletzungen, die oft aus Unwissenheit entstehen. Gerade im Bereich sogenannter „Kinderpornografie“ kommt es immer wieder zu Fällen, in denen Jugendliche sich gegenseitig intime Bilder zuschicken – oft ohne böse Absicht, aber mit schwerwiegenden rechtlichen Folgen. Wir fordern deshalb eine differenzierte Gesetzgebung, die zwischen absichtlichem Missbrauch und jugendlicher Unbedarftheit unterscheidet. Gleichzeitig braucht es viel mehr Aufklärung darüber, was erlaubt ist und was nicht – und warum das Internet kein geschützter Raum ist, sondern ein öffentlicher Ort mit Spuren, die bleiben.

Gesellschaftliche Verantwortung und politische Forderungen

Cybermobbing ist somit kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem. Die Deutsche Kinderhilfe fordert daher eine stärkere politische Verankerung des Themas – etwa durch verbindliche Präventionskonzepte an Schulen, klare gesetzliche Regelungen zum Schutz der Opfer und eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz im Bereich Cybercrime. Auch die geplanten EU-Maßnahmen zur Bekämpfung von Missbrauchsdarstellungen im Netz – etwa durch Chatkontrollen – müssen aus unserer Sicht umgesetzt werden. Kinderschutz darf nicht an Datenschutz scheitern.

Fazit: Gemeinsam gegen digitale Ausgrenzung

Cybermobbing ist eine Form der Gewalt, die wir als Gesellschaft nicht hinnehmen dürfen. Kinder und Jugendliche brauchen Schutz, Orientierung und qualifizierte Unterstützung – nicht nur im Akutfall, sondern auch vorbeugend und langfristig. Die Deutsche Kinderhilfe setzt sich daher dafür ein, dass digitale Räume sicherer werden und dass jedes Kind weiß: Du bist nicht allein. Und du hast ein Recht auf Respekt – online wie offline. Deshalb widmen wir, die Deutsche Kinderhilfe, uns ab sofort verstärkt dem Schutz unserer Kinder vor Cybermobbing. Mit Unterstützung von Expert*innen planen wir unter anderem entsprechende Präventionsangebote, die sich an Eltern, Lehrkräfte und natürlich die Kinder richten, zu entwickeln.



Der Autor

Henry Scholz

Ehrenamtlicher Consultant Cyberkriminalität/
Schutz von Kindern im digitalen Raum

Interview mit Simon Diekmannshenke, Personalchef von Complori – einer Programmierplattform für Kinder

Deutsche Kinderhilfe: Wie kam es zur Gründung von Complori?

Simon Diekmannshenke: Complori entstand aus der Überzeugung, dass jedes Kind Zugang zu hochwertiger digitaler Bildung haben sollte – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder individuellen Voraussetzungen. Wir haben gesehen, dass Schulen zwar große Schritte in Richtung Digitalisierung machen möchten, aber oft nicht die Ressourcen, die Zeit oder das Know-how haben, um Kinder wirklich für die digitale Welt zu befähigen. Gleichzeitig erleben wir, wie wichtig digitale Kompetenzen sind, um soziale Teilhabe, Bildungsgerechtigkeit und berufliche Chancen zu ermöglichen. Deshalb wollten wir eine Lösung schaffen, die früh ansetzt, praxisnah vermittelt und alle Kinder erreicht: niedrigschwellig, motivierend und inklusiv.

Was zeichnet die Kurse für Kinder von Complori besonders aus?

Unsere Kurse verbinden digitale Bildung mit einer Lernwelt, die Kinder bereits begeistert. Besonders erfolgreich ist unser Ansatz, komplexe Inhalte über Minecraft zu vermitteln. Kinder bauen nicht nur digitale Welten, sondern lernen dabei logisches Denken, Programmieren und mathematische Konzepte. Das Spiel wird so zu einem Lernraum, in dem Kreativität und Verständnis wachsen.

Als sinnvolle Bildschirmzeit statt reiner Unterhaltung zeichnen sich unsere Kurse aus durch:

- Learning by doing: Kinder gestalten und programmieren selbst, wodurch echtes Verständnis entsteht.
- Spielerisches Lernen: Durch die spielerischen Elemente in unseren Kursen wird echtes Interesse bei den Kindern geweckt und Programmieren nachhaltig als digitales Hobby etabliert.
- Lernen in Kleingruppen: Durch das Lernen in kleinen Gruppen können unsere qualifizierten Coaches auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder eingehen. Die Kinder erlernen aber gleichzeitig wichtige Soft-Skills.

Unser Ziel ist es, digitale Bildung so zu gestalten, dass Kinder sie mit Freude, Selbstständigkeit und Kreativität erleben – und dass sie am Ende nicht nur Technik anwenden, sondern sie wirklich verstehen.

Gab es unter den von der Deutschen Kinderhilfe geförderten Kindern eines oder mehrere, die besonders talentiert waren?

Wir freuen uns besonders, dass viele geförderte Kinder sehr langfristig an unseren Kursen teilnehmen. Das verdeutlicht, dass langfristig echtes Interesse geweckt und gefördert wurde bei den Kindern. Dies wäre ohne die Unterstützung der Deutschen Kinderhilfe nicht möglich, und hat mit Sicherheit einen großen Einfluss auf die geförderten Kinder. Durch die Förderung konnten Kinder Kompetenzen entdecken, die sonst möglicherweise verborgen geblieben wären.

Verfolgen Sie einen inklusiven Ansatz, sodass z. B. auch Kinder mit Behinderungen an den Kursen teilnehmen können?

Ja, unsere Kurse sind inklusiv gestaltet. Dazu gehört, dass unser Online-Angebot viel leichter zugänglich ist als ähnliche Angebote in Präsenz. Außerdem gehen unsere Coaches individuell auf die Bedürfnisse eines jeden Kindes ein, und es gibt kein vorgegebenes Lerntempo. Uns ist auch sehr wichtig, gut für die Familien erreichbar zu sein, sodass wir Feedback jeglicher Art aufnehmen, und die Familien unterstützen können. In Zusammenarbeit mit Pädagog*innen und Familien entwickeln wir unsere Inhalte kontinuierlich weiter, damit auch Kinder mit Lernschwierigkeiten, Konzentrationsproblemen oder körperlichen Einschränkungen gut teilnehmen können. Unser Ziel ist: digitale Bildung für alle – ohne Ausnahmen.

Wie stellen Sie die Qualität der Vermittlung sicher, insbesondere im Umgang mit Kindern, die möglicherweise weniger Unterstützung von zu Hause erhalten?

Gerade Kinder, die zu Hause weniger Unterstützung bekommen, brauchen besonders klare Strukturen und eine Lernumgebung, die fordert, aber gleichzeitig Spaß macht und nicht überfordert. Daher setzen wir auf didaktisch geprüfte Lernpfade, die Schritt für Schritt aufeinander aufbauen, und auch immer die Möglichkeit bieten, bereits Gelerntes zu wiederholen und zu festigen. Es ist auch schon vorgekommen, dass wir aktiv auf Eltern zugegangen sind, wenn wir bemerkt haben, dass die Kinder zwar hochmotiviert waren, aber zuhause keine Umgebung vorgefunden haben in dem Lernen möglich ist, weil sie beispielsweise in einem lauten, chaotischen Raum mit vielen anderen Personen lernen mussten.

Wie stellen Sie sicher, dass die erworbenen Kompetenzen langfristig genutzt werden können und nicht nur kurzfristige Effekte erzielen?

Nachhaltigkeit entsteht, wenn Kinder nicht nur etwas „lernen“, sondern es anwenden, selbst gestalten und weiterentwickeln. Deshalb fördern wir projektorientiertes Lernen und befähigen Kinder auch über unsere Kurse hinaus, eigene Spiele und Programme zu entwickeln, welche die Kinder dann auch immer wieder mit zurück in die Kurse bringen. Ein besonders beeindruckendes Beispiel war, dass ein Kind für ein Schulprojekt mit seinem Wissen aus unseren Kursen ein Programm geschrieben hat, welches die sieben Weltwunder der Antike automatisiert in Minecraft baut. Dies zeigt, dass unsere Kurse bei den teilnehmenden Kindern langfristiges Interesse wecken.

Interview

Yade Lütz, Dr. Luisa Becker-Ritterspach

Deutsche Kinderhilfe mit

Simon Diekmannshenke

Personalchef Complori

Interview mit dem Vorsitzenden der Kinderkommission Michael Hose, MdB, zu Chancen und Risiken der digitalen Mediennutzung durch Kinder und Jugendliche

Deutsche Kinderhilfe: Herr Hose, Sie haben als Vorsitzender der Kinderkommission im Bundestag den digitalen Raum für Kinder als einen Schwerpunkt für die Kinderkommission benannt. Was kann der Staat konkret tun, um Kinder besser im digitalen Raum zu schützen?

Michael Hose: Zunächst müssen wir die Rechte von Kindern im digitalen Raum klar definieren und ernst nehmen. Kinder sind keine Klicks und dürfen nicht zu digitalen Produkten werden. Der Staat sollte verbindliche Regeln schaffen – etwa beim Umgang mit Kinderfotos, beim Tracking von Daten Minderjähriger oder bei der Ausspielung algorithmischer Inhalte. Zugleich müssen wir die Medienkompetenz bei Eltern und Kindern stärken. Auch die Anbieter*innen sozialer Netzwerke tragen hier eine Verantwortung, die derzeit nicht ausreichend wahrgenommen wird. Der Staat muss regulierend eingreifen und diejenigen schützen, die sich noch nicht selbst schützen können.

Was sind für Sie die größten Gefahren, denen Kinder im Internet ausgesetzt sind?

Die größte Gefahr sehe ich in der dauerhaften digitalen Sichtbarkeit von Kindern, die oft schon vor Schulbeginn entsteht – ohne jede Möglichkeit für Kinder, diese Entscheidung selbst zu treffen. Hinzu kommen Cybermobbing, Kontaktabbrüche durch Fremde, der Missbrauch persönlicher Daten sowie der algorithmische Sog in extreme Inhalte – von sexualisierten Darstellungen bis hin zu radikalen politischen Strömungen. Kinder können diese Mechanismen nicht überblicken. Deshalb sind Erwachsene – Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen, Gesellschaft – gefordert, Verantwortung zu übernehmen.

Sollte es aus Ihrer Sicht eine Altersgrenze bei der Nutzung von Handys geben?

Handys haben in der Grundschule nichts zu suchen. Gleichzeitig wissen wir: Kinder sind individuell sehr unterschiedlich. Es gibt Kinder, die schon früh verantwortungsbewusst mit digitalen Geräten umgehen können, und andere, die damit auch später noch Schwierigkeiten haben. Daher plädiere ich für eine stufenweise Heranführung: Ein erstes Telefon könnte zunächst ohne Internetzugang sein, danach können schrittweise Funktionen freigeschaltet werden – begleitet durch Eltern und Schule. Digitale Geräte gehören zum Alltag und sollten richtig und verantwortungsvoll genutzt werden.

Wie stehen Sie zu einer Altersbeschränkung beim Zugang zu sozialen Medien für Kinder und Jugendliche?

Ich halte eine klare und strengere Altersbeschränkung für sinnvoll. Auch wenn viele Plattformen offiziell erst ab 13 Jahren erlaubt sind, hat fast die Hälfte der jüngeren Kinder bereits Accounts. Plattformbetreiber müssen verpflichtet werden, Altersangaben wirklich zu überprüfen. Wir brauchen

Systeme, die verhindern, dass Kinder zu früh in Werbe- und Reichweitenmechanismen geraten. Ich setze mich für eine Balance aus Schutz, Bildung und altersgerechter digitaler Teilhabe ein.

Als früherer Schulleiter ist das Thema Handy-Verbot sicher nicht neu für Sie. Wie haben Sie das an Ihrer früheren Schule gehandhabt?

Wir haben das Thema gemeinsam mit Pädagog*innen, Eltern und Schülerschaft besprochen. Regeln funktionieren besser, wenn sie gemeinsam entwickelt werden. Im Grundschulbereich waren Handys – falls vorhanden – ausgeschaltet im Ranzen. In der weiterführenden Schule wurden die Handys zu Unterrichtsbeginn in Aufbewahrungstaschen an der Wand abgelegt. In den Pausen durften sie genutzt werden. Das war ein Kompromiss, aber ein funktionierender.

Neben Verboten und möglichen Altersbeschränkungen müssen Kinder auch an die digitale Welt herangeführt werden. Insbesondere die rasante Entwicklung von KI wird für junge Menschen zu einer neuen Normalität. Wie sollten und wie müssen wir Kinder und Jugendliche da heranzuführen, vorbereiten und ihnen bestenfalls Mitgestaltung ermöglichen?

Kinder sollen nicht nur Nutzende, sondern auch Gestaltende digitaler Technologien werden. Dazu brauchen wir eine frühe, gut strukturierte und anwendungsorientierte Medienbildung, digitale Kompetenzen im Unterricht und ein Bewusstsein dafür, wie KI, Datenströme und Algorithmen funktionieren. Kinder sollen verstehen: Ich bin nicht nur Objekt eines Algorithmus – ich kann Einfluss nehmen. Schule und Elternhaus müssen hierbei eng zusammenarbeiten. Medienbildung ist heute Teil moderner Allgemeinbildung.

Was können wir als Gesellschaft besser machen, um Kindern einen ausgewogenen Umgang mit dem digitalen Raum zu vermitteln?

Erwachsene müssen glaubwürdige Vorbilder sein. Wenn wir selbst pausenlos auf Bildschirme schauen, senden wir ein Signal. Wir brauchen bildschirmfreie Zeiten, Räume echter menschlicher Begegnung und zugleich Offenheit für die Chancen der Digitalisierung. Kinder brauchen Orientierung und Begleitung – nicht durch erhobenen Zeigefinger, sondern durch Vertrauen, klare Grenzen und verlässliche Schutzmechanismen.

Interview

Deutsche Kinderhilfe mit

Michael Hose

MdB, und Vorsitzender der Kinderkommission im Deutschen Bundestag

Kinderschuhe die was können!

- Gore-Tex
wasserdicht und atmungsaktiv
- BOA Fit System
für perfekte Passform
- Reflektoren
für mehr Sicherheit
- VADO X Flex-Zone
für eine gesunde Fußentwicklung
- Vildona drysole
waschbares Wechselfußbett



Ausgestattet mit viel Funktion machen VADO Schuhe jedes Abenteuer mit und unterstützen dabei, durch die VADO X Flex-Zone in der Sohle, eine gesunde Entwicklung von Kinderfüßen.

Jetzt im Fachhandel und auf
www.vado-shoes.com

VADO
GEH DEINEN WEG